



Registration of a Charge

Company name: **AIR BERLIN PLC**

Company number: **05643814**

Received for Electronic Filing: **22/09/2017**



X6FIEMFJ

Details of Charge

Date of creation: **05/09/2017**

Charge code: **0564 3814 0021**

Persons entitled: **KFW (AND ITS SUCCESSORS IN TITLE AND PERMITTED TRANSFEREES)**

Brief description:

Contains fixed charge(s).

Contains negative pledge.

Authentication of Form

This form was authorised by: **a person with an interest in the registration of the charge.**

Authentication of Instrument

Certification statement: **I CERTIFY THAT SAVE FOR MATERIAL REDACTED PURSUANT TO S.859G OF THE COMPANIES ACT 2006 THE ELECTRONIC COPY INSTRUMENT DELIVERED AS PART OF THIS APPLICATION FOR REGISTRATION IS A CORRECT COPY OF THE ORIGINAL INSTRUMENT.**

Certified by: **CELINE ZENG**



CERTIFICATE OF THE REGISTRATION OF A CHARGE

Company number: 5643814

Charge code: 0564 3814 0021

The Registrar of Companies for England and Wales hereby certifies that a charge dated 5th September 2017 and created by AIR BERLIN PLC was delivered pursuant to Chapter A1 Part 25 of the Companies Act 2006 on 22nd September 2017 .

Given at Companies House, Cardiff on 22nd September 2017

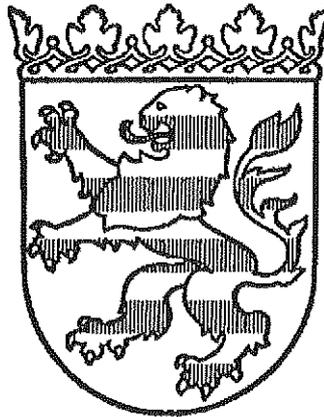
The above information was communicated by electronic means and authenticated
by the Registrar of Companies under section 1115 of the Companies Act 2006



Companies House



**THE OFFICIAL SEAL OF THE
REGISTRAR OF COMPANIES**



Verhandelt

The redacted provisions relate to a second share pledge of a different company which has been recorded under the same notarial deed but which is not subject to any filing requirements.

zu Frankfurt am Main am 5. September 2017.

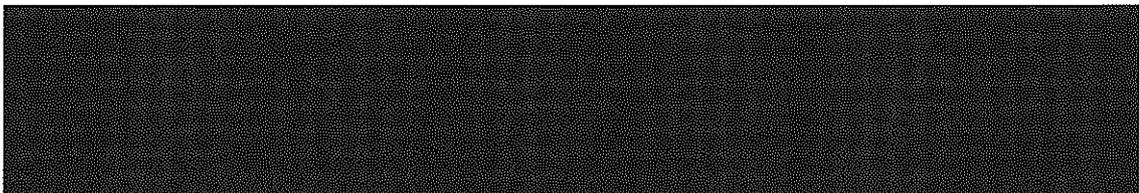
Freshfields Bruckhaus Deringer LLP
Rechtsanwälte
Bockenheimer Anlage 44
60322 Frankfurt am Main
08/09/2017

Vor mir, dem unterzeichnenden Notar
Dr. Martin C. Schmidt
mit dem Amtssitz in
Frankfurt am Main

erschienen heute

1. Frau Celine Zeng, geboren am [REDACTED] geschäftsansässig bei Freshfields Bruckhaus Deringer LLP, Bockenheimer Anlage 44, 60322 Frankfurt am Main, nachfolgend nicht im eigenen Namen handelnd, sondern für
 - a) **Air Berlin PLC**, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*public limited company*) nach dem Recht von England und Wales, mit eingetragener Geschäftsanschrift c/o Browne Jacobson LLP, 6 Bevis Marks, Bury Court, London EC3A 7BA, Vereinigtes Königreich, eingetragen im *Companies House* von England und Wales unter der Nr. 5643814,

aufgrund Vollmacht vom 29. August 2017, von der eine beglaubigte Abschrift dieser Urkunde als **Anlage A.1** beigesiegelt wird;



2. Herr Robert Kuhn, geboren am [REDACTED], geschäftsansässig bei Linklaters LLP, Taunusanlage 8, 60329 Frankfurt am Main, nachfolgend nicht im eigenen Namen handelnd, sondern für die

KfW, eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit Hauptsitz in Frankfurt am Main und mit der Geschäftsanschrift Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt am Main,

aufgrund Vollmacht vom 31. August 2017, von der eine elektronisch übermittelte Kopie dieser Urkunde als **Anlage B** beigesiegelt wird.

Ist dieser Niederschrift eine beglaubigte Abschrift einer Vollmacht beigelegt, so wurde das Original dem Notar bei Beurkundung vorgelegt. Ist von einer Vollmacht nur eine elektronisch übermittelte Kopie beigelegt, so soll das Original dem Notar nachgereicht werden, der sodann eine beglaubigte Abschrift dieser Urkunde beisiegeln soll.

Die Erschienenen übernehmen keine Haftung für das Bestehen und den Inhalt der vorgelegten Vollmachten. Der Notar wies darauf hin, dass er gehalten ist, die vorgelegten Vertretungsnachweise im Hinblick auf die Vertretungsberechtigung der Erschienenen zu überprüfen. Nach einer Erörterung der Beweiskraft der vorgelegten und ggf. noch nachzureichenden Nachweise erklärten die Erschienenen, handelnd wie angegeben, dass sie keine weiteren Nachweise wünschten, und baten den Notar, mit der Beurkundung fortzufahren.

Die Erschienenen wiesen sich durch Vorlage ihrer gültigen amtlichen Lichtbildausweise aus.

Die Frage nach einer Vorbefassung im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 BeurkG wurde nach Belehrung durch den Notar über den Inhalt dieser Bestimmung von den Erschienenen, und zwar auch im Namen der von ihnen Vertretenen, und von dem Notar selbst verneint.

Die Erschienenen, handelnd wie angegeben, erklärten sodann mit der Bitte um notarielle Beurkundung die

Verträge über die Verpfändung von Geschäftsanteilen

die dieser Niederschrift als **Anhang I** bzw. **Anhang II** beigesiegelt sind. Die Beteiligten machen diese Anhänge I und II durch Verweisung zum Bestandteil dieser Urkunde, einschließlich Anlage 2 zu Anhang I und Anlage 1 zu Anhang II, jedoch ohne deren übrigen Anlagen, welche jeweils nur zu Dokumentationszwecken beigelegt sind.

Alle eventuell noch erforderlichen Genehmigungs-, Zustimmungs- und vergleichbaren Erklärungen sollen mit ihrem Zugang bei dem amtierenden Notar allen Beteiligten gegenüber wirksam werden.

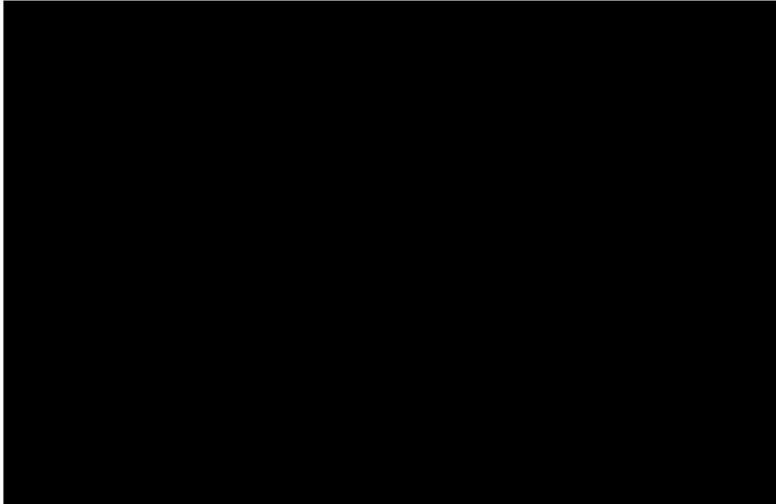
Die von der Erschienenen zu 1. vertretenen Vertragsparteien erhalten zusammen zwei beglaubigte Abschriften dieser Urkunde. Die von dem Erschienenen zu 2. vertretene Vertragspartei erhält zwei beglaubigte Abschriften dieser Urkunde.

Der Notar wies darauf hin,

- dass ein Pfandrecht ein streng akzessorisches Sicherungsrecht ist, d.h. dass es nur insoweit entsteht und Bestand hat, als die besicherten Ansprüche bestehen, und dass der Inhaber des Pfandrechts mit dem Inhaber des gesicherten Anspruchs identisch sein muss;
- dass das Pfandrecht von Gesetzes wegen erlischt, wenn nach deutschem Recht von einer Novation der besicherten Ansprüche auszugehen ist;
- dass die Satzung der verpfändeten Gesellschaft Beschränkungen im Hinblick auf eine Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen enthalten kann;

- dass es keinen gutgläubigen Erwerb eines Pfandrechts oder eines bestimmten Rangs für ein Pfandrecht gibt, d.h. dass die Pfandgläubiger nicht geschützt sind, wenn die verpfändeten Anteile nicht existieren oder vor Verpfändung an einen Dritten übertragen oder zugunsten eines Dritten belastet wurden, es sei denn, es ergibt sich ein anderes aus § 16 Abs. 3 GmbHG;
- dass die Beteiligten aufgrund zwingenden Rechts unabhängig von den getroffenen Vereinbarungen als Gesamtschuldner für die Notarkosten haften.

Vorstehende Niederschrift nebst ihren Anhängen I und II, jedoch ausgenommen deren Anlagen, wurde den Erschienenen von dem Notar vorgelesen, von ihnen insgesamt genehmigt und sodann von ihnen und dem Notar eigenhändig unterschrieben wie folgt:



**VERTRAG ÜBER DIE VERPFÄNDUNG VON GESCHÄFTSANTEILEN AN
EINER GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG**

vom 5. September 2017

zwischen

Air Berlin PLC

als Verpfänder

und

KfW

als Pfandnehmer

über Geschäftsanteile an der
Luftfahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung

Dieser Vertrag über die Verpfändung von Geschäftsanteilen an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (der „**Vertrag**“) wurde geschlossen am 5. September 2017 zwischen:

- (1) **Air Berlin PLC**, eine Gesellschaft englischen Rechts, mit Sitz in London, Vereinigtes Königreich, eingetragen im Companies House for England and Wales unter der Nummer 5643814 als Verpfänder (der „**Verpfänder**“); und
- (2) **KfW**, als Pfandnehmer (der „**Pfandnehmer**“ oder der „**Darlehensgeber**“).

Präambel

- (A) Verschiedene Gesellschaften der Air-Berlin-Gruppe (unter anderem auch Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG (der „**Darlehensnehmer**“) und der *Verpfänder*) haben um oder am 15. August 2017 einen Insolvenzantrag gestellt. Es ist geplant, dass das Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung geführt wird. Im Zusammenhang mit dem Insolvenzverfahren soll dem *Darlehensnehmer* als operativer Hauptgesellschaft der Air-Berlin-Gruppe ein Massekredit zur Verfügung gestellt werden.
- (B) In einem Massendarlehensvertrag vom 4. September 2017 in seiner jeweils gültigen, gegebenenfalls geänderten oder ergänzten Fassung, (der „**Kreditvertrag**“) hat sich der *Darlehensgeber* verpflichtet, dem *Darlehensnehmer* einen Kredit in Form eines Massedarlehens in Höhe von bis zu Euro 150.000.000 auszureichen.
- (C) Der *Darlehensgeber* beabsichtigt, dem *Darlehensnehmer* zur einstweiligen Aufrechterhaltung des Flugbetriebes, zunächst im Rahmen des vorläufigen Insolvenzverfahrens, Liquidität in dem Umfang zur Verfügung zu stellen, in dem der Bedarf nicht durch freie Liquidität gedeckt ist, andere insolvenzspezifische und sonstige Liquiditätsquellen ausgeschöpft sind oder nicht zur Verfügung stehen und der *Darlehensnehmer* die angeforderte Liquidität trotz Ausschöpfung insolvenzrechtlicher Möglichkeiten benötigt.
- (D) Der *Darlehensnehmer* sowie Air Berlin PLC haben jeweils Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung gemäß § 270a Insolvenzordnung („**InsO**“) gestellt. Das Amtsgericht Charlottenburg – Insolvenzgericht – ordnete mit Beschlüssen vom 15. August 2017 (Az.: 36a IN 4295/17 betreffend den *Darlehensnehmer* sowie Az. 36a IN 4301/17 betreffend Air Berlin PLC) insbesondere an, dass (i) Prof. Dr. Lucas Flöther jeweils als vorläufiger Sachwalter bestellt wird und (ii) Maßnahmen der Zwangsvollstreckung untersagt werden.
- (E) Mit Beschluss vom 21. August 2017 (Az.: 36a IN 4295/17) hat das Amtsgericht Charlottenburg – Insolvenzgericht – dem *Darlehensnehmer* zudem eine Einzelermächtigung zur Aufnahme des Massedarlehens erteilt.
- (F) Die Zustimmung des im Insolvenzeröffnungsverfahren über das Vermögen des *Darlehensnehmers* bestellten vorläufigen Gläubigerausschusses zum Abschluss des *Kreditvertrages* und zur Aufnahme des Massedarlehens wurde mit Beschluss des vorläufigen Gläubigerausschusses vom 23. August 2017 erteilt.
- (G) Die Bundesrepublik Deutschland hat dem *Darlehensgeber* die Gewährung des Massedarlehens zugewiesen und wird unter einer Garantie- und Freistellungsvereinbarung dem *Darlehensgeber* eine Garantie gewähren und sich verpflichten, diesen von Lasten im Zusammenhang mit dem Massedarlehen freizustellen.

- (H) Die Bundesrepublik Deutschland hat, vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, am 15. August 2017 bei der EU-Kommission beantragt, das Massedarlehen als Rettungsbeihilfe nach Maßgabe der Leitlinien der Europäischen Kommission für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (2014/C 249/01) (Umstrukturierungsleitlinien) zu genehmigen. Mit separater Vereinbarung hat sich der *Darlehensnehmer* verpflichtet den *Kreditvertrag* nach endgültiger beihilferechtlicher Genehmigung höchstvorsorglich neu abzuschließen und zu bestätigen (der „**Bestätigte Kreditvertrag**“).
- (I) Der *Verpfänder* beabsichtigt, die Ansprüche des *Pfandnehmers* aus dem *Kreditvertrag* und dem *Bestätigten Kreditvertrag* und die Ansprüche des *Pfandnehmers* aus jedem im Zusammenhang mit dem *Kreditvertrag* oder dem *Bestätigten Kreditvertrag* abgeschlossenen Vertrag und jeder sonstigen im Zusammenhang mit dem *Kreditvertrag* oder dem *Bestätigten Kreditvertrag* abgeschlossenen Vereinbarung (zusammen mit dem *Kreditvertrag* und dem *Bestätigten Kreditvertrag*, die „**Finanzierungsverträge**“) im Wege einer Verpfändung der gegenwärtigen und künftigen Anteile an der Luftfahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung deutschen Rechts, mit Sitz in Düsseldorf und Geschäftsadresse Flugplatz 11, 44319 Dortmund, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Dortmund unter HRB 5852, (die „**Gesellschaft**“) zu besichern.
- (J) Der *Verpfänder* ist alleiniger Inhaber eines Geschäftsanteils in Höhe eines Nennbetrages von EUR 310.000,00 (Seriennummer 1) an der *Gesellschaft*. Dieser Geschäftsanteil umfasst das gesamte Stammkapital der *Gesellschaft*.
- (K) Eine Auszahlungsvoraussetzung unter dem *Kreditvertrag* ist, dass der *Verpfänder* diesen Vertrag abschließt und dem *Pfandnehmer* ein wirksames Pfandrecht über seine *Anteile* an der *Gesellschaft* bestellt.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Vertragsparteien Folgendes:

1 Verpfändung der Gesellschaftsanteile

1.1 Verpfändung

Der *Verpfänder* verpfändet dem *Pfandnehmer* hiermit

- 1.1.1 alle bestehenden Geschäftsanteile an der *Gesellschaft* (die „**Gegenwärtigen Anteile**“);
- 1.1.2 sämtliche Geschäftsanteile an der *Gesellschaft*, die der *Verpfänder* künftig durch Übertragung, Teilung, Zusammenlegung, Kapitalerhöhung (auch in Form des genehmigten Kapitals), Kauf oder auf andere Weise erwerben wird (die „**Künftigen Anteile**“ und zusammen mit den *Gegenwärtigen Anteilen*, die „**Anteile**“);
- 1.1.3 alle Nebenrechte und Nebenansprüche im Hinblick auf die *Anteile*, insbesondere das Recht auf Zahlung von Gewinnausschüttungen, Liquidationserlösen oder Einziehungsentgelt, das Recht auf Auszahlung des im Rahmen einer Kapitalherabsetzung zurückgezahlten Kapitals, Abfindung im Falle einer Kündigung oder eines Austritts oder Ausschlusses aus wichtigem Grund, Auszahlung des Überschusses im Falle einer Preisgabe, das Recht auf Rückzahlung eingezahlter Nachschüsse sowie das Bezugsrecht im Falle der Schaffung neuer Geschäftsanteile; und

- 1.1.4 alle Geldforderungen aus oder im Zusammenhang mit einem bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag sowie aus oder im Zusammenhang mit einem künftigen Beherrschungs- und/oder Gewinnabführungsvertrag jeweils mit der *Gesellschaft* als beherrschtem Unternehmen.

Die Nebenrechte und Nebenansprüche unter Klausel 1.1.3 (*Verpfändung*) und die Geldforderungen unter Klausel 1.1.4 (*Verpfändung*) werden, zusammen mit den *Anteilen*, im Folgenden als die „**Verpfändeten Rechte**“ bezeichnet. Die in dieser Klausel 1.1 (*Verpfändung*) bestellten Pfandrechte werden im Folgenden zusammen als die „**Pfandrechte**“ bezeichnet.

1.2 Besicherte Forderungen

- 1.2.1 Die *Pfandrechte* besichern alle bestehenden und künftigen Ansprüche (einschließlich bedingter und befristeter Ansprüche) des *Darlehensgebers* gegen den *Darlehensnehmer* aus oder im Zusammenhang mit dem *Kreditvertrag*, dem *Bestätigten Kreditvertrag* und den anderen *Finanzierungsverträgen* (die „**Besicherten Forderungen**“).

- 1.2.2 Der oben in Klausel 1.2.1 (*Besicherte Forderungen*) verwendete Begriff „Kreditvertrag“, „Bestätigter Kreditvertrag“ und „Finanzierungsverträge“ meint den *Kreditvertrag*, den *Bestätigten Kreditvertrag* und die *Finanzierungsverträge* jeweils in der gegebenenfalls erweiterten oder geänderten Fassung (einschließlich durch die Erhöhung bestehender oder die Einfügung neuer Kredittranchen oder der Prolongation oder Laufzeitverlängerung von Kredittranchen). Der *Verpfänder* erklärt sich hiermit ausdrücklich einverstanden, dass die Bestimmungen des § 1210 Abs. 1 S. 2 Bürgerliches Gesetzbuch („**BGB**“) nicht anwendbar sind.

- 1.2.3 Die *Besicherten Forderungen* umfassen insbesondere sämtliche Ansprüche auf Zahlung von Kapital, Zinsen, Kosten, Gebühren und Schadensersatz, gleich, ob auf vertraglicher, bereicherungsrechtlicher oder deliktsrechtlicher Grundlage, und beinhalten insbesondere auch bereicherungsrechtliche Ansprüche auf gezogene Nutzungen.

1.3 Annahme der Verpfändung

Der *Pfandnehmer* nimmt hiermit die Verpfändung der *Verpfändeten Rechte* und die Bestellung der *Pfandrechte* an.

1.4 Gesellschafterbeschluss

Der *Verpfänder* als einziger Gesellschafter der *Gesellschaft* hat der Bestellung der *Pfandrechte* sowie einer sich im Fall der Verwertung der *Pfandrechte* ergebenden Veräußerung beziehungsweise Übertragung der *Verpfändeten Rechte* gemäß Klausel 8 (*Verwertung der Pfandrechte*) dieses *Vertrages* durch Gesellschafterbeschluss zugestimmt. Kopie dieses Beschlusses ist diesem Vertrag als Anlage 1 (*Kopie des Gesellschafterbeschlusses*) beigelegt.

2 Gewinnausschüttungen und andere geldwerte Forderungen

- 2.1 Der *Verpfänder* ist ausschließlich ermächtigt, die auf die Anteile entfallenden Gewinnausschüttungen (gleich, ob als Sach- oder Geldausschüttungen) und sonstigen Ausschüttungen und alle Zahlungen auf Geldforderungen unter oder im Zusammenhang mit einem bestehenden oder einem zukünftigen Gewinnabführungsvertrag

entgegenzunehmen und einzubehalten, solange und soweit der *Pfandnehmer* diese Ermächtigung nicht widerruft.

- 2.2** Die *Gesellschaft* hat alle Gewinnausschüttungen und sonstigen Ausschüttungen im Zusammenhang mit den *Anteilen* und Zahlungen auf Geldforderungen unter oder im Zusammenhang mit einem bestehenden oder zukünftigen Gewinnabführungsvertrag auf ein zugunsten des *Pfandnehmers* verpfändetes Konto des *Verpfänders* beim *Pfandnehmer* (oder einer vom *Pfandnehmer* bestimmten Bank) einzuzahlen. Falls die *Gesellschaft* solche Zahlungen nicht auf ein solches Konto, sondern auf ein anderes Konto des *Verpfänders* tätigt, wird der *Verpfänder* das Geld auf ein solches Konto überweisen. Der *Verpfänder* ist nicht dazu berechtigt, ohne vorherige schriftliche Einwilligung des *Pfandnehmers* über dieses Konto zu verfügen.
- 2.3** Der *Verpfänder* hat über alle Gegenstände, die im Wege der Sachdividende an den *Verpfänder* ausgeschüttet werden oder die der *Verpfänder* aufgrund der Inhaberschaft an den *Anteilen* in sonstiger Weise erhält oder zu erhalten hat, eine erstrangige Sicherheit zugunsten des *Pfandnehmers*, nach Maßgabe des *Pfandnehmers*, zu bestellen.
- 2.4** Bei Eintritt eines *Verwertungsfalles* (wie in Klausel 8.1 (*Verwertungsfall*) definiert), verwendet der *Pfandnehmer* alle Gewinnausschüttungen und anderen Ausschüttungen und alle Zahlungen auf Geldforderungen unter oder im Zusammenhang mit einem bestehenden oder zukünftigen Gewinnabführungsvertrag, die er gemäß Klausel 2.2 (*Gewinnausschüttungen und andere geldwerte Forderungen*) erhalten hat, vorbehaltlich Klausel 8.4.3 (*Verwertungsrecht*), zur Befriedigung der *Besicherten Forderungen* (eine „**Befriedigung aus geldwerten Forderungen**“) (das Recht, die Gewinnausschüttungen und andere Ausschüttungen und alle Zahlungen auf Geldforderungen unter oder im Zusammenhang mit einem bestehenden oder zukünftigen Gewinnabführungsvertrag als Sicherheit für die *Besicherten Forderungen* zu verwenden, bleibt hiervon unberührt).

3 Mitgliedschafts-, insbesondere Stimmrechte

3.1 Mitgliedschafts-, insbesondere Stimmrechte

Die mit den *Anteilen* verbundenen Mitgliedschaftsrechte, insbesondere die Stimmrechte, verbleiben, solange der *Verpfänder* die *Anteile* hält, bei dem *Verpfänder*. Der *Verpfänder* ist verpflichtet, die Stimmrechte nach Treu und Glauben so auszuüben und sicherzustellen, dass die *Pfandrechte* nicht beeinträchtigt werden.

3.2 Beeinträchtigung der Verpfändeten Rechte

Der *Verpfänder* wird nichts tun und alles unterlassen, was die Wirksamkeit oder Durchsetzbarkeit der *Pfandrechte* beeinträchtigen könnte. Der *Verpfänder* steht dafür ein, dass die *Gesellschaft* entsprechende Handlungen nicht vornehmen und sämtliche entsprechende Handlungen unterlassen wird. Der *Verpfänder* wird den *Pfandnehmer* unverzüglich über alle Umstände in Bezug auf die *Gesellschaft* unterrichten, die die Wirksamkeit oder Durchsetzbarkeit der *Pfandrechte* beeinträchtigen könnten.

Der *Verpfänder* wird den *Pfandnehmer* unverzüglich nach Kenntniserlangung von jedem vorgeschlagenen Gesellschafterbeschluss (unabhängig davon, ob der Beschluss im Rahmen einer Gesellschafterversammlung oder auf anderem Wege gefasst werden soll) in Kenntnis setzen, der die Wirksamkeit oder Durchsetzbarkeit der *Pfandrechte* beeinträchtigen könnte. Der *Verpfänder* wird dem *Pfandnehmer* eine Kopie des vorgeschlagenen Beschlusses und, sofern vorhanden, eine Kopie der Einladung zur

Gesellschafterversammlung (nebst Tagesordnung und sämtlichen mit der Einladung zugestellten Dokumenten) übersenden. Nachdem ein solcher Gesellschafterbeschluss gefasst wurde, wird der *Verpfänder* dem *Pfandnehmer* eine Kopie der Dokumente übermitteln, aus denen der Beschluss ersichtlich wird (z. B. schriftliche Bestätigungen oder Protokoll der Gesellschafterversammlung), sobald diese erhältlich sind.

4 Anzeige der Verpfändung

- 4.1** Der *Verpfänder* verpflichtet sich (i) der *Gesellschaft* die Bestellung der *Pfandrechte* gemäß den gesetzlichen Vorschriften für die Verpfändung von Geschäftsanteilen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung und gemäß § 1280 *BGB* die Bestellung der *Pfandrechte* unter Verwendung der als Anlage 2 (*Muster der Verpfändungsanzeige*) beigefügten Verpfändungsanzeige noch am Tag des Abschlusses dieses *Vertrages* anzuzeigen und dem *Pfandnehmer* davon eine Kopie zur Verfügung zu stellen, (ii) dafür Sorge zu tragen, dass die *Gesellschaft* die Verpfändungsanzeige innerhalb von drei (3) Werktagen gegenzeichnet und (iii) dem *Pfandnehmer* im Anschluss unverzüglich ein Original der von dem *Verpfänder* und der *Gesellschaft* rechtswirksam unterzeichneten Verpfändungsanzeige zur Verfügung gestellt wird.
- 4.2** Der *Verpfänder* bevollmächtigt hiermit den *Pfandnehmer* die Bestellung der *Pfandrechte* und die Verpfändung der *Gesellschaft* anzuzeigen, für den Fall, dass der *Pfandnehmer* einer seiner Pflichten nach Klausel 4.1 (*Anzeige der Verpfändung*) nicht nachkommt.

5 Zusicherungen

Der *Verpfänder* sichert dem *Pfandnehmer* zu, dass:

- 5.1** der *Verpfänder* eine ordnungsgemäß gegründete und bestehende Gesellschaft nach englischem Recht ist;
- 5.2** die dem *Pfandnehmer* unter dem *Kreditvertrag* als Auszahlungsvoraussetzung zur Verfügung gestellten articles of association des *Verpfänders* wirksam und unverändert in Kraft sind und dass es daneben keine weiteren, vor dem Hintergrund der durch die *Finanzierungsverträge* vorgesehenen Transaktionen, relevanten gesellschaftsrechtlichen Dokumente des *Verpfänders* gibt;
- 5.3** die *Gesellschaft* eine ordnungsgemäß gegründete und bestehende Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach deutschem Recht ist;
- 5.4** der in Klausel 1.4 (*Gesellschafterbeschluss*) beschriebene Gesellschafterbeschluss wirksam gefasst wurde und unverändert in Kraft ist;
- 5.5** der *Verpfänder* die rechtliche Fähigkeit besitzt, diesen *Vertrag* abzuschließen und seine Verpflichtungen aus diesem *Vertrag*, zu erfüllen und dass sämtliche zum Abschluss und zur Erfüllung erforderlichen Zustimmungen, Beschlüsse und Maßnahmen eingeholt beziehungsweise vorgenommen wurden und voll wirksam sind;
- 5.6** der *Verpfänder* alleiniger Inhaber der *Gegenwärtigen Anteile* und der sonstigen gegenwärtig bestehenden *Verpfändeten Rechte* ist und die Verfügungsbefugnis über die *Gegenwärtigen Anteile* und die sonstigen gegenwärtig bestehenden *Verpfändeten Rechte* nicht beschränkt ist und die *Gegenwärtigen Anteile* und die sonstigen gegenwärtig bestehenden *Verpfändeten Rechte* weder verpfändet noch abgetreten wurden und frei von jeglichen Belastungen und sonstigen Rechten Dritter sind;

- 5.7 der *Verpfänder* als alleiniger Gesellschafter der *Gesellschaft* in der Gesellschafterliste beim zuständigen Handelsregister eingetragen ist; eine Kopie der Gesellschafterliste ist als Anlage 3 (*Kopie der Gesellschafterliste der Gesellschaft*) diesem *Vertrag* beigelegt;
- 5.8 mit Ausnahme des über das Vermögen des *Verpfänders* anhängigen Insolvenzantragsverfahrens, keine Rechtsstreitigkeiten, Schiedsverhandlungen oder verwaltungsrechtlichen Verfahren anhängig sind oder anhängig zu werden drohen, die den *Verpfänder* daran hindern könnten, diesen *Vertrag* abzuschließen oder diesen *Vertrag* oder die unter diesem *Vertrag* begründeten Verpflichtungen ordnungsgemäß zu erfüllen oder die die Verwertung der *Verpfändeten Rechte* unter diesem *Vertrag* gefährden könnten;
- 5.9 die Unterzeichnung dieses *Vertrages* durch den *Verpfänder* und die Ausübung der hierin gewährten Rechte und die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen nicht gegen geltendes Recht, die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages der *Gesellschaft* oder des *Verpfänders*, eine Gerichtsentscheidung oder eine Entscheidung durch ein Schiedsgericht oder eine andere vertragliche Bestimmung, die für die *Gesellschaft* oder den *Verpfänder* oder Vermögensgüter des *Verpfänders* bindend ist, verstößt;
- 5.10 die *Gegenwärtigen Anteile* in voller Höhe einbezahlt sind und keine Nachschusspflicht besteht;
- 5.11 alle Informationen in diesem *Vertrag* hinsichtlich der *Gesellschaft* und des *Verpfänders* richtig sind;
- 5.12 der *Verpfänder* der alleinige Gesellschafter der *Gesellschaft* ist und keine Maßnahmen zur Schaffung neuer Geschäftsanteile getroffen wurden;
- 5.13 es keine stillen Beteiligungen oder sonstige Vereinbarungen gibt, aufgrund derer eine andere Person als der *Verpfänder* einen Anspruch auf eine Beteiligung an Gewinnen oder Einnahmen der *Gesellschaft* hätte;
- 5.14 kein Dritter ein Vorkaufsrecht, eine Option oder ein anderes Recht auf den Bezug oder Erwerb von (bestehenden oder künftigen) Anteilen an der *Gesellschaft* hat;
- 5.15 der tatsächliche Verwaltungssitz der *Gesellschaft* in der Bundesrepublik Deutschland, und der des *Verpfänders* in England, ist;
- 5.16 das Stammkapital der *Gesellschaft* in keiner Weise an die Einzahler zurückgezahlt wurde;
- 5.17 hinsichtlich der *Gesellschaft* alle eintragungsfähigen Tatsachen in das Handelsregister eingetragen wurden, vor allem keine Gesellschafterbeschlüsse gefasst wurden, die den Gesellschaftsvertrag ändern und die nicht in der Kopie des Gesellschaftsvertrages, der zum Handelsregister eingereicht wurde, enthalten sind;
- 5.18 die von dem *Verpfänder* in diesem *Vertrag*, eingegangenen Verpflichtungen wirksam und bindend sind; und
- 5.19 dieser *Vertrag*, nach notarieller Beurkundung und Anzeige der Bestellung der *Pfandrechte* an die *Gesellschaft*, ein erstrangiges Pfandrecht des *Pfandnehmers* an den *Verpfändeten Rechten* begründet, welches die Erfüllung der *Besicherten Forderungen* besichert.

6 Verpflichtungen

Der *Verpfänder* verpflichtet sich,

- 6.1 die *Anteile* und die *Verpfändeten Rechte* oder Rechte daran nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung des *Pfandnehmers* zu veräußern, zu belasten oder anderweitig darüber zu verfügen;
- 6.2 ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des *Pfandnehmers* keine Handlungen vorzunehmen und solche Handlungen zu unterlassen, die zu einer Beeinträchtigung der durch diesen *Vertrag* gewährten Rechte führen könnten, zum Beispiel Handlungen oder Unterlassungen, die zu einer Kapitalherabsetzung, einer Einziehung von *Anteilen* oder der Liquidation der *Gesellschaft* führen könnten, wobei das Recht des *Darlehensnehmers* zur Vorlage eines Insolvenzplans hiervon unberührt bleibt;
- 6.3 unverzüglich nach, aber nicht später als drei (3) Werktagen nach Unterzeichnung dieses *Vertrages*, etwaige Registrierungen im Companies House zu veranlassen und dem *Pfandnehmer* im Anschluss unverzüglich entsprechende Nachweise zur Verfügung zu stellen;
- 6.4 vorbehaltlich Klausel 8.4 (*Verwertungsrecht*), sämtliche Erlöse aus oder im Zusammenhang mit einem Verkauf, einer Übertragung oder sonstigen Veräußerung von Vermögensgegenständen der *Gesellschaft* und insbesondere aus oder im Zusammenhang mit einer (ganz oder teilweisen) Veräußerung von Anteilen an der *Gesellschaft* an den *Darlehensgeber* in Anrechnung auf die Verpflichtungen des *Darlehensnehmers* unter dem Kreditvertrag als Leistung gemäß § 267 Abs. 1 *BGB* zur pflichtgemäßen (anteiligen) Rückzahlung des Massedarlehens auszukehren;
- 6.5 dafür zu sorgen, dass sämtliche Erlöse aus oder im Zusammenhang mit einem Verkauf, einer Übertragung oder sonstigen Veräußerung des Betriebsvermögens der *Gesellschaft* (einschließlich Start- und Landrechte (*slots*) oder dem Geschäfts- oder Firmenwert (*goodwill*) der *Gesellschaft*) durch die *Gesellschaft*, soweit dies gesetzlich zulässig ist, an den *Verpfänder* ausgeschüttet werden und nach Klausel 6.4 (*Verpflichtungen*) dieses *Vertrages* behandelt werden;
- 6.6 unverzüglich sämtlichen Verpflichtungen zur Erbringung von (Bar- oder Sach-) Einlagen in Bezug auf *Künftige Anteile* nachzukommen;
- 6.7 im Hinblick auf die *Gesellschaft* ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des *Pfandnehmers* nicht für eine stille Beteiligung, eine Verschmelzung oder sonstige Umstrukturierung zu stimmen, sich daran zu beteiligen oder diese sonst zu unterstützen;
- 6.8 ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des *Pfandnehmers* nicht zuzulassen, dass Dritte Geschäftsanteile an der *Gesellschaft* im Rahmen einer Kapitalerhöhung erwerben;
- 6.9 ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des *Pfandnehmers* den tatsächlichen Verwaltungssitz der *Gesellschaft* nicht an einen Ort außerhalb Deutschlands zu verlegen;
- 6.10 den Gesellschaftsvertrag der *Gesellschaft* dahingehend zu ändern, dass in dem Gesellschaftsvertrag enthaltene Vinkulierungsklauseln und Einziehungsrechte innerhalb von 30 Kalendertagen nach Abschluss dieses *Vertrages* ersatzlos gestrichen werden, und dem *Pfandnehmer* entsprechende Nachweise zu liefern;
- 6.11 vorbehaltlich Klausel 6.10 dieses *Vertrages*, ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des *Pfandnehmers* den Gesellschaftsvertrag der *Gesellschaft* nicht zu ändern, wenn eine

solche Änderung die *Pfandrechte* oder deren Verwertung wesentlich beeinträchtigen könnte;

- 6.12 sicherzustellen, dass die Gesellschafterliste der *Gesellschaft* beim zuständigen Handelsregister aktuell ist; und
- 6.13 sofern weitere Erklärungen oder Handlungen für die wirksame Bestellung der *Pfandrechte* notwendig sind, diese Erklärungen oder Handlungen auf Verlangen des *Pfandnehmers* (auf Kosten des *Verpfänders*) vorzunehmen.

7 Informationspflichten

7.1 Informationen auf Verlangen

Auf Verlangen des *Pfandnehmers* hat der *Verpfänder* dem *Pfandnehmer* bei Vorliegen eines berechtigten Interesses unverzüglich alle Informationen und Beweise zu übermitteln und hat, auf Verlangen nach einem *Verwertungsfall*, alle Aufzeichnungen und Dokumente auszuhändigen, die die *Verpfändeten Rechte* betreffen und die dieser benötigt, um seine Rechte unter diesem *Vertrag* geltend zu machen. Außerdem hat der *Verpfänder* auf Verlangen des *Pfandnehmers* dem *Pfandnehmer* und seinen Bevollmächtigten zu erlauben, jederzeit innerhalb der Geschäftszeiten solche Aufzeichnungen und Dokumente einzusehen, zu prüfen und Kopien davon zu machen. Der *Pfandnehmer* wird solche Informationen vertraulich behandeln.

7.2 Informationen über die Gesellschafterliste

7.2.1 Bei einer Änderung der Inhaberschaft an der *Gesellschaft* verpflichtet sich der *Verpfänder*, dem *Pfandnehmer* unverzüglich eine beglaubigte Kopie der Gesellschafterliste, die gemäß § 40 Abs. 1 des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung beim zuständigen Handelsregister eingereicht wurde, vorzulegen.

7.2.2 Der *Verpfänder* verpflichtet sich, den *Pfandnehmer* unverzüglich zu informieren, sobald die *Anteile* Gegenstand eines Widerspruchs gegen die Eintragung des *Verpfänders* als Gesellschafter der *Gesellschaft* in der Gesellschafterliste des zuständigen Handelsregisters sind.

7.3 Informationen in elektronischer Form

Der *Verpfänder* ist berechtigt seine Informationspflichten gemäß Klausel 7.1 (*Informationen auf Verlangen*) und Klausel 7.2 (*Informationen über die Gesellschafterliste*) durch Übermittlung der entsprechenden Informationen in elektronischer Form (außer in den Fällen, in denen der *Pfandnehmer* Originale verlangen kann) zu erfüllen, vorausgesetzt, dass diese Informationen mit der Standardsoftware des *Pfandnehmers* lesbar sind.

7.4 Information über eine Pfändung

Der *Verpfänder* hat den *Pfandnehmer* unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn die Rechte des *Pfandnehmers* unter diesem *Vertrag* durch eine Pfändung bedroht sind oder wenn sonstige Umstände eintreten, die die Rechte des *Pfandnehmers* wesentlich beeinträchtigen könnten. Im Falle einer Pfändung, verpflichtet sich der *Verpfänder*, dem *Pfandnehmer* unverzüglich eine Kopie des Pfändungsbeschlusses und des Überweisungsbeschlusses und aller anderen Unterlagen zu übergeben, die für eine Verteidigung gegen die Zwangsvollstreckungsmaßnahme notwendig sind. Der *Verpfänder*

ist verpflichtet, den Pfändungsgläubiger oder anderen Dritten unverzüglich über die Rechte des *Pfandnehmers* aus diesem *Vertrag* zu unterrichten.

8 Verwertung der Pfandrechte

8.1 Verwertungsfall

Sobald (i) die *Besicherten Forderungen* ganz oder teilweise fällig und zahlbar sind (*Pfandreife*) und der *Darlehensgeber* den *Kreditvertrag* oder, nach dessen Abschluss, den *Bestätigten Kreditvertrag* gekündigt hat oder (ii) die Darlehen unter dem *Kreditvertrag* oder, nach dessen Abschluss, dem *Bestätigten Kreditvertrag* zur Rückzahlung fällig sind (ein „**Verwertungsfall**“) ist der *Pfandnehmer* berechtigt, seine Rechte unter diesem *Vertrag* zu verwerten.

8.2 Verfahren

8.2.1 Einziehung

- (i) Mit Eintritt des *Verwertungsfalles* kann der *Pfandnehmer* sofort alle Maßnahmen ergreifen und Rechte geltend machen, die ihm als Pfandgläubiger nach deutschem Recht, insbesondere gemäß §§ 1273 Abs. 2, 1204 ff. *BGB* zustehen, einschließlich der Veräußerung der *Anteile* im Wege der öffentlichen Versteigerung.
- (ii) Der *Verpfänder* stimmt ausdrücklich zu, dass der *Pfandnehmer* berechtigt ist, die *Verpfändeten Rechte* abweichend von § 1277 S. 1 *BGB* ohne vollstreckbaren Titel zu verwerten.

8.2.2 Anzeige der Verwertung

Der *Pfandnehmer* wird den *Verpfänder* sieben (7) Kalendertage vor einer Verwertung über den Ort und Zeitpunkt der Verwertung benachrichtigen, außer:

- (i) der *Darlehensnehmer* hat seine Zahlungen unter dem *Kreditvertrag* oder dem *Bestätigten Kreditvertrag* eingestellt; oder
- (ii) die Einhaltung der Benachrichtigungsfrist könnte den *Pfandnehmer* in der Wahrung seiner berechtigten Interessen an einer Verwertung der *Pfandrechte* beeinträchtigen,

wobei in diesen Fällen, oder wenn sonst eine Benachrichtigung untunlich wäre, eine entsprechende Benachrichtigung des *Verpfänders* entbehrlich ist.

8.3 Wahlrecht

Der *Pfandnehmer* ist berechtigt, nach seinem Ermessen

- 8.3.1 zu bestimmen, an welchem Ort in der Bundesrepublik Deutschland die öffentliche Versteigerung stattfinden soll;
- 8.3.2 zu bestimmen, welche der unter diesem *Vertrag* oder anderen Verträgen bestellten (persönlichen oder dinglichen) Sicherheiten zur Befriedigung der *Besicherten Forderungen* verwertet werden sollen;
- 8.3.3 mehr *Verpfändete Rechte* zu verwerten als zur Befriedigung der *Besicherten Forderungen* erforderlich sind; der *Verpfänder* verzichtet hiermit auf die Einhaltung der Bestimmung des § 1230 S. 2 *BGB*; und

- 8.3.4 mehrere verpfändete Rechte, die in diesem *Vertrag* oder in anderen Verträgen verpfändet wurden,
- (i) separat in getrennten öffentlichen Versteigerungen; oder
 - (ii) gemeinsam in einer öffentlichen Gesamtversteigerung an einen einzigen Bieter
- zu veräußern.

8.4 Verwertungsrecht

- 8.4.1 Bei einer Verwertung von Sicherheiten nach Maßgabe dieses Vertrages steht das damit verbundene Verwertungsrecht grundsätzlich dem *Pfandnehmer* zu. Der *Pfandnehmer* kann die Ausübung des Verwertungsrechts dem *Verpfänder* übertragen.
- 8.4.2 Im Fall der Verwertung von Sicherheiten ist die Geltendmachung von Kostenbeiträgen gemäß §§ 282, 170, 171 *InsO* durch den *Verpfänder*, soweit gesetzlich zulässig, ausgeschlossen. Dieser Ausschluss gilt nicht für einen Ausgleich eines Umsatzsteuerbetrags im Sinne des § 171 Abs. 2 Satz 3 *InsO*.
- 8.4.3 An sämtlichen Verkaufs- und Verwertungserlösen aus der Veräußerung oder einer sonstigen Verwertungsmaßnahme hinsichtlich der *Verpfändeten Rechte* (einschließlich, im Falle einer *Befriedigung aus geldwerten Forderungen*), steht dem *Verpfänder* ein Anteil von 5% (brutto) des Nettoerlöses beziehungsweise, im Falle einer *Befriedigung aus geldwerten Forderungen* des zur Befriedigung verwendeten Betrages (der „**Pfandgeber-Erlösanteil**“) zu, unabhängig davon, ob ein Dritter oder der *Pfandnehmer* solche *Verpfändeten Rechte* erwirbt. Wenn die entsprechenden Erlöse zunächst vom *Pfandnehmer* vereinnahmt wurden, ist der *Pfandnehmer* verpflichtet, den auf den *Pfandgeber-Erlösanteil* entfallenden Teil dieser Erlöse freizugeben und an den *Pfandgeber* auszukehren.
- 8.4.4 Führt die Veräußerung oder Verwertung der *Verpfändeten Rechte* zu einer Belastung des *Verpfänders* beziehungsweise seiner Insolvenzmasse mit einer aus der Verwertungshandlung resultierenden Umsatzsteuer, so erhöht sich der *Pfandgeber-Erlösanteil* um den Umsatzsteuerbetrag.

8.5 Unterstützung

- 8.5.1 Der *Verpfänder* wird dem *Pfandnehmer* im *Verwertungsfall* auf eigene Kosten jegliche zumutbare Unterstützung zukommen lassen, die nach Auffassung des *Pfandnehmers* für eine rasche Verwertung der *Pfandrechte* nach den Bestimmungen dieses *Vertrages* und dem Gesetz erforderlich oder sinnvoll ist.
- 8.5.2 Der *Verpfänder* stellt sicher, dass dem *Pfandnehmer* jederzeit auf sein Verlangen Pfandrechte an allen von dem *Verpfänder* gehaltenen Geschäftsanteilen an der *Gesellschaft* bestellt werden und im Falle einer Verschmelzung oder Umwandlung entsprechende Sicherheiten an dem übernehmenden Rechtsträger oder der neuen Gesellschaft nach den Bestimmungen dieses *Vertrages* eingeräumt werden.

8.6 Verwendung von Erlösen

Vorbehaltlich Klausel 8.4 (*Verwertungsrecht*), sind sämtliche Erlöse aus der Veräußerung oder einer sonstigen Verwertungsmaßnahme hinsichtlich der *Verpfändeten Rechte* (der „**Verwertungserlös**“) von dem Vermögen des *Verpfänders* zu separieren. Sofern der

Verwertungserlös direkt dem *Pfandnehmer* zufließt, gilt die Verpflichtung zur Separierung nach dem vorstehenden Satz entsprechend für diesen. Unabhängig davon, ob der *Verwertungserlös* dem *Pfandnehmer* oder dem *Verpfänder* zufließt, ist dieser unverzüglich nach Wahl des *Pfandnehmers* entweder auf ein Konto des *Pfandnehmers* oder des *Verpfänders* einzuzahlen, welches beim *Pfandnehmer* oder bei einer Drittbank geführt wird (jeweils das „**Guthabenkonto**“).

Die Vereinnahmung des *Verwertungserlöses* durch den *Pfandnehmer* gemäß Klausel 8.9 (*Option*) und die Einzahlung des *Verwertungserlöses* auf dem *Guthabenkonto* haben keine Erfüllungswirkung hinsichtlich der *Besicherten Forderungen*.

Sofern das *Guthabenkonto* ein vom *Verpfänder* zu errichtendes Konto ist, wird der *Verpfänder* dem *Pfandnehmer* eine jederzeit ausübbar, alleinige und unwiderrufliche Einziehungsermächtigung für das *Guthabenkonto* einräumen ohne dass der *Verpfänder* selbst verfügungsbefugt ist.

8.7 Aufschiebend bedingte Abtretung

Unter den aufschiebenden Bedingungen, dass:

- (i) der *Verwertungserlös* gemäß den Anforderungen in Klausel 8.6 (*Verwendung von Erlösen*) separiert und auf das *Guthabenkonto* gemäß Klausel 8.6 (*Verwendung von Erlösen*) eingezahlt wurde;
- (ii) alle *Besicherten Forderungen* mit Ausnahme (i) eines Betrages, der den Betrag des *Verwertungserlöses* nicht übersteigt und (ii) etwaiger Beträge, die aus einer Verwertung unter anderen *Finanzierungsverträgen* stammen und ebenfalls separiert und auf einem *Guthabenkonto* (die „**Weiteren Guthabenkonten**“) eingezahlt wurden, befriedigt sind;
- (iii) sämtliche zur Besicherung der Rückzahlung der *Besicherten Forderungen* gewährten Sicherheiten und Garantien jedweden Rechts und jedweder Natur durch den *Pfandnehmer* mit Ausnahme etwaiger Sicherheiten hinsichtlich des *Guthabenkontos* und der *Weiteren Guthabenkonten* (die „**Kreditsicherheiten**“) freigegeben wurden; und
- (iv) der *Pfandnehmer* gegenüber dem *Verpfänder* erklärt hat, seine Rechte nach Klausel 8.9 (*Option*) auszuüben

tritt hiermit der *Pfandnehmer* in seiner Eigenschaft als *Darlehensgeber* die *Besicherten Forderungen* in Höhe eines Betrages, der der tatsächlichen Inanspruchnahme des *Guthabenkontos* im Rahmen der *Ablöse* entspricht (die „**Restforderung**“) an den *Verpfänder* ab. Der *Verpfänder* nimmt diese Abtretung hiermit an.

8.8 Freigabe der Kreditsicherheiten

Der *Pfandnehmer* wird unverzüglich nach Befriedigung aller *Besicherten Forderungen* mit Ausnahme (i) der *Restforderung* und (ii) etwaiger Beträge, die auf *Weiteren Guthabenkonten* vorhanden sind, zur Erfüllung der Bedingung unter Klausel 8.7(iii) (*Aufschiebend bedingte Abtretung*) alle *Kreditsicherheiten* gemäß den Bestimmungen der *Finanzierungsverträge* freigeben.

8.9 Option

Mit Eingang des *Verwertungserlöses* auf dem *Guthabenkonto* gemäß Klausel 8.6 (*Verwendung von Erlösen*) steht es im freien Ermessen des *Pfandnehmers*, jederzeit

gegenüber dem *Verpfänder* schriftlich die Ausübung der dem *Pfandnehmer* hinsichtlich des *Guthabenkontos* gewährten bzw. bestehenden Rechte auf Verwendung des Guthabens mitzuteilen (die „**Option**“). Mit Ausübung der *Option* ist der *Pfandnehmer* berechtigt, den *Verwertungserlös* für sich zu vereinnahmen (die „**Ablöse**“). Die *Ablöse* stellt keine Befriedigung der *Besicherten Forderungen* dar.

8.10 Auskehrung

Sofern, nach einer Verwertung hinsichtlich der *Verpfändeten Rechte*, alle *Besicherten Forderungen* befriedigt sind, ohne dass der *Pfandnehmer* die *Option* ausgeübt hat, wird der *Pfandnehmer* entweder (i) den auf dem *Guthabenkonto* vorhandenen *Verwertungserlös* an den *Verpfänder* auszahlen und darf hierzu – ohne die Bedingung unter Klausel 8.7(iv) (*Aufschiebend bedingte Abtretung*) auszulösen – auf das *Guthabenkonto* zugreifen oder (ii) mit dem *Verpfänder* eine Vereinbarung schließen, dass die Einziehungsermächtigung des *Pfandnehmers* hinsichtlich des *Guthabenkontos* aufgehoben ist und der *Verpfänder* die alleinige Verfügungsbefugnis über das *Guthabenkonto* hat.

8.11 Auskehr von Übererlösen

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass der *Pfandnehmer* nicht mehr als einen Betrag in Höhe des Gesamtbetrags der *Besicherten Forderungen* erhalten soll. Soweit der *Pfandnehmer* nach *Ablöse* einen Betrag erhält, der den Gesamtbetrag der *Besicherten Forderungen* übersteigt, hat er diesen überschießenden Betrag an den *Verpfänder* mit Eintritt der aufschiebenden Bedingungen unter Klausel 8.7 (*Aufschiebend bedingte Abtretung*) auszukehren und hält bis dahin einen solchen Betrag treuhänderisch für den *Verpfänder*.

8.12 Besicherungsrecht

Auf Verlangen des *Pfandnehmers* wird der *Verpfänder* zur Absicherung der Ansprüche des *Pfandnehmers* hinsichtlich der *Option*, Sicherheit über Ansprüche in Zusammenhang mit dem *Guthabenkonto* bestellen.

8.13 Wahlrecht

Der *Pfandnehmer* ist berechtigt, nach seinem Ermessen zu bestimmen, ob und wann er auf die gemäß diesem *Vertrag* oder anderen Verträgen mit ähnlichem oder gleichem Regelungsgehalt hinterlegten Erlöse zugreift.

8.14 Rückgriffsansprüche

8.14.1 §§ 1225, 1247, 1249 *BGB* finden keine Anwendung und es sollen im Falle einer Verwertung der *Pfandrechte* oder einer Zahlung durch den *Verpfänder* auf die *Besicherten Forderungen* keine Rechte des *Pfandnehmers* auf den *Verpfänder* übergehen.

8.14.2 Der *Verpfänder* verpflichtet sich gegenüber dem *Pfandnehmer*, keine sonstigen Rückgriffsansprüche geltend zu machen, die ihm gegen einen anderen Sicherheitengeber eventuell zustehen, solange nicht die aufschiebenden Bedingungen unter Klausel 8.7 (*Aufschiebend bedingte Abtretung*) eingetreten sind, wenn und soweit dies gesetzlich zulässig ist.

9 Erlöschen der Pfandrechte nach Befriedigung der Besicherten Forderungen

Die *Pfandrechte* erlöschen von Gesetzes wegen, sobald sämtliche *Besicherten Forderungen* vollständig und endgültig erfüllt sind. Der *Pfandnehmer* verpflichtet sich, dem *Verpfänder* auf Anfrage und auf Kosten des *Verpfänders* das Erlöschen der *Pfandrechte* zur Klarstellung schriftlich zu bestätigen.

10 Haftung und Freistellung

10.1 Haftungsbeschränkung

Der *Pfandnehmer* sowie dessen Erfüllungsgehilfen haften nicht für Schäden, die dem *Verpfänder* entstehen, es sei denn, der *Pfandnehmer* beziehungsweise die Erfüllungsgehilfen haben den jeweiligen Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht oder der Schaden wurde durch die Verletzung einer Pflicht durch den *Pfandnehmer* beziehungsweise die Erfüllungsgehilfen verursacht, die für die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages von grundlegender Bedeutung ist und auf deren Erfüllung die Vertragsparteien vertrauen durften (*Kardinalpflichten*).

10.2 Entschädigung

10.2.1 Der *Verpfänder* wird den *Pfandnehmer* und dessen Erfüllungsgehilfen für Verluste, Aufwendungen und Belastungen entschädigen und von Ansprüchen freistellen, die ihnen entstehen oder die gegen sie geltend gemacht werden und die in Ausübung der in diesem *Vertrag* enthaltenen Rechte und Pflichten entstehen, wenn und soweit diese Verluste, Aufwendungen und Belastungen daraus resultieren, dass der *Verpfänder* seine Pflichten aus diesem *Vertrag* verletzt hat.

10.2.2 Die Regelung in Klausel 10.2.1 (*Entschädigung*) gilt jedoch nicht, wenn die jeweiligen Ansprüche, Verluste, Aufwendungen oder Belastungen infolge vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Verhaltens des *Pfandnehmers* oder eines seiner Erfüllungsgehilfen oder durch die Verletzung einer Pflicht des *Pfandnehmers* oder eines seiner Erfüllungsgehilfen, die für die ordnungsgemäße Durchführung dieses *Vertrages* von grundlegender Bedeutung ist und auf deren Erfüllung die Vertragsparteien vertrauen durften (*Kardinalpflichten*), entstanden sind.

11 Fortbestand der Besicherung

11.1 Fortdauernde Sicherheit

Dieser *Vertrag* begründet eine fortdauernde Sicherheit. Änderungen oder Ergänzungen in dem *Kreditvertrag*, dem *Bestätigten Kreditvertrag* und/oder den anderen *Finanzierungsverträgen* oder in einem damit im Zusammenhang stehenden Dokument oder Vertrag, haben keinen Einfluss auf die Wirksamkeit dieses *Vertrages* oder auf die Verpflichtungen des *Verpfänders* hieraus. Dies gilt auch dann, wenn die *Besicherten Forderungen* vorübergehend erlöschen.

11.2 Übertragung

11.2.1 Jede vollständige oder teilweise Übertragung der *Besicherten Forderungen* führt von Gesetzes wegen zu einer entsprechenden vollständigen oder teilweisen rangwahrenden Übertragung der hier bestellten *Pfandrechte* oder eines entsprechenden Teiles davon.

11.2.2 Die Vertragsparteien zu diesem *Vertrag* vereinbaren, dass, in Abweichung zu § 418 *BGB*, die Sicherheiten, die nach diesem *Vertrag* gewährt werden, nicht erlöschen, wenn die *Besicherten Forderungen* gegen den *Darlehensnehmer* im Wege der Schuldübernahme oder einer ähnlichen Übertragung (etwa einer gleichzeitigen Übertragung von Ansprüchen und Verbindlichkeiten oder der Übertragung der gesamten Rechtsstellung) berechtigterweise auf einen Dritten übertragen werden.

11.3 Auswechslung des Pfandnehmers

Falls der *Pfandnehmer* seine Rechte und Pflichten unter dem *Kreditvertrag*, dem *Bestätigten Kreditvertrag* oder den anderen *Finanzierungsverträgen* ganz oder teilweise berechtigterweise auf einen Dritten überträgt, wird der *Verpfänder* jede Vereinbarung eingehen, die der *Pfandnehmer* berechtigterweise verlangt, und alles Erforderliche tun, was der *Pfandnehmer* berechtigterweise verlangt. Der *Pfandnehmer* kann insbesondere verlangen, dass der *Verpfänder* zugunsten dieses Dritten oder einer vom *Pfandnehmer* bestimmten anderen Person erneut Rechte an den *Verpfändeten Rechten* überträgt. Der *Verpfänder* stimmt bereits hiermit zu, dass der *Pfandnehmer* auch seine Rechte und Pflichten aus diesem *Vertrag* übertragen darf, falls der *Pfandnehmer* seine Rechte und Pflichten unter dem *Kreditvertrag*, dem *Bestätigten Kreditvertrag* oder den anderen *Finanzierungsverträgen* ganz oder teilweise berechtigterweise auf einen Dritten überträgt.

12 Verzichtserklärungen

12.1 Verzicht auf die Einrede der Anfechtbarkeit

Der *Verpfänder* verzichtet hiermit auf die Einrede der Anfechtbarkeit gemäß §§ 1211, 770 Abs. 1 (analog) *BGB* und kann sich somit nicht darauf berufen, dass ein anderer Sicherheitengeber das der betreffenden *Besicherten Forderung* zugrundeliegende Rechtsgeschäft anfechten oder ein anderes Gestaltungsrecht ausüben kann.

12.2 Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit

Der *Verpfänder* kann sich nicht darauf berufen, dass der *Pfandnehmer* eine *Besicherte Forderung* durch Aufrechnung oder die Ausübung eines sonstigen Gestaltungsrechts gegenüber einem anderen Sicherheitengeber befriedigen könnte, und verzichtet hiermit auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gemäß §§ 1211, 770 Abs. 2 *BGB*; der Verzicht gilt nicht im Hinblick auf Ansprüche des *Darlehensnehmers*, die unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

12.3 Verzicht auf die Geltendmachung der Einreden des Hauptschuldners

Der *Verpfänder* kann die einem anderen Sicherheitengeber gegen die *Besicherten Forderungen* zustehenden Einreden nicht geltend machen und verzichtet hiermit auf die Geltendmachung der Einreden des Hauptschuldners gemäß § 1211 Abs. 1 S. 1 *BGB*.

13 Mitteilungen

Sämtliche Anzeigen und Korrespondenz unter oder im Zusammenhang mit diesem *Vertrag* haben in deutscher Sprache (soweit praktikabel, unter Beifügung einer Übersetzung in die englische Sprache), entweder schriftlich (durch Brief oder Telefax), per E-Mail oder durch Übermittlung einer elektronischen Kopie im Anhang an eine E-Mail zu erfolgen und bedürfen, je nachdem, der schriftlichen Bestätigung oder der Bestätigung per E-Mail durch den Adressaten. Vorbehaltlich der schriftlichen Mitteilung einer Adressänderung ist jegliche Korrespondenz an folgende Adresse zu richten:

Für den Fall, dass die Korrespondenz an den *Verpfänder* gerichtet ist:

Air Berlin PLC

Adresse: Saatwinkler Damm 42-43, 13627 Berlin
Zu Händen: Legal Department
Telefax: +49 30 3434 1079
Emailadresse: notices@airberlin.com

Für den Fall, dass die Korrespondenz an den *Pfandnehmer* gerichtet ist:

KfW

Adresse: Palmengartenstrasse 5-9, 60325 Frankfurt am Main
Zu Händen: Lars Zimmermann (KRb5) / Stefan Seipp
Telefax: +49 69/7431- 3085 / +49 69/7431- 4542
Emailadresse: lars.zimmermann@kfw.de / stefan.seipp@kfw.de

14 Verschiedenes

14.1 Ausübung der Rechte und Rechtsmittel

Die Nichtausübung oder verspätete Ausübung von Rechten oder Rechtsmitteln durch den *Pfandnehmer* gilt nicht als Verzicht auf diese Rechte oder Rechtsmittel. Auch die teilweise Ausübung eines Rechts oder eines Rechtsmittels führt nicht zur Präklusion der weiteren Rechte oder Rechtsmittel des *Pfandnehmers*.

14.2 Rückerstattung und Kostentragung

Der *Verpfänder* trägt die Beurkundungskosten dieses *Vertrages* vollständig und verpflichtet sich diese unverzüglich zu begleichen, sofern die Kosten nicht nach Fälligkeit durch den *Darlehensnehmer* gezahlt worden sind. Der *Verpfänder* ist verpflichtet, dem *Pfandnehmer* auf dessen Verlangen etwaige Beurkundungskosten, die im Zusammenhang mit diesem *Vertrag* durch den *Pfandnehmer* gezahlt werden, zu erstatten.

14.3 Bezeichnung der Geschäftsanteile

Eine eventuelle unrichtige Bezeichnung der Geschäftsanteile oder unrichtige Angabe hinsichtlich der Höhe des Stammkapitals der *Gesellschaft* in der Präambel dieses *Vertrages* ist unerheblich. Die Vertragsparteien dieses *Vertrages* sind sich einig, dass sich die *Pfandrechte* in jedem Fall auf alle gegenwärtigen und künftigen Geschäftsanteile des *Verpfänders* an der *Gesellschaft* erstrecken sollen.

14.4 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses *Vertrages* ganz oder teilweise aus irgendeinem Grund, einschließlich auf Grund einer Rechtsverletzung, unwirksam oder nicht durchsetzbar sein oder werden, so soll dies die Gültigkeit dieses *Vertrages* im Übrigen und die Gültigkeit des *Kreditvertrages*, des *Bestätigten Kreditvertrages* und der anderen *Finanzierungsverträge* nicht berühren. Die Vertragsparteien sind verpflichtet zusammenzuwirken, um eine unwirksame, nicht durchsetzbare oder wirtschaftlich unmögliche Bestimmung durch eine wirksame, durchsetzbare und mögliche Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Ergebnis der unwirksamen, nicht durchsetzbaren oder wirtschaftlich unmöglichen Bestimmung und den mit diesem *Vertrag* verfolgten wirtschaftlichen Zielen der Vertragsparteien möglichst nahe kommt. Entsprechendes gilt im Fall einer unbeabsichtigten Regelungslücke.

14.5 Änderungen oder Ergänzungen

Änderungen, Ergänzungen oder der Verzicht auf einzelne Bestimmungen dieses Vertrages, einschließlich dieser Klausel 14.5 (*Änderungen oder Ergänzungen*), bedürfen der Schriftform, sofern nicht die notarielle Beurkundung oder eine andere Form gesetzlich vorgeschrieben ist. Der Austausch von ausgefertigten Unterschriftenseiten, übermittelt durch Telefax, Computerfax oder durch Übermittlung einer elektronischen Kopie im Anhang einer E-Mail ist zur Wahrung der Schriftform ausreichend. Im Falle eines Telefax, Computerfax oder der Übermittlung einer elektronischen Kopie im Anhang einer E-Mail kann jede Vertragspartei verlangen, dass die entsprechende Erklärung durch einen Brief bestätigt wird oder im Falle des Abschlusses oder der Änderung des *Vertrages*, dass alle Vertragsparteien den *Vertrag* im Original unterzeichnen.

14.6 Rechtswahl

14.6.1 Dieser *Vertrag* unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

14.6.2 Alle außervertraglichen Rechte und Pflichten aus oder im Zusammenhang mit diesem *Vertrag* unterliegen ebenfalls dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

14.7 Gerichtsstand

Ausschließlicher Gerichtsstand ist Frankfurt am Main, Deutschland. (Dies gilt auch für Streitigkeiten betreffend das Bestehen, die Wirksamkeit oder die Beendigung dieses *Vertrages*. Im Hinblick auf die Frage des Bestehens, der Wirksamkeit oder der Durchsetzbarkeit der *Besicherten Forderungen* gilt der Gerichtsstand, der in dem der entsprechenden *Besicherten Forderung* zugrundeliegenden Vertrag festgelegt ist.) Diese Klausel 14.7 (*Gerichtsstand*) gilt ausschließlich zugunsten des *Pfandnehmers*. Der *Pfandnehmer* kann den *Verpfänder* auch an jedem anderen Ort verklagen, an dem ein Gerichtsstand begründet ist.

15 Zustimmung

Prof. Dr. Lucas Flöther, handelnd in seiner Eigenschaft als vorläufiger Sachwalter über das Vermögen des *Verpfänders*, hat dem Abschluss dieses Vertrages zugestimmt; die Zustimmungserklärung ist in Kopie diesem Vertrag in Anlage 4 (*Kopie der Zustimmungserklärung des Sachwalters*) beigelegt.

Anlage 1
Kopie des Gesellschafterbeschlusses

Schriftlicher Gesellschafterbeschluss

vom 30. August 2017.

der

Luftfahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung

eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Dortmund unter HRB 5852

(die "GESELLSCHAFT")

Unter Verzicht auf sämtliche gesetzlichen und gesellschaftsvertraglichen Form- und Fristenfordernisse für die Einberufung und Abhaltung von Gesellschafterversammlungen fasst der alleinige Gesellschafter der GESELLSCHAFT, die

Air Berlin PLC,

eine Gesellschaft englischen Rechts, mit Sitz in London, Vereinigtes Königreich, eingetragen im Companies House for England and Wales unter der Nummer 5643814 (der "GESELLSCHAFTER") hiernit folgenden Beschluss:

I.

Die Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG hat Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung nach § 270a der Insolvenzordnung gestellt. Das Insolvenzantragsverfahren wurde daraufhin mit Beschluss des Amtsgericht Charlottenburg – Insolvenzgericht – vom 15. August 2017 eingeleitet.

Dem GESELLSCHAFTER ist bekannt, dass zwischen der Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG als Darlehensnehmer, deren Komplementär der GESELLSCHAFTER ist, und der KfW als Darlehensgeber ein EUR 150.000.000 Massedarlehensvertrag abgeschlossen werden soll (der "MASSEDARLEHENSVERTRAG").

Der MASSEDARLEHENSVERTRAG bestimmt, dass zur Besicherung sämtlicher vertraglicher und gesetzlicher Ansprüche aus oder im Zusammenhang mit dem MASSEDARLEHENSVERTRAG und weiteren im Zusammenhang mit dem MASSEDARLEHENSVERTRAG bereits abgeschlossenen und noch abzuschließenden Finanzierungsvereinbarungen unter anderem sämtliche Geschäftsanteile an der GESELLSCHAFT durch den GESELLSCHAFTER an den Darlehensgeber zu verpfänden sind.

Der Gesellschaftsvertrag der GESELLSCHAFT enthält in § 4 eine Vinkulierungsklausel, wonach die Abtretung und Verpfändung von Geschäftsanteilen nur mit Zustimmung der Mehrheit der Gesellschafter (nach Geschäftsanteilen) zulässig ist.

II.

Hiermit stimmt der GESELLSCHAFTER in seiner Eigenschaft als alleiniger Gesellschafter der GESELLSCHAFT gemäß § 4 des Gesellschaftsvertrags der GESELLSCHAFT in ihrer aktuellen Fassung

- (i) dem Abschluss des Verpfändungsvertrags zwischen dem GESELLSCHAFTER als Verpfänder und der KfW als Pfandnehmer (der „VERPFÄNDUNGSVERTRAG“) und der darin vorgesehenen Verpfändung sämtlicher Geschäftsanteile an der GESELLSCHAFT und diverse damit im Zusammenhang stehende Rechte (die „VERPFÄNDETEN RECHTE“) durch den GESELLSCHAFTER und
 - (ii) einer sich im Falle einer Pfandrechtsverwertung ergebenden Veräußerung beziehungsweise Übertragung der Verpfändeten Rechte nach Maßgabe der Bestimmungen des Verpfändungsvertrages
- zu.

III.

Die Geschäftsführer der Gesellschaft werden ermächtigt und angewiesen, die Verpfändungsanzeige unter dem VERPFÄNDUNGSVERTRAG entgegenzunehmen und den Empfang dem GESELLSCHAFTER und/oder die KfW durch Gegenzeichnung der Verpfändungsanzeige und Übermittlung derselben an den GESELLSCHAFTER und/oder die KfW zu bestätigen.

Weitere Beschlüsse werden nicht gefasst.

Berlin, 30 August 2017

Air Berlin PLC

Name: Thomas Winkelmann
Titel: Executive Officer und CEO

Anlage 2
Muster der Verpfändungsanzeige

[Bitte auf Briefkopf des Verpfänders ausdrucken.]

An:

Luftfahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung

z. Hd. der Geschäftsführung

Flugplatz 11, 44319 Dortmund

Von:

Air Berlin PLC

**Verpfändung der Anteile an der Luftfahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung
durch Air Berlin PLC**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit zeigen wir Ihnen gemäß den relevanten gesellschaftsrechtlichen Anzeigerfordernissen und § 1280 Bürgerliches Gesetzbuch an, dass mit notarieller Urkunde des unterzeichnenden Notars vom [_____] Urkundenrolle Nr. [_____] Air Berlin PLC als Verpfänder ihre sämtlichen bestehenden und zukünftigen Geschäftsanteile an Luftfahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung verpfändet hat.

Des weiteren sind sämtliche (bestehende und zukünftige) aus den Geschäftsanteilen resultierende Nebenansprüche, insbesondere auf Gewinnansprüche, Liquidationserlöse, Einziehungsentgelte, Abfindungsansprüche wegen Kündigung, Austritt und/oder Ausschluss eines Gesellschafters aus wichtigem Grund sowie Abfindungsansprüche wegen etwaiger Preisgabe eines Geschäftsanteils, Ansprüche auf Rückzahlung von Nachschüssen und Zahlungsansprüche, die aus oder im Zusammenhang mit Gewinnabführungsverträgen bestehen, von der Verpfändung umfasst.

Ich darf Sie bitten, den Erhalt der Anzeige zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen,

Air Berlin PLC

Durch:

Name:

Position:

Hiermit bestätigen wir den Erhalt der obigen Anzeige:

Luftfahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung

Durch:

Name:

Position: Geschäftsführer

Anlage 3
Kopie der Gesellschafterliste der Gesellschaft

Liste der Gesellschafter

der

Luftfahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung

mit Sitz in Dortmund, Amtsgericht Dortmund, HRB 5852

Gesellschafter	Registergericht, HRB Nr.	Sitz	Geschäftsanteile Nennbetrag in EUR	lfd. Nr.
Air Berlin PLC	Companies House, Cardiff, Company No. 5643814	London, Ver- einigtes König- reich	310.000,00 EUR	1

Bescheinigung gemäß § 40 Abs. 2 Satz 2 GmbHG

Ich habe als Notar durch meine notarielle Urkunde vom 2. Mai 2017 zur UR-Nr. S 165/2017 bei der Gesellschaft an Veränderungen nach § 40 Absatz 1 Satz 1 GmbHG mitgewirkt. Ich bescheinige hiermit, dass die geänderten Eintragungen in der vorstehenden Gesellschafterliste den Veränderungen entsprechen, an denen ich mitgewirkt habe, und dass die übrigen Eintragungen mit dem Inhalt der zuletzt im Handelsregister aufgenommenen Liste übereinstimmen.

Berlin, den 19. Juni 2017

gez. Dr. Hans M. Seiler
 Notar

L. S.

4928598v1

Hiermit beglaubige ich die Übereinstimmung der in dieser Datei enthaltenen Bilddaten (Abschrift) mit dem mir vorliegenden Papierdokument (Urschrift).

Berlin, den 19.06.2017

Dr. Hans-Michael Seifer, Notar

Anlage 4
Kopie der Zustimmungserklärung des Sachwalters

Air Berlin PLC

**Zustimmungserklärung des vorläufigen Sachwalters in Bezug auf den
EUR 150.000.000 Massedarlebensvertrag**

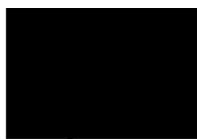
Durch Beschluss des Amtsgerichts Charlottenburg vom 16. August 2017, Az. 36a IN 4301/17, wurde der unterzeichnende Prof. Dr. Lucas F. Flöther mit Geschäftsanschrift Wallstraße 14, 10179 Berlin, im Insolvenzeröffnungsverfahren über das Vermögen der Air Berlin PLC, einer Gesellschaft nach englischem Recht, eingetragen im Companies House Cardiff unter Registernummer 5643814 und Geschäftsanschrift Saatwinkler Damm 42-43, 13627 Berlin, (im Folgenden, die *Gesellschaft*) zum vorläufigen Sachwalter bestimmt.

Die Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG, deren persönlich haftender Gesellschafter die Gesellschaft ist, beabsichtigt, ein Massedarlehen unter einem Massedarlebensvertrag über EUR 150.000.000 zwischen der Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG als Darlehensnehmer und der KfW als Darlehensgeber (im Folgenden, der *Massedarlebensvertrag*) aufzunehmen.

Zur Sicherung jedweder gegenwärtiger und zukünftiger Ansprüche der KfW aus oder im Zusammenhang mit dem Massedarlebensvertrag und den sonstigen in diesem Zusammenhang abgeschlossenen Verträgen beabsichtigt die Gesellschaft den Abschluss eines Geschäftsanteilsverpfändungsvertrages zwischen der Gesellschaft als Verpfänder und der KfW als Pfandnehmer betreffend die Verpfändung der von der Gesellschaft gehaltenen gegenwärtigen und zukünftigen Geschäftsanteile an der Luftfahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung und der damit verbundenen Nebenrechte (im Folgenden, der *Geschäftsanteilsverpfändungsvertrag*).

Der Unterzeichnende stimmt hiermit in seiner Eigenschaft als vorläufiger Sachwalter im Insolvenzeröffnungsverfahren über das Vermögen der Gesellschaft dem Abschluss des Geschäftsanteilsverpfändungsvertrags durch die Gesellschaft zu.

Berlin, den 31. August 2017

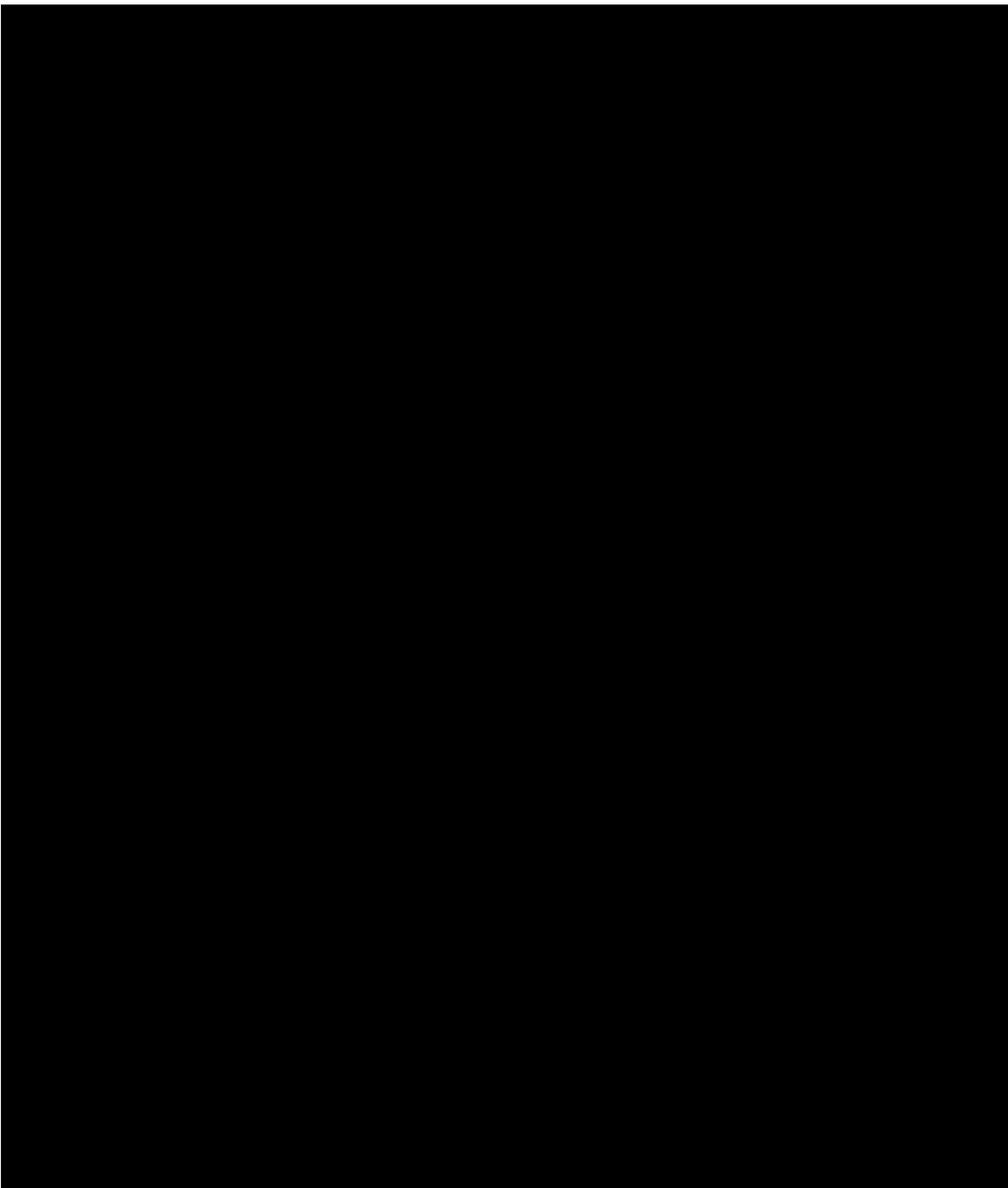
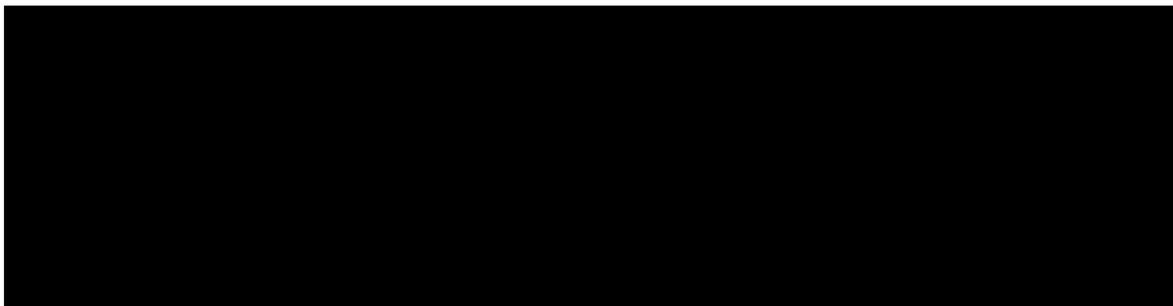


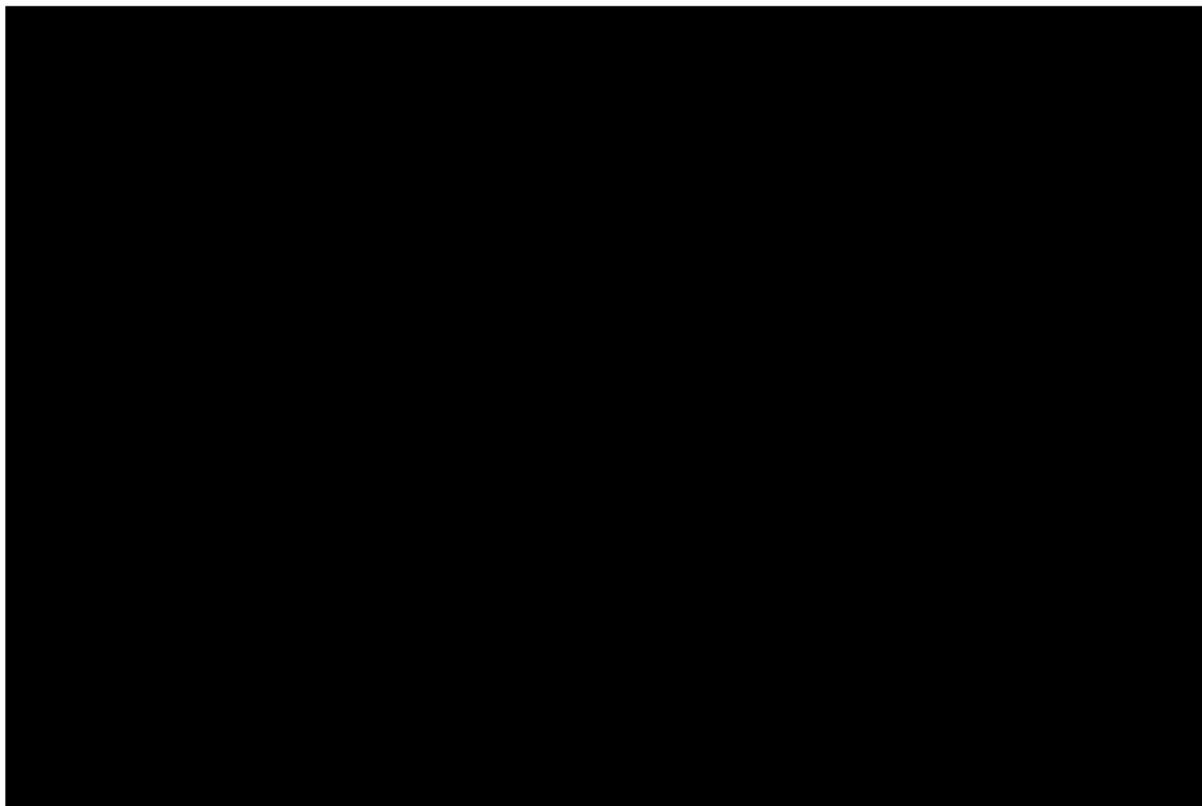
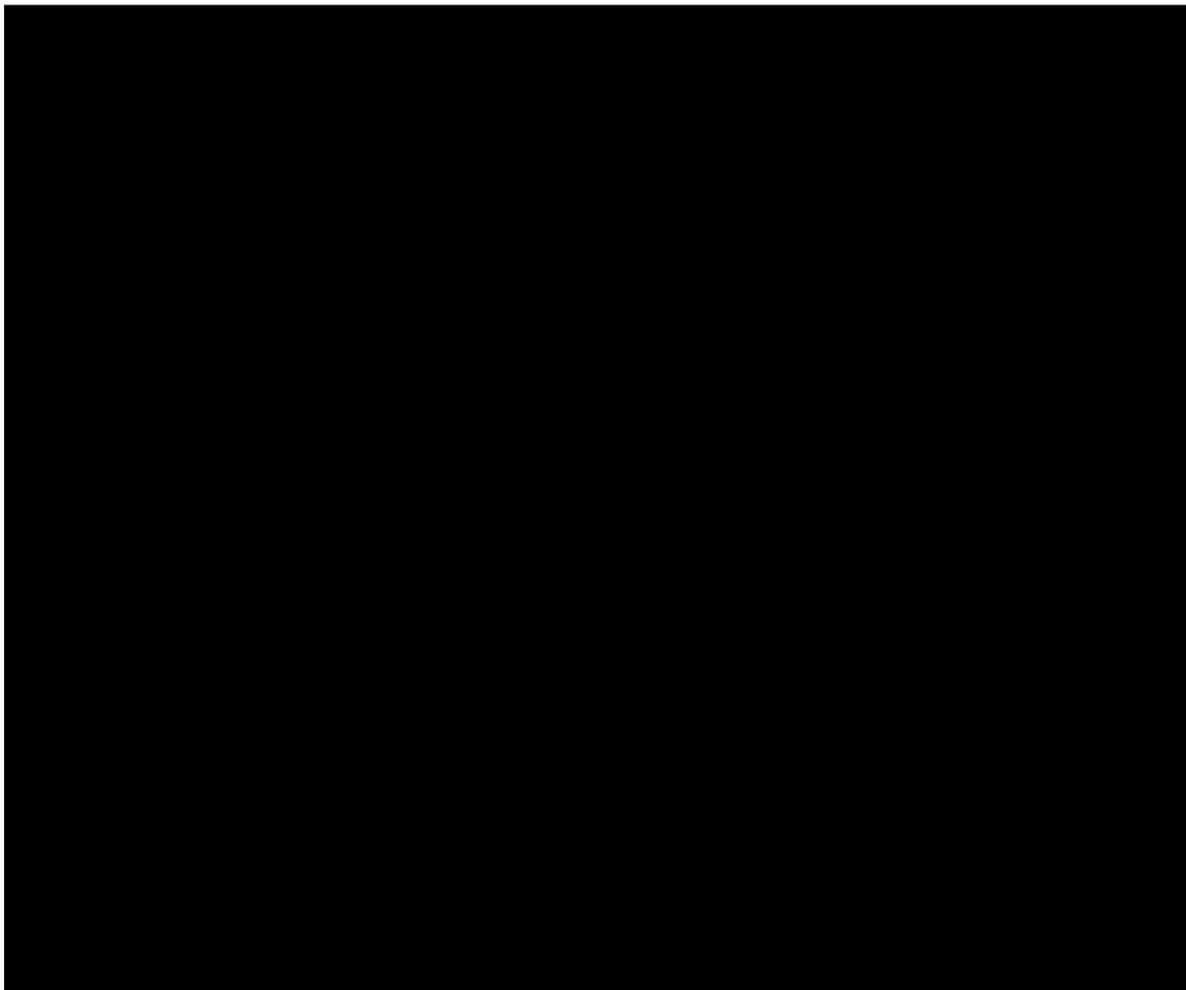
Prof. Dr. Lucas F. Flöther

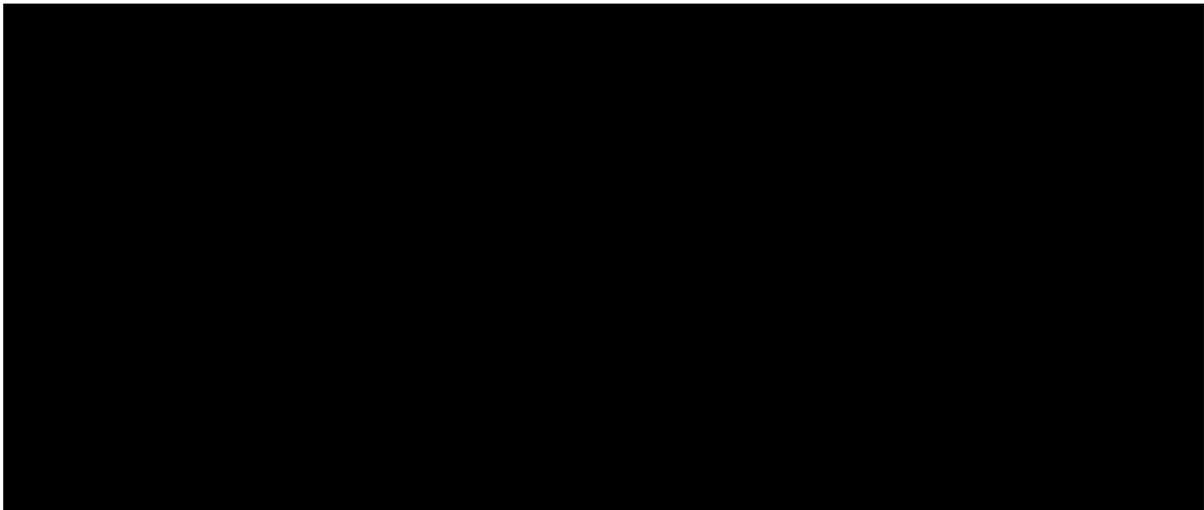
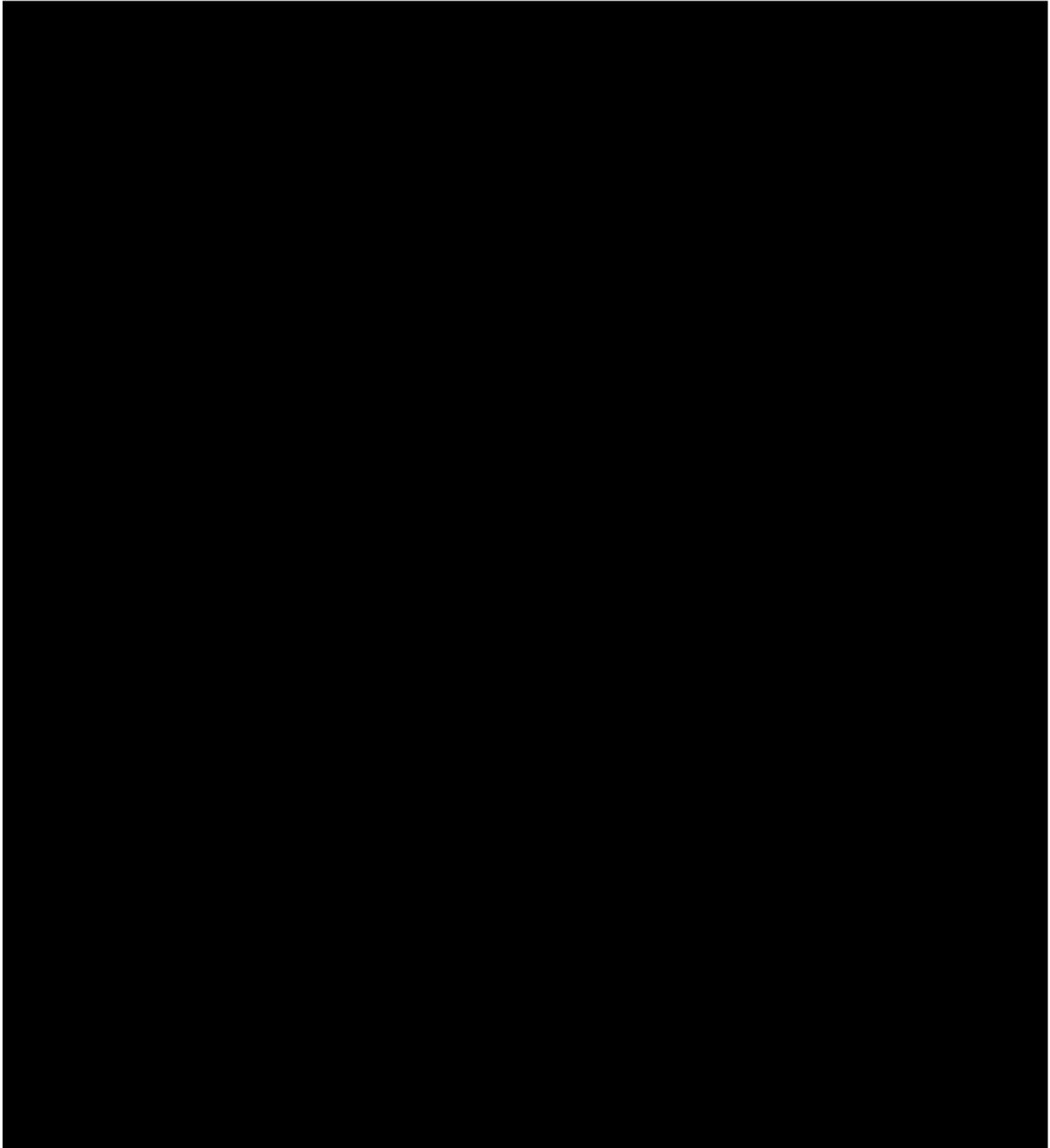
(in seiner Eigenschaft als vorläufiger Sachwalter im Insolvenzeröffnungsverfahren über das Vermögen der Air Berlin PLC)

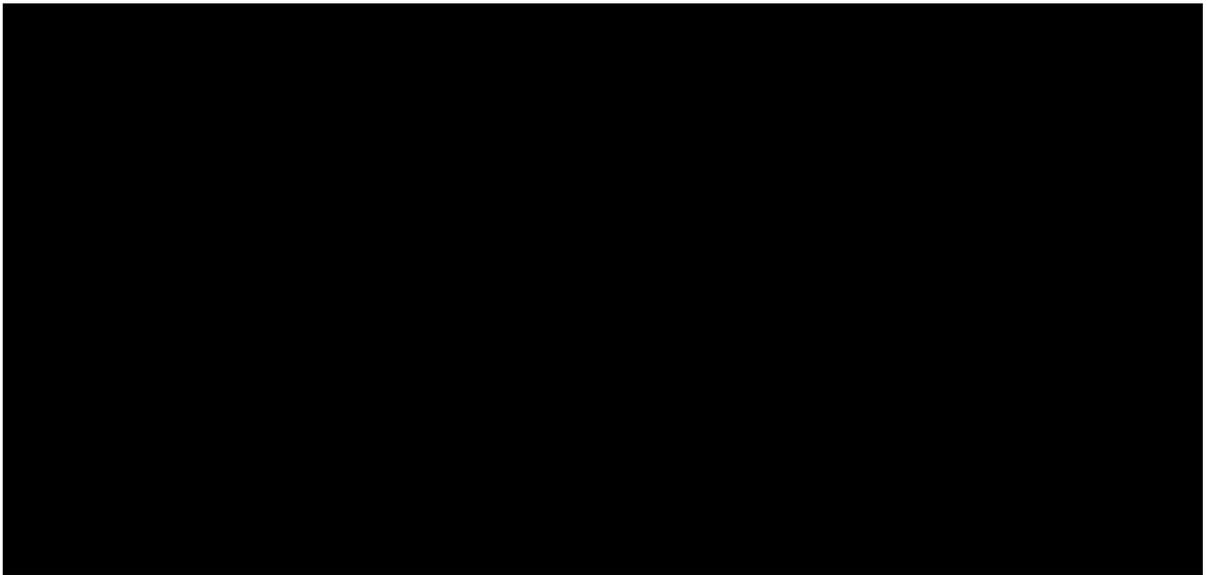
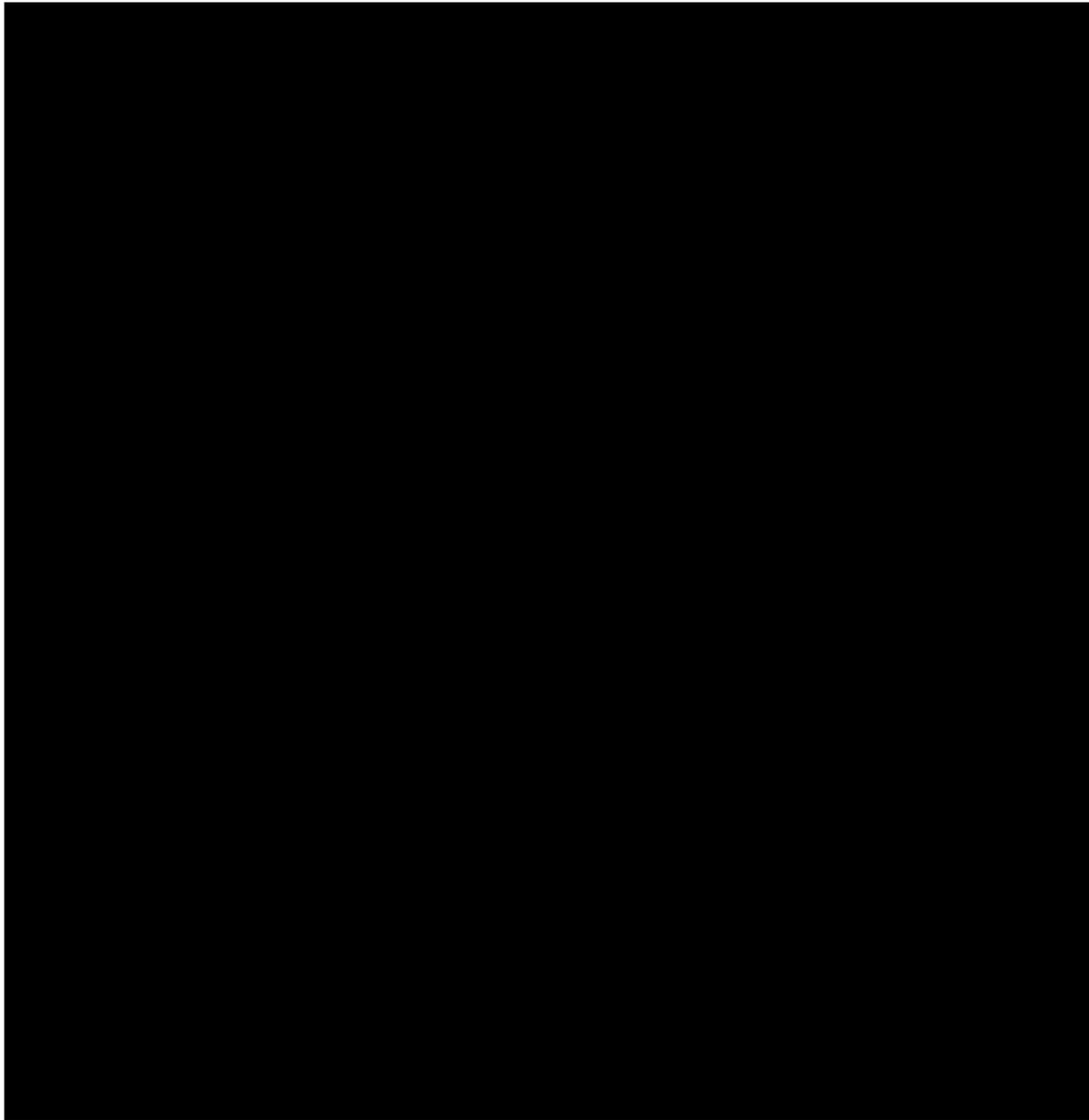
DAC249707842 137504-0071

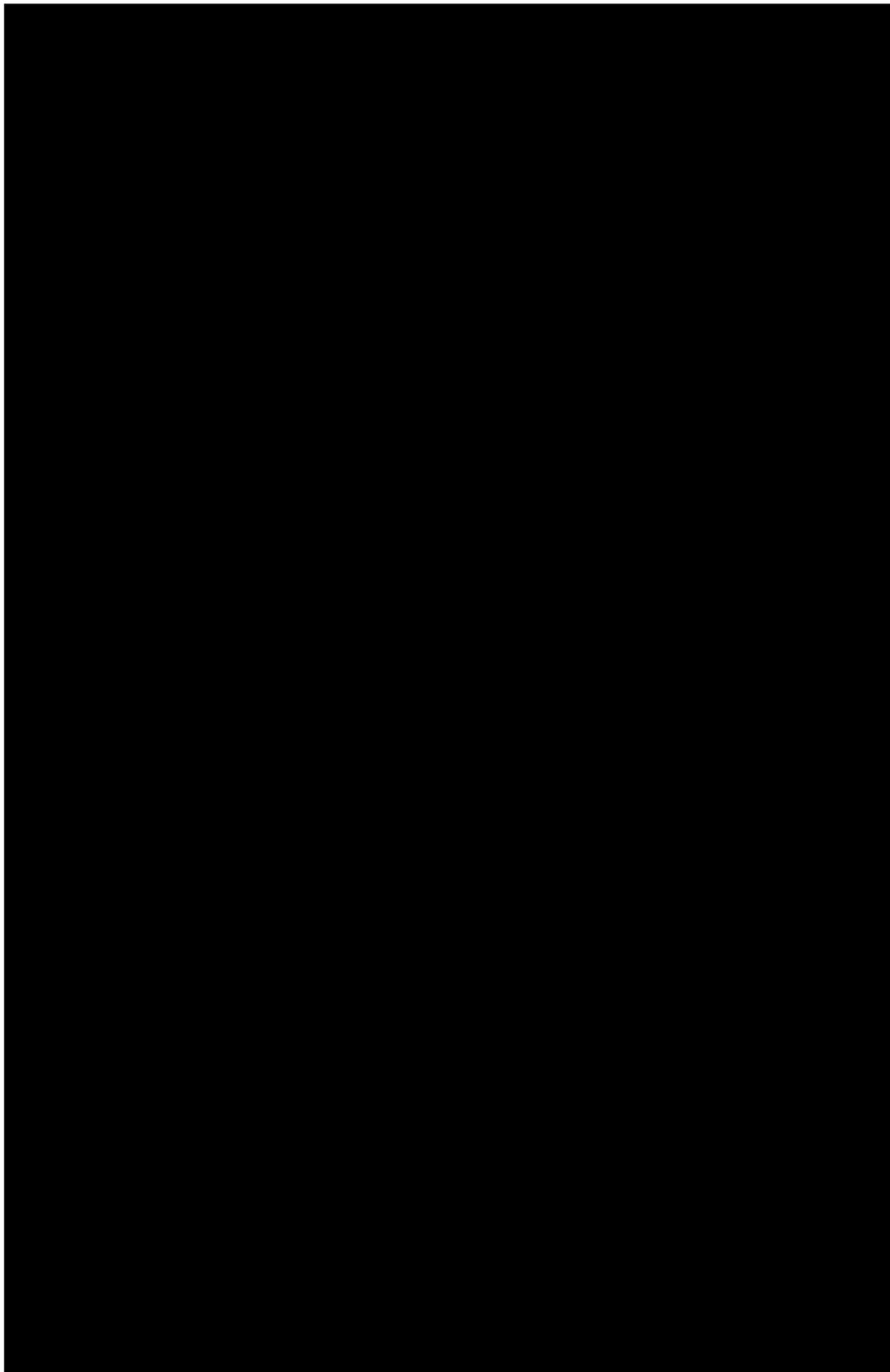
[REDACTED]

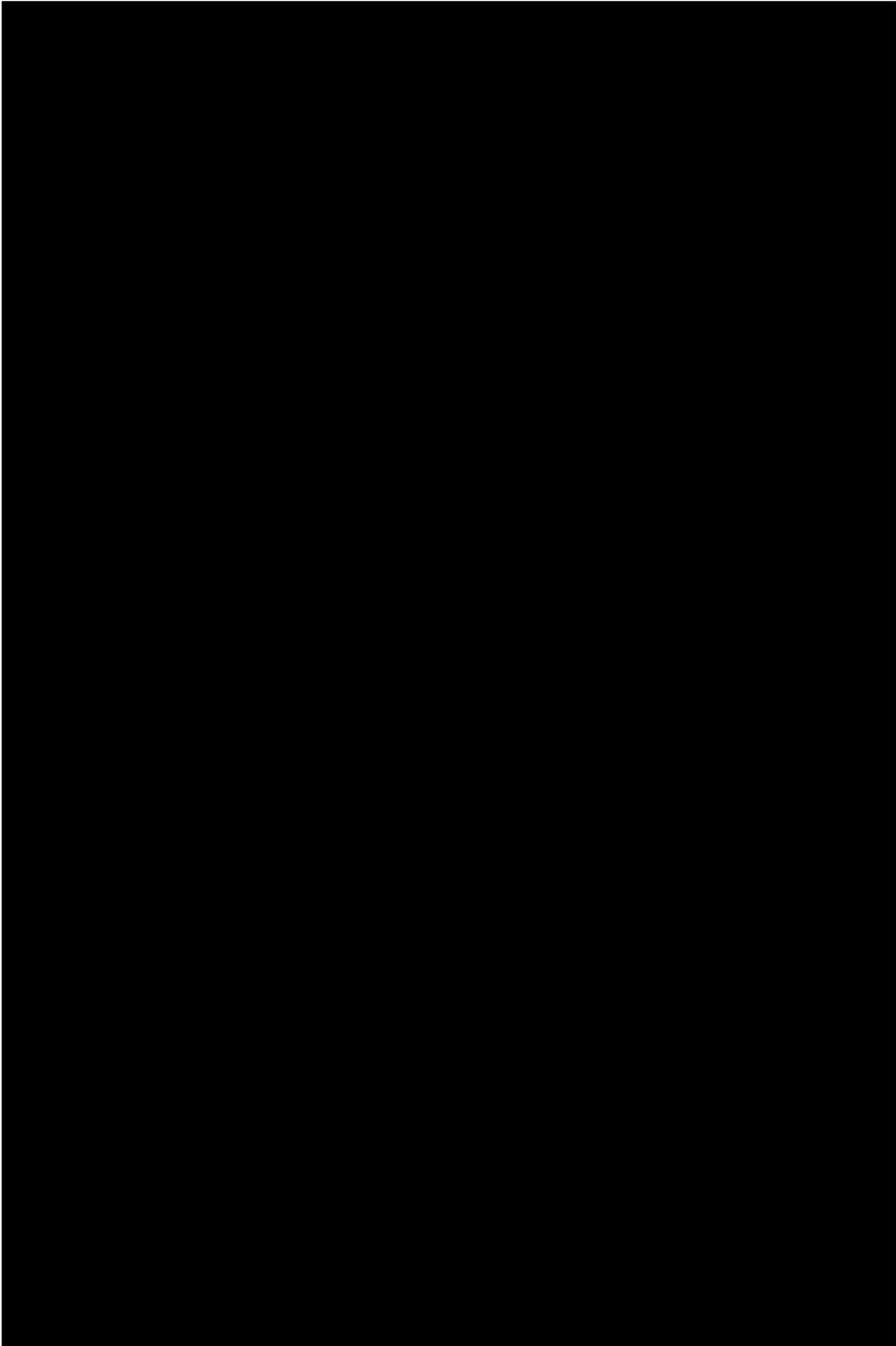


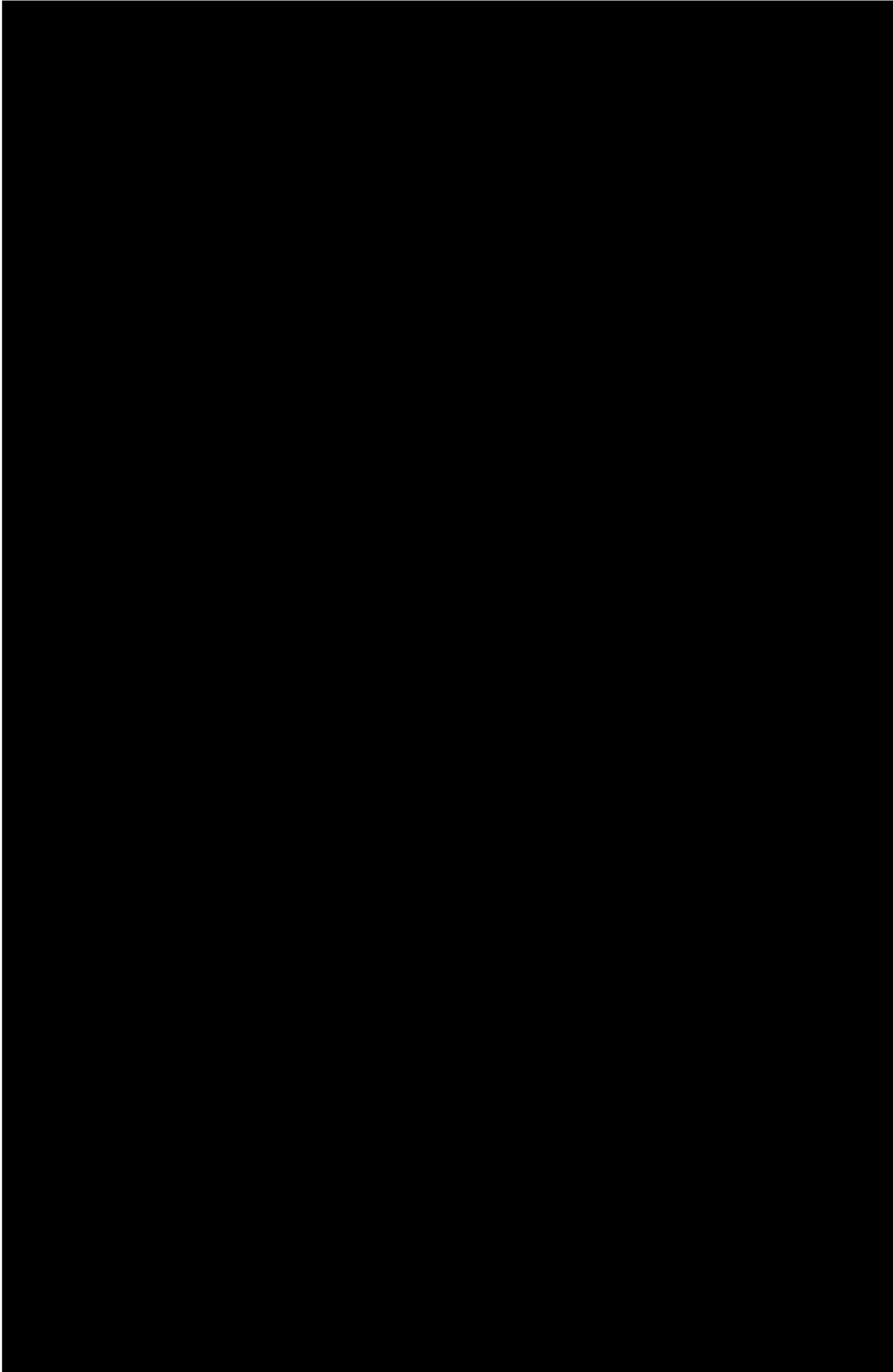


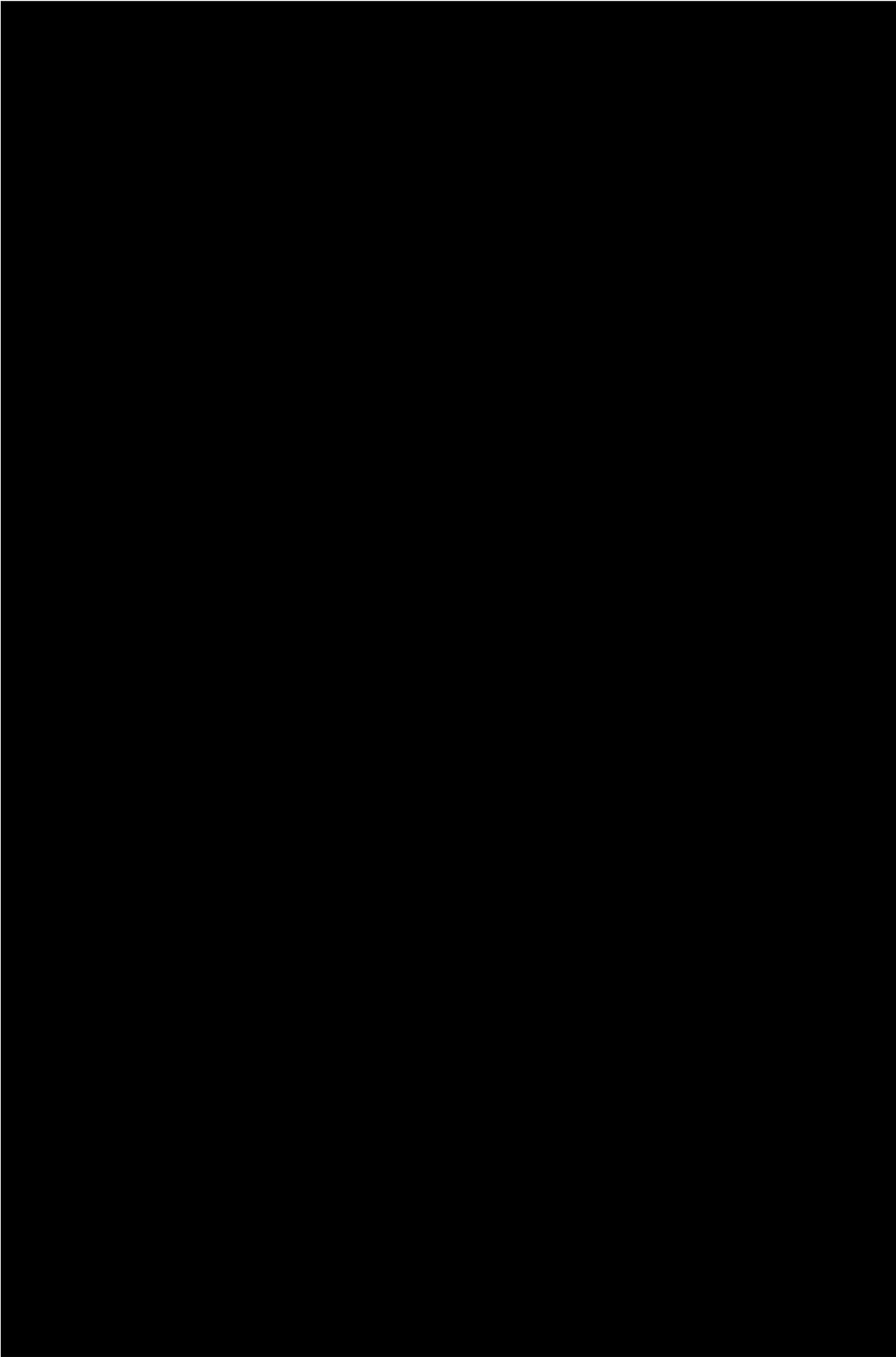


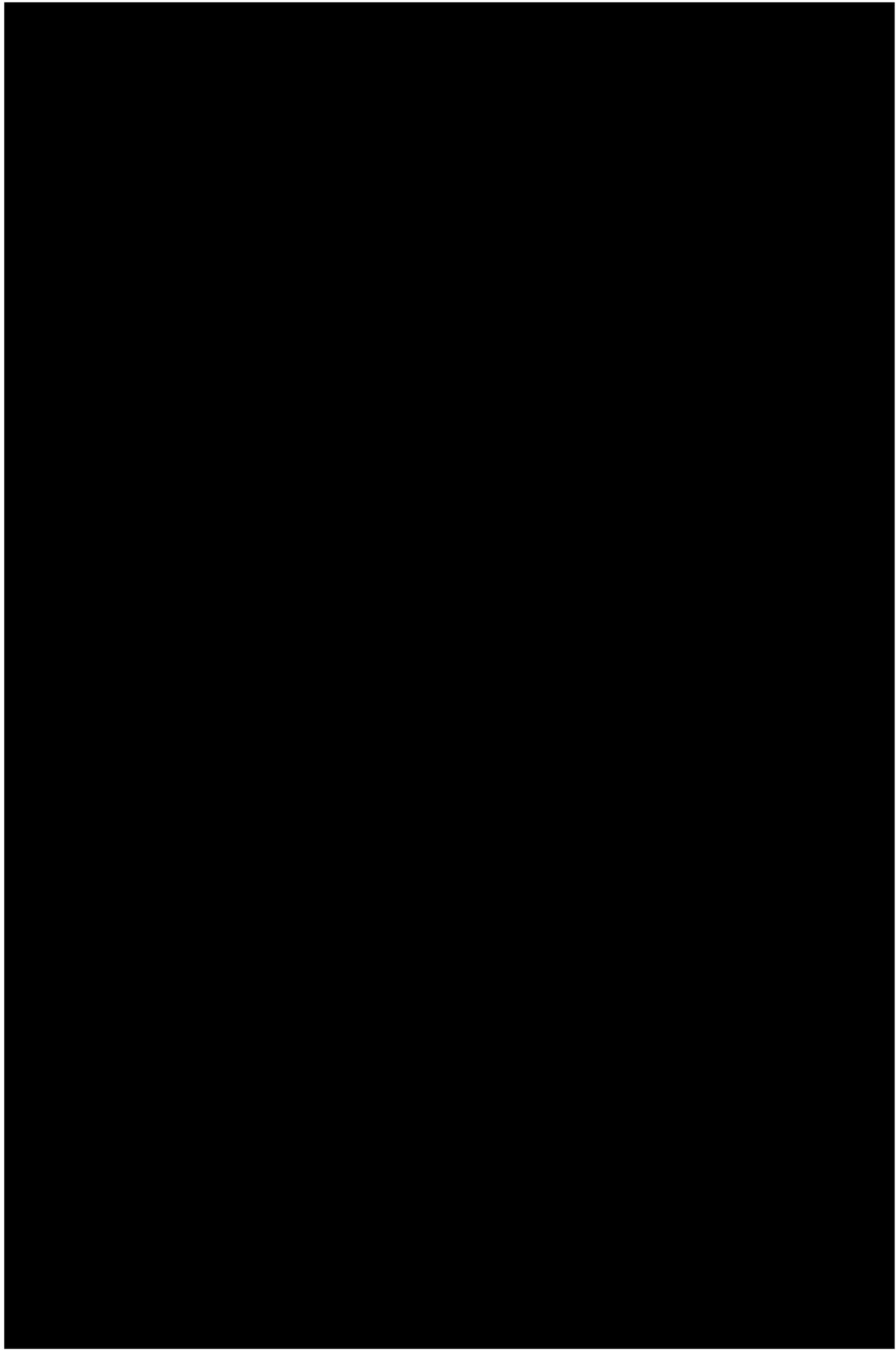


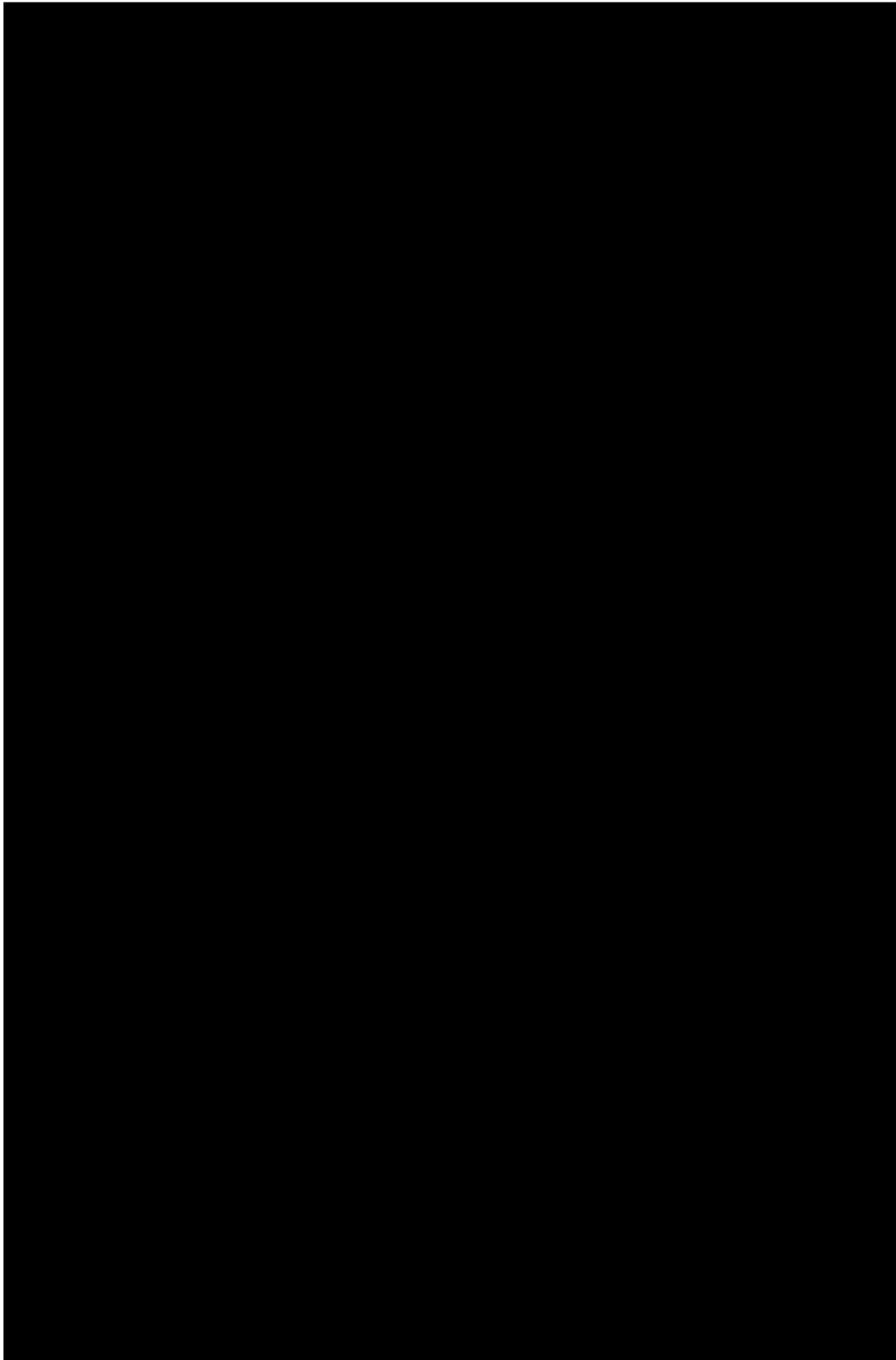


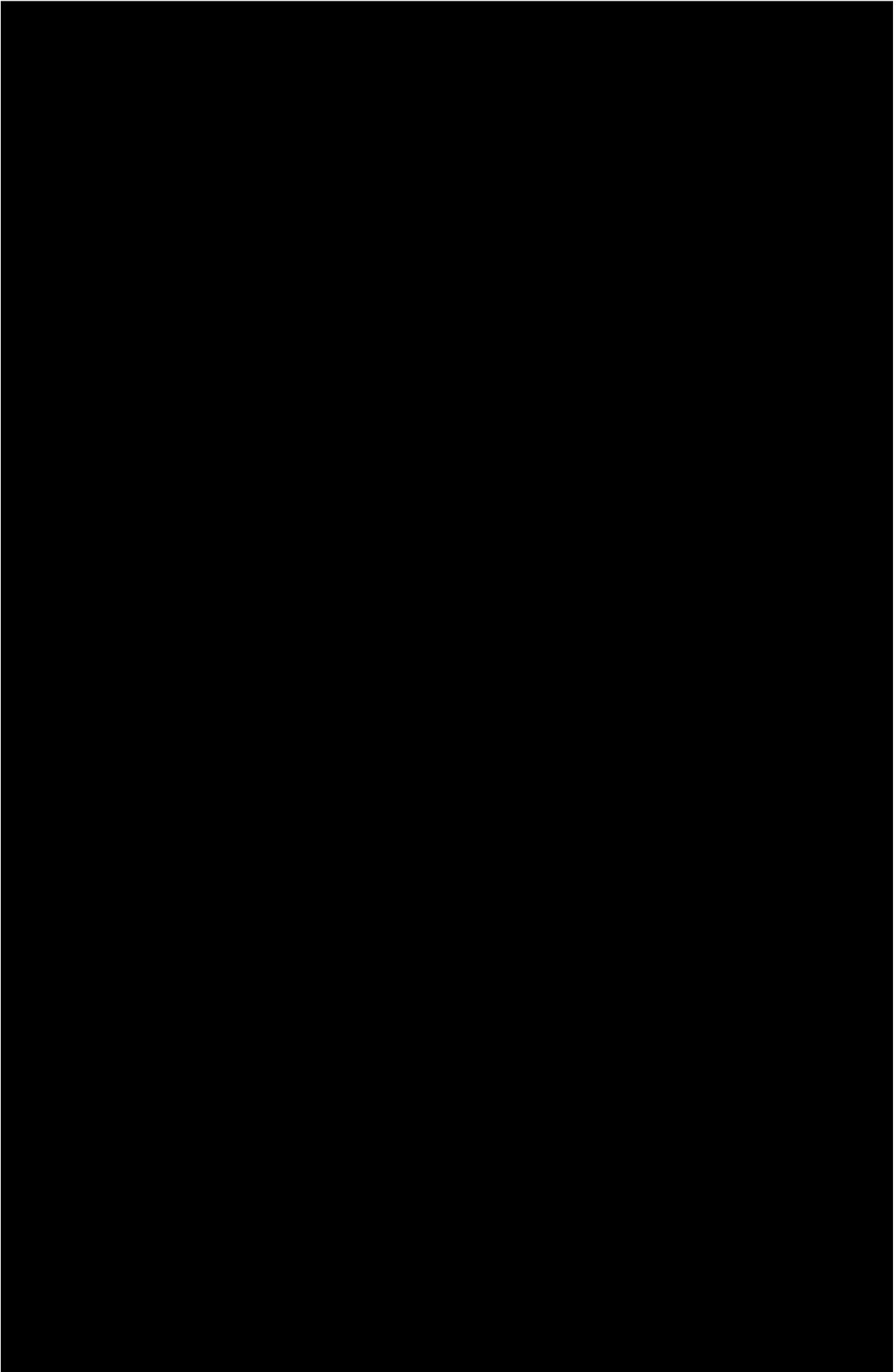


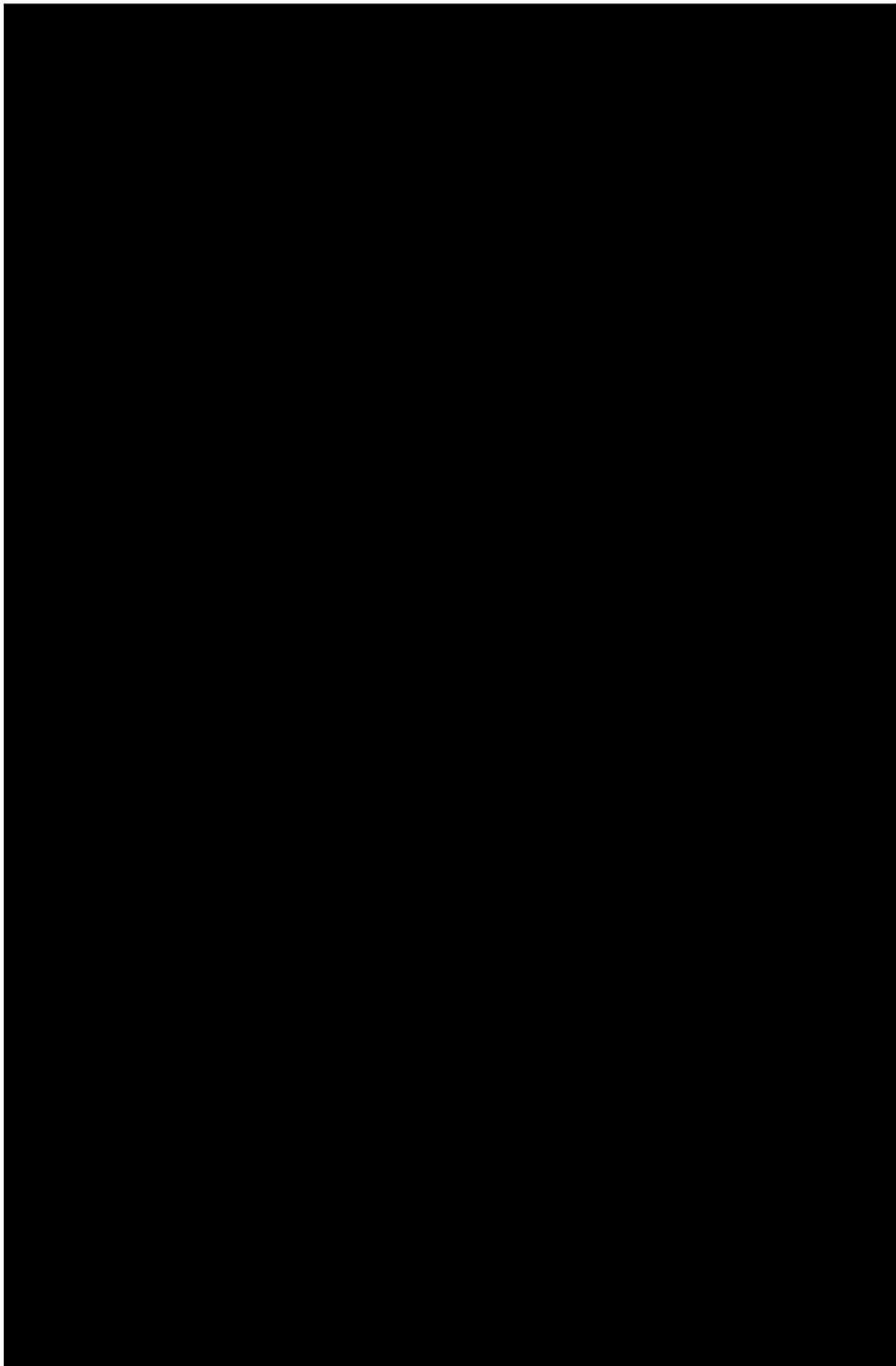


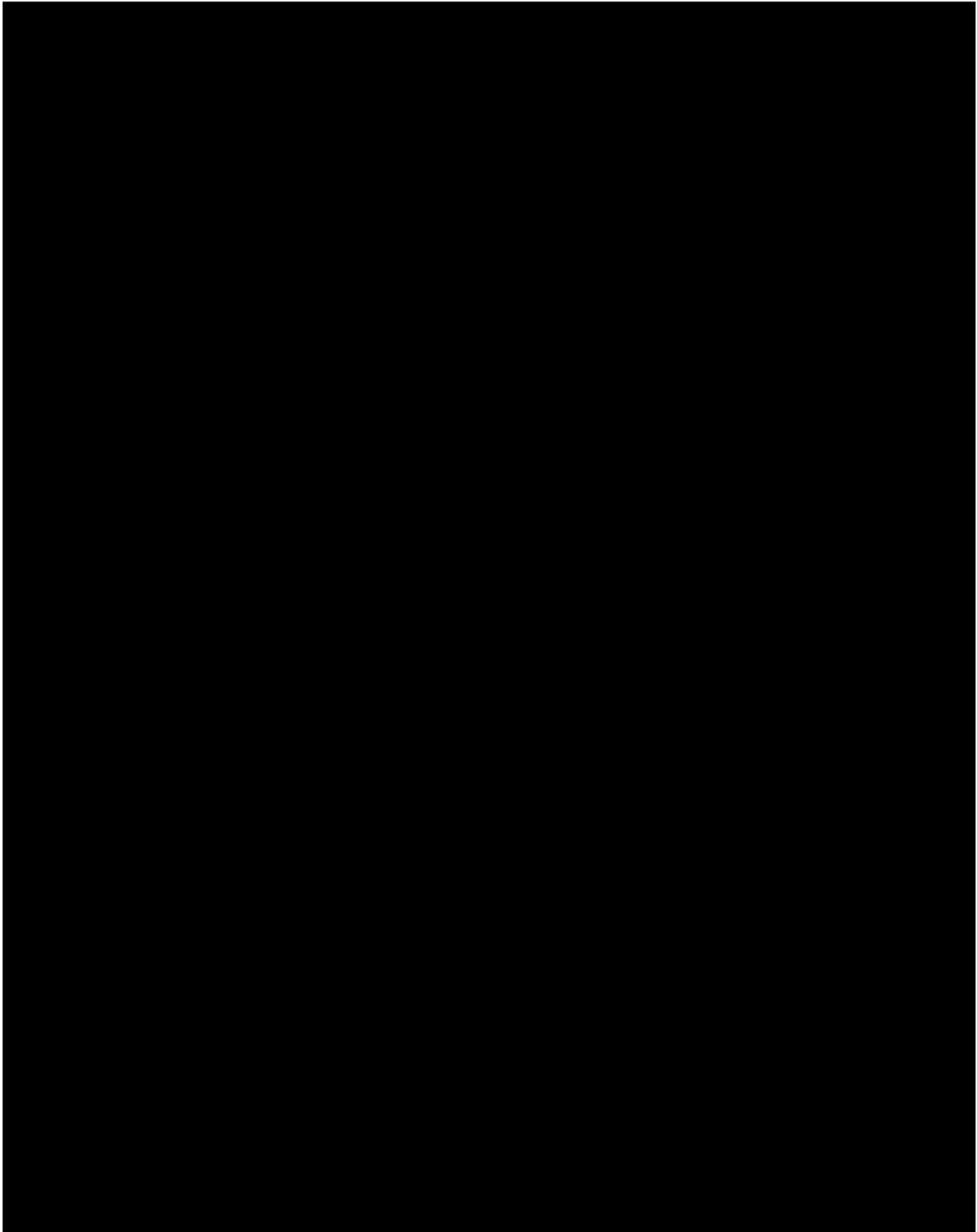


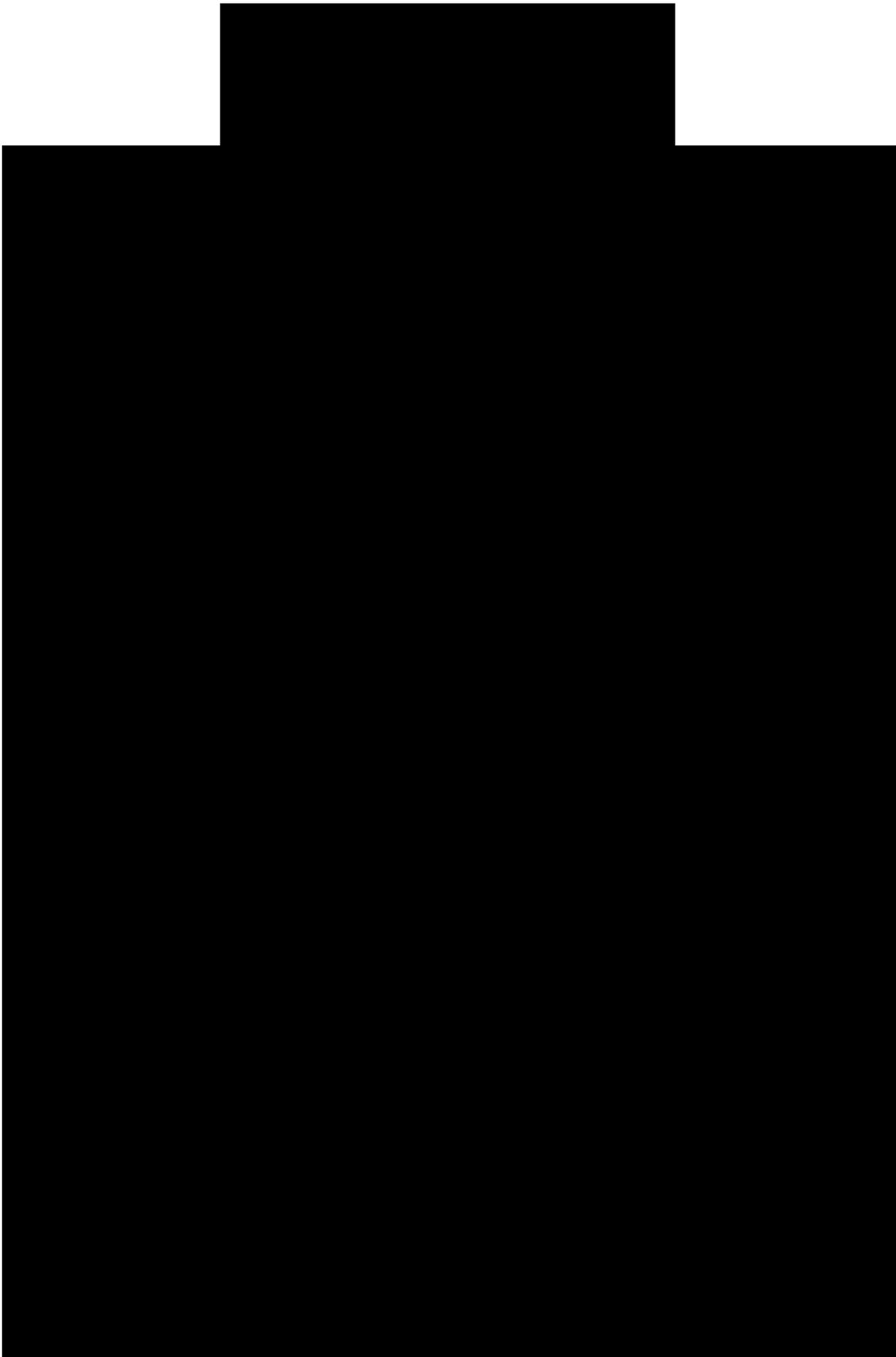




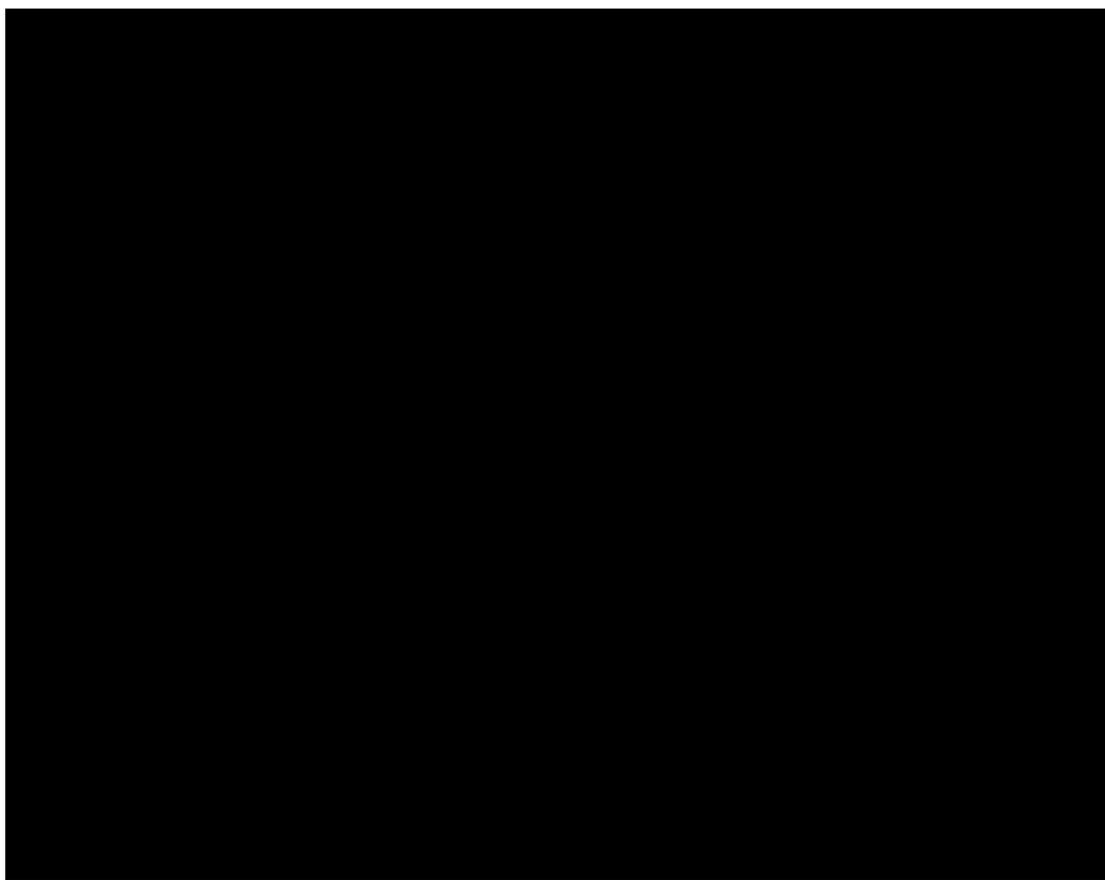
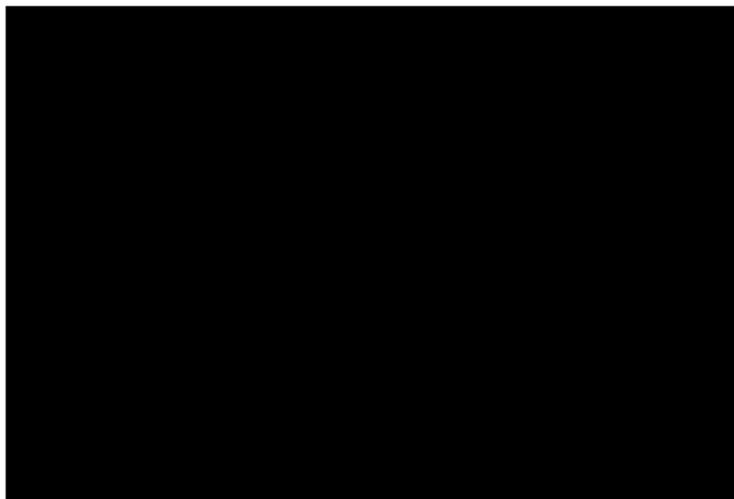










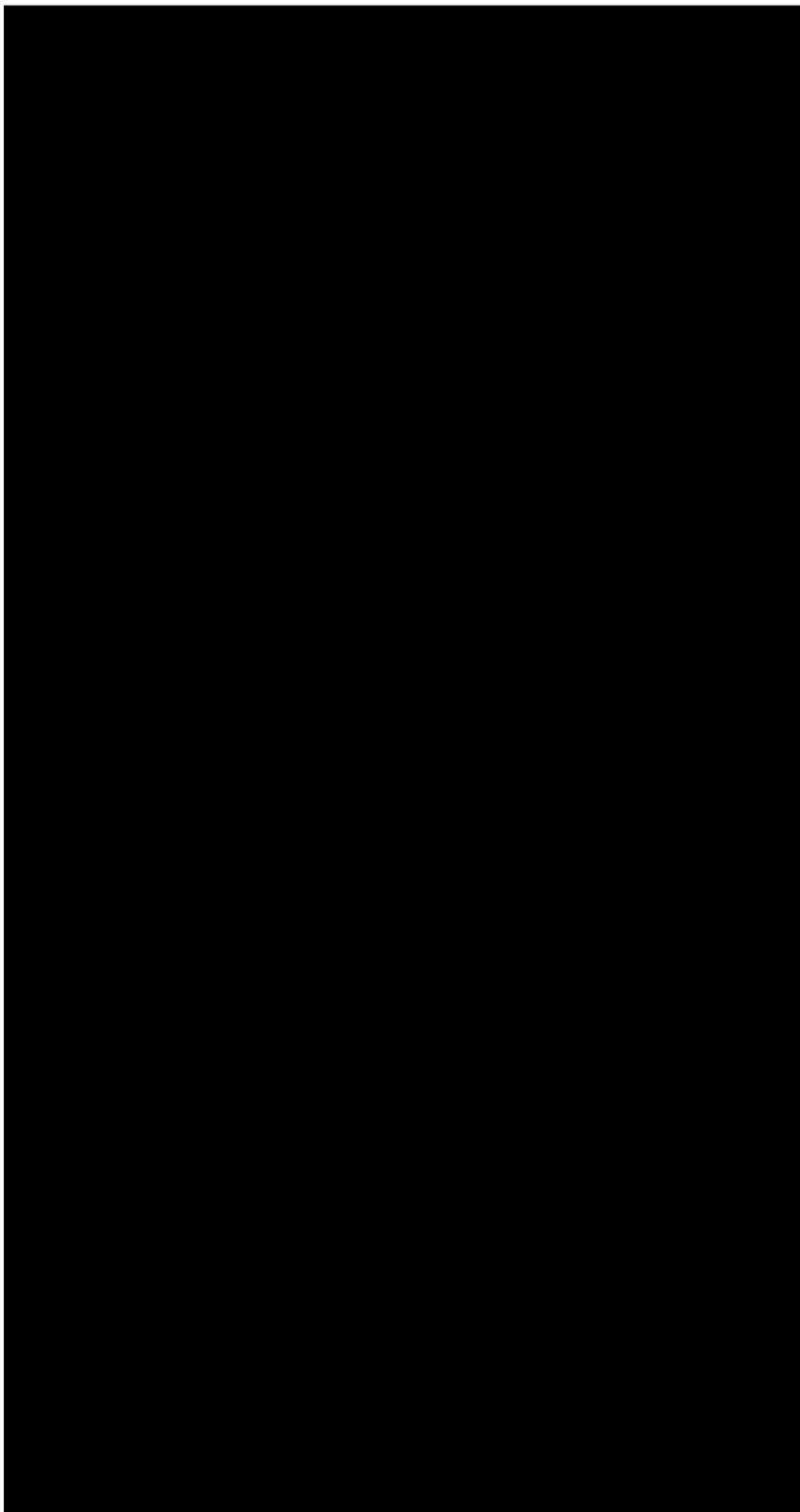


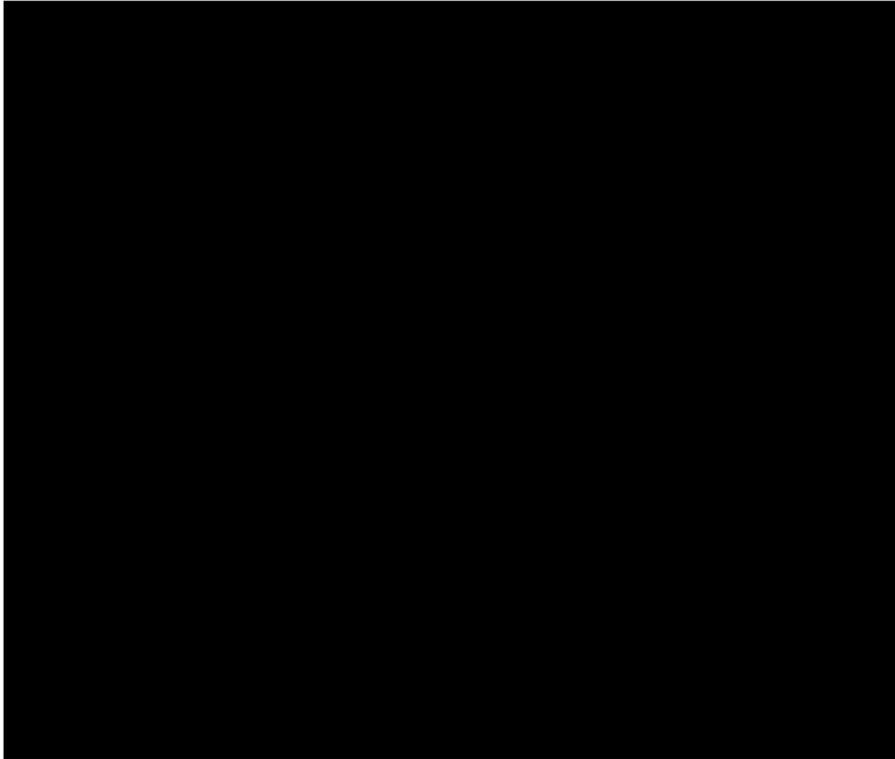
[REDACTED]

[REDACTED]

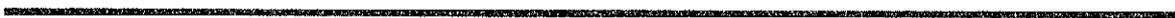
[REDACTED]

[REDACTED]





212



POWER-OF-ATTORNEY

VOLLMACHT

The undersigned

Die unterzeichnete

Air Berlin PLC,

a company registered in the United Kingdom (company number 5643814), whose registered office is at Browne Jacobson LLP, 6 Bevis Marks, Bury Court, London EC3A 7BA, United Kingdom

eine im Vereinigten Königreich eingetragene Gesellschaft (*company number* 5643814) mit Satzungssitz c/o Browne Jacobson LLP, 6 Bevis Marks, Bury Court, London EC3A 7BA, Vereinigtes Königreich

(hereinafter referred to as the *Company*),

(nachfolgend als die *Gesellschaft* bezeichnet),

duly represented by

ordnungsgemäß vertreten durch

Thomas Winkelmann

in his function as director acting individually on behalf of the Company, hereby authorises and appoints as its attorneys and in its name or otherwise and on its behalf:

in seiner Eigenschaft als einzelvertretungsberechtigter Direktor (*director*) der Gesellschaft, bevollmächtigt und benennt hiermit als ihre Bevollmächtigten, in ihrem Namen und anderweitig

Robert Kastl

Uta Kunold

Vanessa Lawrenz

Sebastian Naujoks

Andreas Ruthemeyer

Dr. Konrad Schott

Dr. Alper Utlu

and

und

Celine Zeng

each with place of business at

jeweils geschäftsansässig

Freshfields Bruckhaus Deringer LLP
Bockenheimer Anlage 44
60322 Frankfurt am Main

(each of them hereinafter referred to as a *Representative*)

each of them with power of sole representation, individually to represent the Company in connection with all declarations, acts and measures which the Representative deems necessary or appropriate to enter into the pledge (*Verpfändungsvertrag*) between the Company as assignor and KfW as pledgor over the Company's shares in its subsidiary "Luftfahrtgesellschaft Walter mbH" registered in the Commercial Register (*Handelsregister*) of the local district court (*Amtsgericht*) of Dortmund under HRB 5852.

Each Representative is released from the restrictions of Section 181 German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*) and is entitled to sub-delegate his power of attorney (with a right to relieve sub-attorneys from the restrictions of Section 181 of the German Civil Code).

Each Representative shall be exempted, to the extent legally permissible, from any personal liability.

In case of doubt, this Power of Attorney shall be interpreted widely to achieve the purpose of the granting of this Power of Attorney.

Solely the German wording of this Power of Attorney shall be binding.

This Power of Attorney is governed by and construed in accordance with the laws of the Federal Republic of Germany.

(jeder von ihnen nachfolgend als *Vertreter* bezeichnet)

und zwar jeden Vertreter mit Einzelvertretungsmacht, die Gesellschaft zu vertreten bei allen Erklärungen, Handlungen und Geschäften, die dem Vertreter erforderlich oder sinnvoll erscheinen, um ihre Anteile an ihrer Tochtergesellschaft „Luftfahrtgesellschaft Walter mbH“, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Dortmund unter HRB 5852, an die KfW zu verpfänden, und einen diesbezüglichen Verpfändungsvertrag abzuschließen.

Jeder Vertreter ist von den Beschränkungen des § 181 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) befreit und ist berechtigt, (auch unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB) Untervollmacht zu erteilen.

Jeder Vertreter ist, soweit gesetzlich zulässig, von jeder persönlichen Haftung befreit.

Im Zweifelsfall soll diese Vollmacht umfassend ausgelegt werden, um den Zweck zu verwirklichen, zu dem sie erteilt wurde.

Der deutsche Wortlaut dieser Vollmacht ist allein verbindlich.

Diese Vollmacht unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Berlin,

29 August 2017

29 August 2017

This document has been executed as a deed and is delivered and takes effect on the date stated above.

Executed as a deed by AIR BERLIN PLC acting
by Thomas Winkelmann, a director

[Redacted signature]

in the presence of:

[Redacted witness signature]

Witness signature:
Name: Christiane Schreff, Vice President Legal
Address: Saatwinkler Damm 42-43, 10627 Berlin

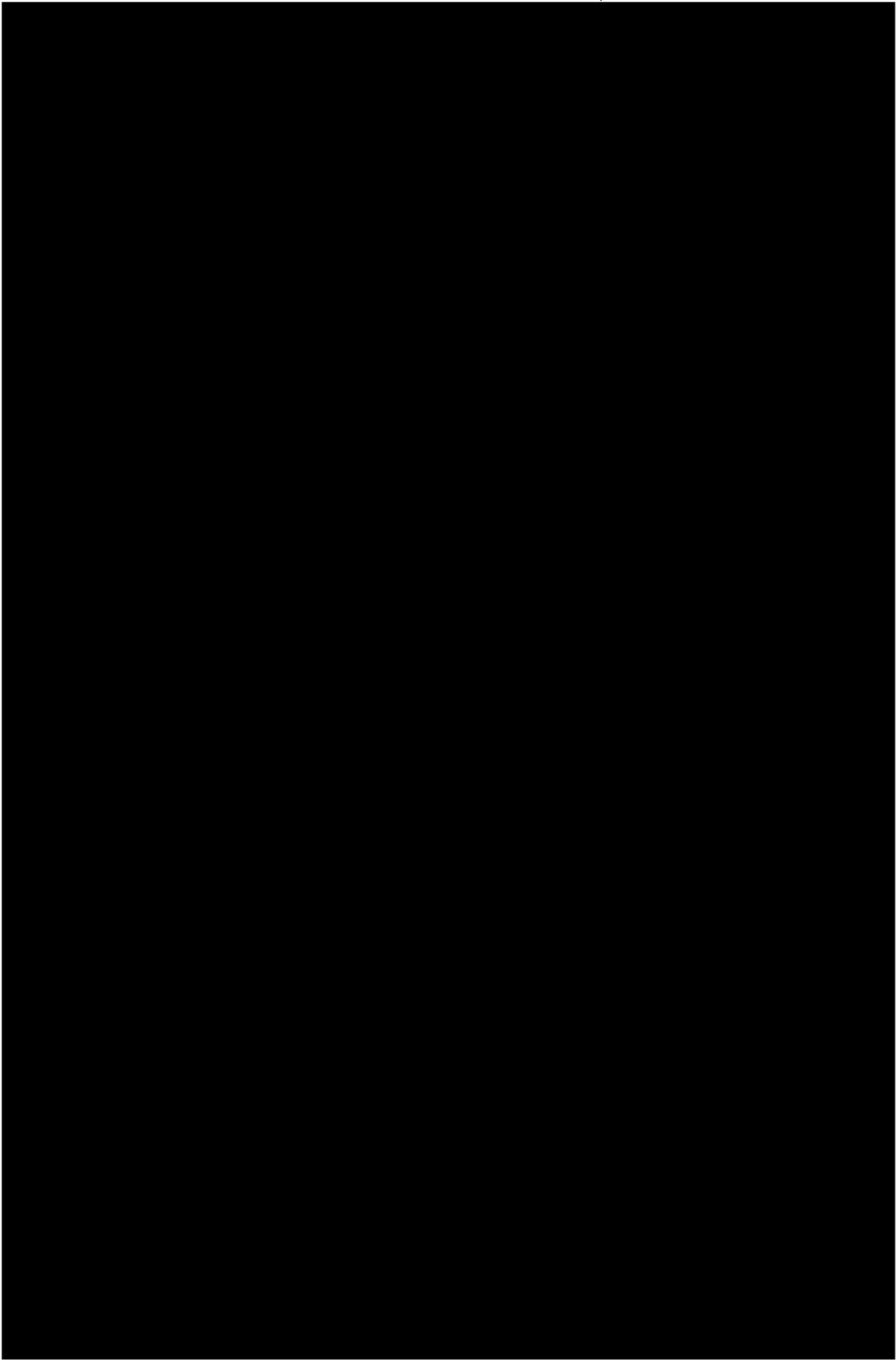
Hiermit beglaubige ich in meiner Eigenschaft als Notar, dass die vorstehende Abschrift eine einwandfreie und vollständige Wiedergabe der mir vorliegenden Urschrift ist.

Frankfurt am Main, den 5. September 2017



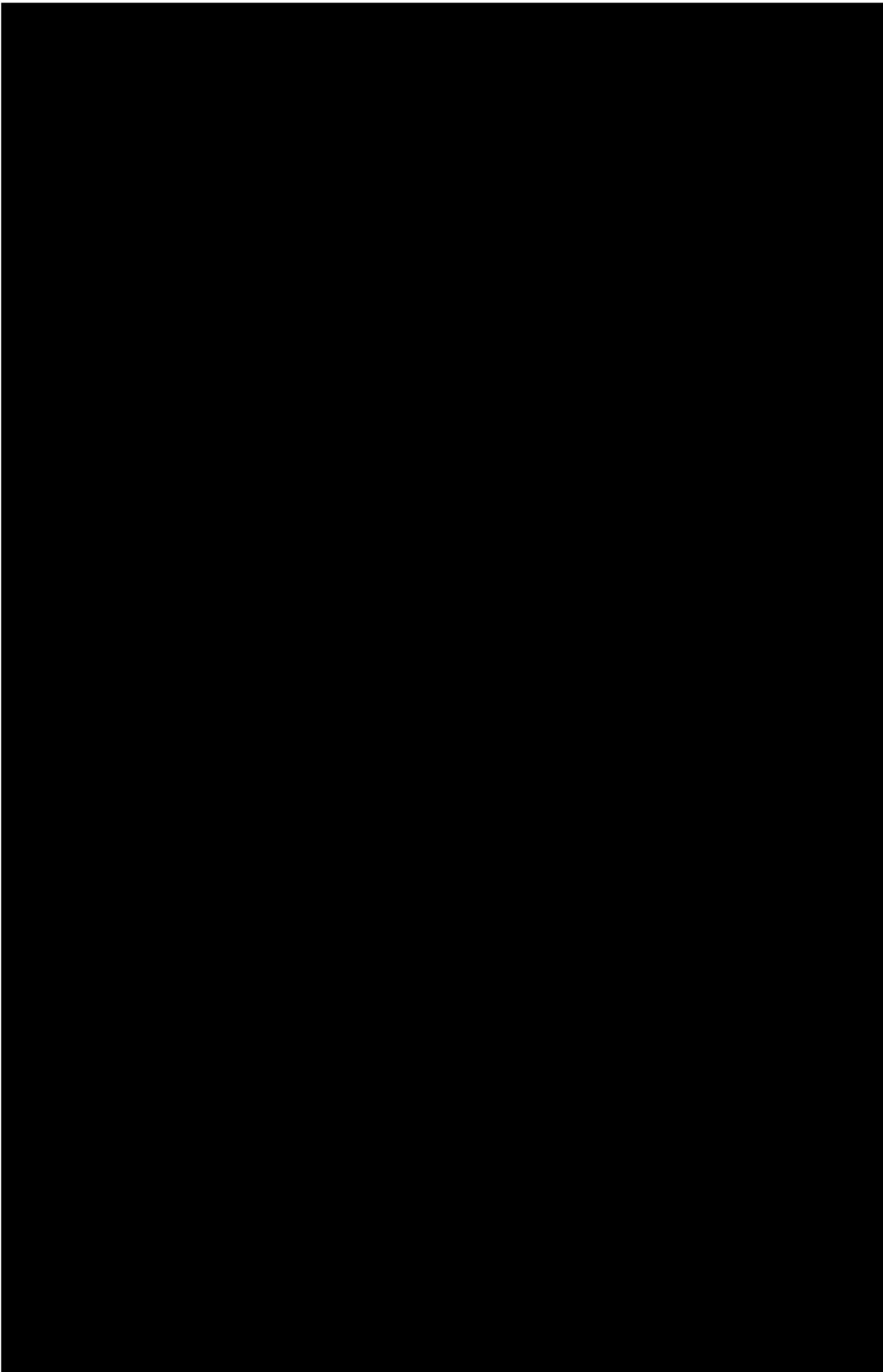
Dr. Schmidt
Notar



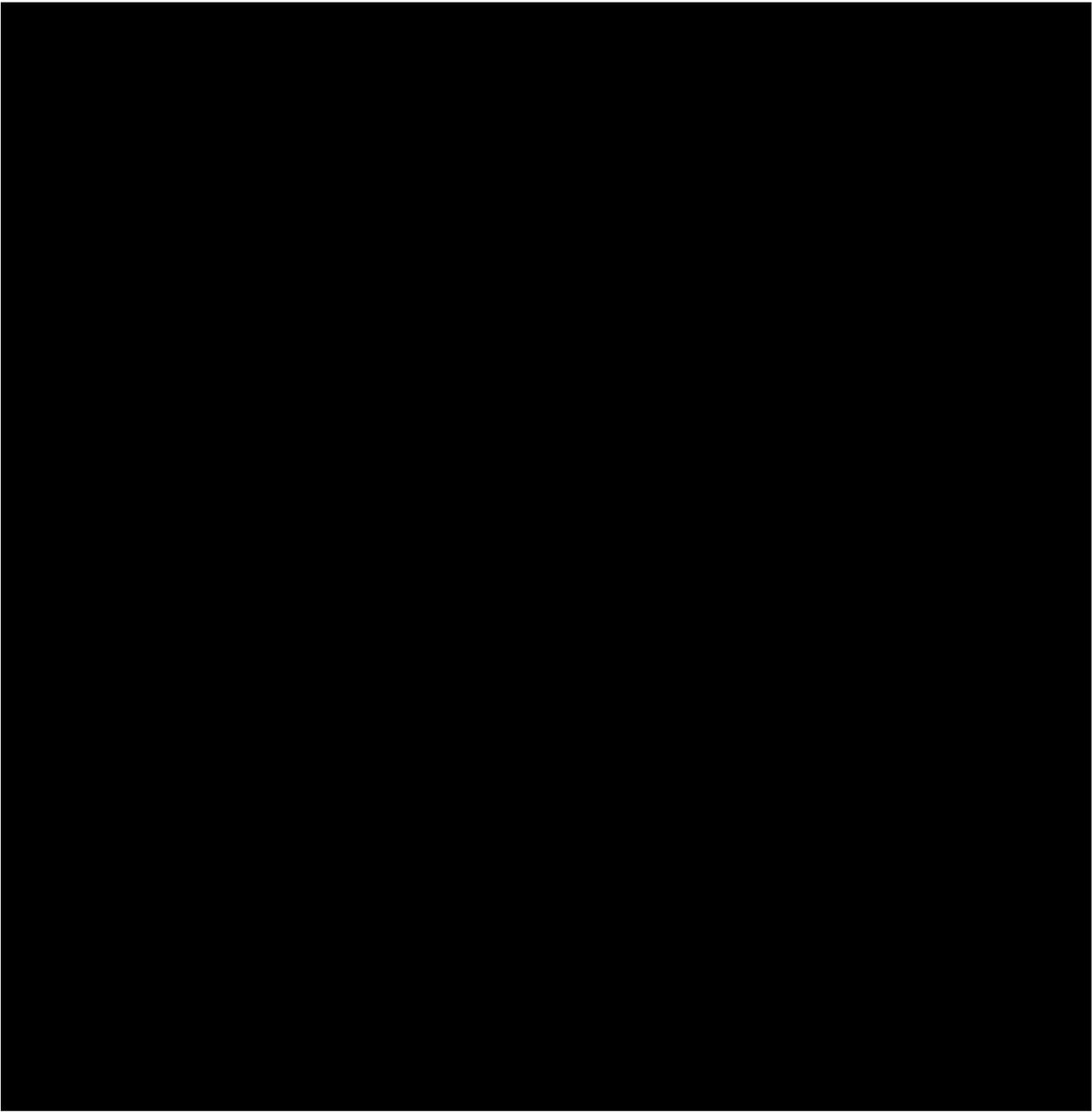


○

○









UNTERZEICHNUNGSFASSUNG

Vollmacht

Die unterzeichnende,

KfW

eine Anstalt öffentlichen Rechts mit Hauptsitz in Frankfurt am Main
Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt am Main

(nachfolgend die "Bank")

bevollmächtigt hiermit die unten genannten Personen, und zwar jeden von ihnen einzeln,

Dr. Carl-Peter Feick, Marc Trinkaus, Przemyslaw Lipin, Dr. Clara Lienicke, Fabian Neumeier,
Sercan Özer Demiral, Michael Schnurr, Dr. Sabine Vorwerk, Robert Kuhn, Dr. Jonas Schwarz,
Katharina Schaub, Dr. Michael Rickert, Dr. Sönke Philipp, Dr. Tobias Chowdhury, Julian Hentze,
Simone Weisel, Tobias Kaufmann, Flavia Laetitia Schmidt, Jelena Arsic und Martin Bernes

sämtlich mit Geschäftsadresse

Linklaters LLP
Taunusanlage 8
60329 Frankfurt am Main

(nachfolgend die "Bevollmächtigten")

die Bank in jeglicher Weise bei dem Abschluss von Verträgen und der Bestellung von Sicherheiten und der Abgabe und Entgegennahme von allen anderen zusammenhängenden Erklärungen zu vertreten, die die *Bevollmächtigten* im Rahmen eines abzuschließenden Kreditvertrages (in der jeweils gültigen, gegebenenfalls geänderten oder ergänzten Fassung) zwischen der Bank als Kreditgeber und Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG als Kreditnehmer über einen Massekredit in Höhe von bis zu Euro 150.000.000 jeweils für notwendig oder zweckmäßig halten dürfen und insbesondere:

- Pfand- oder sonstige Sicherungsrechte zu Gunsten der Bank an, unter anderem,
- (a) den oder den Gesellschaftsanteil(en) der Air Berlin PLC an der Luftverkehrsgesellschaft Walter mbH, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Dortmund unter HRB 5852 (nachfolgend "Walter"),
sowie

- 
- in Namen der Bank notarielle Verpfändungsverträge abzuschließen und
 - die Verpfändungen Walter  anzuzelgen.

Die *Bevollmächtigten* sind darüber hinaus berechtigt, alle mit den vorstehenden Angelegenheiten in irgendeiner Weise zusammenhängenden Erklärungen abzugeben und entgegenzunehmen und in diesem Zusammenhang notwendige, angemessene oder zweckmäßige weitere Maßnahmen zu ergreifen und insbesondere die Bedingungen und den Wortlaut der dazu abzuschließenden Verträge, Urkunden oder auszustellenden Dokumente zu verhandeln und festzulegen. Die *Bevollmächtigten* sind auch berechtigt, die Bank gegenüber Gerichten, Behörden und öffentlichen

UNTERZEICHNUNGSFASSUNG

Registern zu vertreten.

Die *Bevollmächtigten* sind von jeder persönlichen Haftung befreit. Dies gilt nicht für eine Haftung aufgrund grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Verhaltens oder für eine Haftung für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

Die *Bank* wird die *Bevollmächtigten* von sämtlichen Verlusten, Kosten, Ansprüchen und Ausgaben freistellen, die den *Bevollmächtigten* in Ausübung dieser Vollmacht oder im Zusammenhang mit dieser Vollmacht entstehen, mit Ausnahme von solchen Verlusten, Kosten und Ansprüchen, die wegen grober Fahrlässigkeit, Betrug oder vorsätzlichen Verhalten seitens des *Bevollmächtigten* entstehen.

Sollte eine Bestimmung dieser Vollmacht ganz oder teilweise aus irgendeinem Grund unwirksam oder nicht durchsetzbar sein oder werden, so soll dies die Gültigkeit dieser Vollmacht im Übrigen nicht berühren. Eine solche unwirksame und/oder nicht durchsetzbare Bestimmung soll durch eine wirksame und durchsetzbare Bestimmung ersetzt werden, die der unwirksamen und/oder nicht durchsetzbaren Bestimmung möglichst nahekommt. Entsprechendes gilt im Fall einer Regelungslücke.

Die *Bevollmächtigten* sind berechtigt, Untervollmachten zu erteilen.

Die *Bevollmächtigten* dürfen diese Vollmacht einmalig oder mehrmalig verwenden, auch zum Zwecke der Änderung oder Ergänzung von Erklärungen, die bereits unter dieser Vollmacht abgegeben wurden.

Diese Vollmacht soll umfassend ausgelegt werden, um den Zweck ihrer Erteilung zu verwirklichen.

Diese Vollmacht unterliegt deutschem Recht und erlischt mit Ablauf des 30. September 2017.

31.08.17

Ort, Datum

KfW als Bank
vertreten durch



Name:

Position: **Dr. Jan Klason**
Direktor

Name:

Position: **Dr. Henrik Niehues**
Abteilungsleiter

KfW Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Postfach 11 11 11
60046 Frankfurt am Main
Tel. 069 7431-0

Translation from German original

No. 643 of the roll of deeds for 2017-MCS

Certified as a true
and accurate translation
of the original document
Ulrich Zeng (Solicitor England & Wales)
08/05/2017



Recorded

in Frankfurt am Main on 5 September 2017.

before me, the undersigned notary
Dr Martin C. Schmidt
with office in
Frankfurt am Main

there appeared today:

1. Ms Celine Zeng, born on [redacted text], with business address at Freshfields Bruckhaus Deringer LLP, Bockenheimer Anlage 44, 60322 Frankfurt am Main, not acting in her own name but on behalf of
 - a) **Air Berlin PLC**, a public limited company incorporated under the laws of England and Wales, with registered office at c/o Browne Jacobson LLP, 6 Bevis Marks, Bury Court, London EC3A 7BA, United Kingdom, registered with Companies House in England and Wales under no. 5643814,

under a power of attorney dated 29 August 2017, a certified copy of which is attached and sealed to this deed as **Appendix A.1**;

[Redacted text]

2. Mr Robert Kuhn, born on [redacted text], with business address at Linklaters LLP, Taunusanlage 8, 60329 Frankfurt am Main, not acting in his own name but on behalf of

KfW, an institution governed by public law (*Anstalt des öffentlichen Rechts*), with registered office at Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt am Main,

Translation from German original

under a power of attorney dated 31 August 2017, of which an electronically transmitted copy is attached and sealed to this deed as **Appendix B**.

Where a certified copy of a power of attorney is attached to these records, the original was presented to the notary at the time of notarisation. Where only an electronically transmitted copy of a power of attorney is attached, the original is to be subsequently presented to the notary, who shall then attach and seal a certified copy to this deed.

The persons appearing accept no liability for the existence and contents of the powers of attorney presented. The notary indicated that he is obliged to verify the proof of representation presented to him with regard to the authority of those appearing to represent the relevant entity. After an explanation of the probative force of the evidence presented, or to be subsequently presented to the notary, the persons appearing, acting as stated, declared that they required no further proof or evidence and requested the notary to proceed with the notarisation.

The persons appearing identified themselves through the presentation of official valid photographic identification.

After the notary instructed the persons appearing regarding the content of section 3(1)(7) German Notarisation Act (*BeurkG*), the question of prior involvement for the purposes of this provision was then answered in the negative by the persons appearing, on behalf of those they were representing, and by the notary himself.

The persons appearing, acting as stated, then made declarations, requesting notarisation of same, to form the

Share Pledge Agreements

that are attached and sealed to these records as **Annex I** and **Annex II**. The parties involved wish to make Annex I and Annex II integral parts of the present deed, including Appendix 2 to Annex I and Appendix 1 to Annex II, but without their remaining appendices, which are only being attached for documentation purposes, in each case.

Any and all potentially required declarations of approval, consent or similar shall become valid and effective *vis-a-vis* all parties involved upon receipt by the officiating notary.

The contracting parties represented by the person appearing under 1. above shall together receive two certified copies of this deed. The contracting party represented by the person appearing under 2. above shall receive two certified copies of this deed.

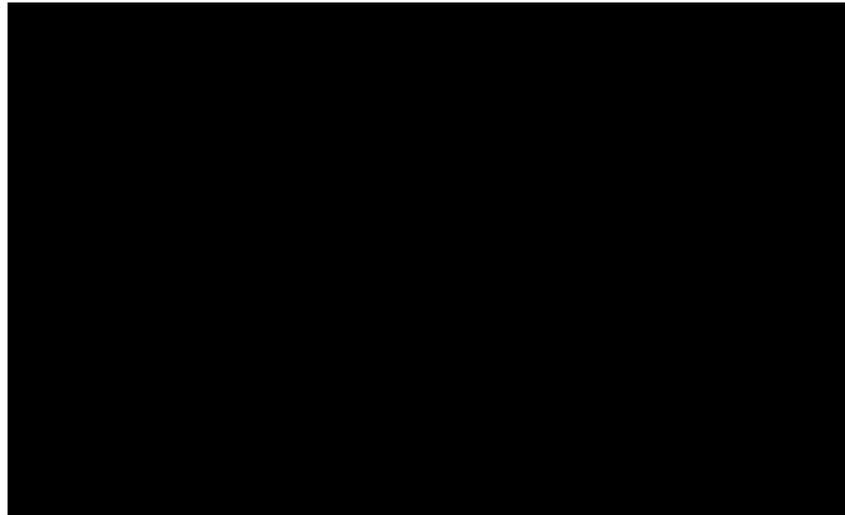
The notary indicated

Translation from German original

- that a pledge is strictly an accessory right of security, i.e. it is only created and is only valid to the extent that the claims secured themselves exist and to the extent that the holder of the pledge and the holder of the claim secured are identical;
- that the pledge expires by operation of law if, under German law, a novation of the secured claims can be deemed to have occurred;
- that the articles of association of the pledged entity may contain limitations with regard to the transfer or pledge of shares;
- that the law does not recognise a good faith acquisition of a pledge or of a certain ranking for a pledge, i.e. that the creditor of a pledge are not protected where the pledged shares do not exist or are transferred to a third party or encumbered for the benefit of a third party prior to the pledge, unless otherwise stipulated under section 16(3) German Limited Liability Companies Act (*GmbHG*);
- that the parties involved are, by operation of law, jointly and severally liable for payment of all notary costs, irrespective of any agreements or arrangements made.

The above records and their Annexes I and II, but not the appendices to said annexes, were read aloud by the notary to the persons appearing, approved by them in their entirety and signed by the notary and the persons appearing by their own hands as follows:

[Signatures redacted]



SHARE PLEDGE AGREEMENT REGARDING SHARES IN A LIMITED
LIABILITY COMPANY

of 5 September 2017

between

Air Berlin PLC

as Pledgor

and

KfW

as Pledgee

regarding company shares in
Luffahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung

Translation from German original

Annex I

This Share Pledge Agreement regarding Shares in a Limited Liability Company (the “**Agreement**”) was concluded on 5 September 2017 between:

- (1) **Air Berlin PLC**, a company under English law with its registered office in London, United Kingdom, registered at Companies House for England and Wales with the number 5643814 as the Pledgor (the “**Pledgor**”); and
- (2) **KfW**, as the Pledgee (the “**Pledgee**” or the “**Lender**”).

Preamble

- (A) Various companies in the Air Berlin Group (including Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG (the “**Borrower**”) and the (*Pledgor*) filed for insolvency on or around 15 August 2017. The plan is to self-administer the insolvency proceedings. In connection with the insolvency proceedings, the *Borrower*, as the operative principle company of the Air Berlin Group, is to be provided with an insolvency estate loan.
- (B) In an insolvency estate loan agreement dated 4 September 2017 as amended, (the “**Loan Agreement**”), the *Lender* undertook to provide the *Borrower* with a loan in the form of an insolvency estate loan of up to Euro 150,000,000.
- (C) The *Lender* intends to provide the *Borrower* with liquidity for the interim maintenance of flight operations, initially as part of the preliminary insolvency proceedings, to the extent that needs are not covered by free liquidity, other insolvency-specific and other sources of liquidity have been exhausted and are not available and the *Borrower* requires the requested liquidity despite exhausting options under insolvency law.
- (D) The Borrower and Air Berlin PLC have each filed for the opening of self-administered insolvency proceedings pursuant to section 270a of the German Insolvency Code (“**InsO**”). The Amtsgericht (Local Court) Charlottenburg – Insolvency Court – ordered with decisions of 15 August 2017 (file no. 36a IN 4295/17 concerning the *Borrower* and file no. 36a IN 4301/17 concerning Air Berlin PLC) in particular that (i) Prof. Dr. Lucas Flöther be appointed as the interim trustee in each case and (ii) enforcement measures were prohibited.
- (E) With a decision of 21 August 2017 (file no. 36a IN 4295/17), the Amtsgericht (Local Court) Charlottenburg – Insolvency Court – also conferred the *Borrower* with individual authority to take out the insolvency estate loan.
- (F) The consent of the interim creditors’ committee appointed in the opening of insolvency proceedings concerning the assets of the *Borrower* to conclude the *Loan Agreement* and to take out the insolvency estate loan was given in a resolution by the interim creditors’ committee of 23 August 2017.
- (G) The Federal Republic of Germany has assigned the *Lender* to grant the insolvency estate loan and will grant the *Lender* a guarantee under a guarantee and exemption agreement and undertake to exempt it from charges in connection with the insolvency estate loan.
- (H) The Federal Republic of Germany, represented by the Federal Ministry for the Economy and Energy, applied to the EU Commission on 15 August 2017 to approve the insolvency estate loan as rescue aid in accordance with the European Commission Guidelines on state aid for rescuing

Translation from German original

Annex I

and restructuring non-financial undertakings in difficulty (2014/C 249/01) (Restructuring Guidelines). In a separate agreement, the *Borrower* undertook, as a highly precautionary measure, to re-conclude and confirm the *Loan Agreement* following definitive approval under state-aid law (the "**Confirmed Loan Agreement**").

- (I) The Pledgor intends to secure the claims of the *Pledgee* under the *Loan Agreement* and the *Confirmed Loan Agreement* and the claims of the *Pledgee* under each agreement concluded in connection with the *Loan Agreement* or the *Confirmed Loan Agreement* and every other arrangement concluded in connection with the *Loan Agreement* or the *Confirmed Loan Agreement* (together with the *Loan Agreement* and the *Confirmed Loan Agreement*, the **Financing Agreements**) by pledging the present and future shares in Luffahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung, a limited liability company under German law, with its registered office in Düsseldorf and a business address of Flugplatz 11, 44319 Dortmund, registered in the commercial register of the Amtsgericht (Local Court) Dortmund under HRB 5852 (the "**Company**").
- (J) The *Pledgor* is the sole holder of a company share with a nominal value of EUR 310,000.00 (serial number 1) in the *Company*. This company share comprises the entire share capital of the *Company*.
- (K) One requirement for payout under the *Loan Agreement* is that the *Pledgor* concludes this Agreement and grants the *Pledgee* a valid pledge regarding its share in the *Company*.

Now, therefore, the Parties agree as follows:

1 Pledging the company shares

1.1 Pledging

The *Pledgor* hereby pledges the *Pledgee*

- 1.1.1** all existing shares in the *Company* (the "**Current Shares**");
- 1.1.2** all shares in the *Company*, which the *Pledgor* acquires in future by means of transfer, division, combining, capital increase (including in the form of authorised capital), purchase or any other manner (the "**Future Shares**" and, together with the *Current Shares*, the "**Shares**");
- 1.1.3** all secondary rights and secondary claims with regards the Shares, in particular the right to payment of profit distributions, liquidity proceeds or redemption fee, the right to payment of the capital paid back as part of a capital reduction, settlement in the case of a termination or a departure or expulsion for good cause (*aus wichtigem Grund*), payment of the surplus if pledged, the right to repayment of additional payments deposited and subscription rights in the event of the creation of new company shares; and
- 1.1.4** all cash receivables under or in conjunction with an existing Domination and Profit Transfer Agreement as well as under or in conjunction with a future Domination and/or Profit Transfer Agreement, in each case with the *Company* as the dominated undertaking.

Translation from German original

Annex I

The secondary rights and secondary claims in clause 1.1.3 (*Pledging*) and cash receivables in clause 1.1.4 (*Pledging*), together with the *Shares*, are hereinafter referred to as the “**Pledged Rights**”. The pledges provided in clause 1.1 of this Agreement (*Pledging*) are hereinafter collectively referred to as the “**Pledges**”.

1.2 Secured Receivables

1.2.1 The *Pledges* secure all existing and future claims (including conditional and limited claims) of the *Lender* against the *Borrower* under or in conjunction with the *Loan Agreement*, the *Confirmed Loan Agreement* and the other *Financing Agreements* (the “**Secured Receivables**”).

1.2.2 The terms “*Loan Agreement*”, “*Confirmed Loan Agreement*” and “*Financing Agreements*” used in clause 1.2.1 (*Secured Receivables*) refer to the *Loan Agreement*, the *Confirmed Loan Agreement* and the *Financing Agreements* each as amended (including by way of the increase of existing credit tranches or the insertion of new credit tranches or the prolongation or extended term of credit tranches). The Pledgor hereby expressly agrees that the provisions of section 1210(1) sentence 2 of the German Civil Code (“**BGB**”) are not applicable.

1.2.3 The Secured Receivables comprise in particular all claims for payment of capital, interest, costs, fees and compensation, regardless of whether these are asserted on a contractual, enrichment or tortious basis, and in particular also contain claims under enrichment law for loss of derived benefits.

1.3 Acceptance of pledging

The *Pledgee* hereby accepts the pledging of the *Pledged Rights* and the conferral of the *Pledges*.

1.4 Shareholder resolution

The *Pledgor*, as the sole shareholder of the *Company*, has consented to the conferral of the *Pledges* and a sale or transfer of the *Pledged Rights* resulting from the realisation of the *Pledges* pursuant to clause 8 (*Realisation of the Pledges*) of this *Agreement* with the resolution attached in copy as Appendix 1 (*Copy of the Shareholder Resolution*).

2 Profit distributions and other monetary receivables

2.1 The *Pledgor* is solely authorised to receive and retain, where attributable to the *Shares*, the profit distributions (regardless whether these are cash or in-kind distributions) and other distributions and all payments in relation to cash receivables under or in conjunction with an existing or future profit transfer agreement, so long and insofar as the *Pledgee* does not revoke this authorisation.

2.2 The *Company* must deposit with the *Pledgee* all profit distributions and other distributions in conjunction with the *Shares* and payments in relation to cash receivables under or in conjunction with an existing or future profit transfer agreement to an account of the *Pledgor* pledged for the benefit of the *Pledgee* (or a bank determined by the *Pledgee*). If the *Company* does not make such payments to such an account, but instead to a different account of the *Pledgor*, the *Pledgor*

Translation from German original

Annex I

will transfer the money to such an account. The *Pledgor* is not entitled to use this account without the prior written consent of the *Pledgee*.

2.3 The *Pledgor* must furnish first-rank collateral for the benefit of the *Pledgee* in accordance with the *Pledgee's* stipulations for all items distributed to the *Pledgor* by way of dividends in-kind or which the *Pledgor* receives or is to receive by other means due to ownership of the *Shares*.

2.4 Where a *Realisation Event* occurs (as defined in clause 8.1 (*Realisation Event*)), the *Pledgee* uses all profit distributions and other distributions and all payments in relation to cash receivables under or in conjunction with an existing or future profit transfer agreement which it has received pursuant to clause 2.2 (*Profit Distributions and other Monetary Receivables*), subject to clause 8.4.3 (*right of realisation*), in order to satisfy the *Secured Receivables* (a "**Satisfaction from Monetary Receivables**") (this does not affect the right to use the profit distributions and other distributions and all payments in relation to cash receivables under or in conjunction with an existing or future profit transfer agreement as collateral for the *Secured Receivables*).

3 Membership rights, especially voting rights

3.1 Membership rights, especially voting rights

The membership rights, and especially the voting rights, associated with the *Shares* remain with the *Pledgor* as long as the *Pledgor* holds the *Shares*. The *Pledgor* is obliged to exercise the voting rights in good faith and to ensure that the *Pledges* are not adversely affected.

3.2 Adverse effect on the Pledged Rights

The *Pledgor* will not do anything and refrain from anything that could adversely affect the effectiveness or enforceability of the *Pledges*. The *Pledgor* is responsible for ensuring that the *Company* does not undertake corresponding actions and that all corresponding actions are refrained from. The *Pledgor* will inform the *Pledgee* without undue delay about all circumstances in relation to the *Company* which could adversely affect the effectiveness or enforceability of the *Pledges*.

The *Pledgor* will inform the *Pledgee* without undue delay, upon becoming aware itself, of every proposed shareholder resolution (regardless of whether the resolution is to be passed as part of a shareholders' meeting or in another way) which could adversely affect the effectiveness or validity of the *Pledges*. The *Pledgor* will send the *Pledgee* a copy of the proposed resolution and, if available, a copy of the invitation to the shareholders' meeting (along with the agenda and all documents supplied with the invitation). After such a shareholders' resolution has been passed, the *Pledgor* will send the *Pledgee* a copy of the documents which show the resolution (e.g. written confirmations or minutes of the shareholders' meeting), as soon as these are available.

4 Pledging Notification

4.1 The *Pledgor* undertakes (i) to notify the *Company* of the conferral of the *Pledges* pursuant to the statutory provision for the pledging of shares in a limited liability company (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung*) and, pursuant to section 1280 *BGB*, of the conferral of the *Pledges* using the pledging notification enclosed as Appendix 2 (*Sample pledging notification*) on the same day as the conclusion of this *Agreement* and to provide the *Pledgee* with a copy thereof, (ii) to ensure

Translation from German original

Annex I

that the *Company* countersigns the pledging notification within three (3) working days and (iii) to subsequently provide the *Pledgee* without undue delay with an original of the pledging notification containing the legally binding signatures of the *Pledgor* and the *Company*.

- 4.2** The *Pledgor* hereby authorises the *Pledgee* to notify the conferral of the *Pledges* and the pledging of the *Company* in the event that the *Pledgee* fails to satisfy one of its duties under clause 4.1 (*Pledging Notification*).

5 Assurances

The *Pledgor* assures the *Pledgee* that:

- 5.1** the *Pledgor* is a properly established and existing company under English law;
- 5.2** the articles of association of the *Pledgor* provided to the *Pledgee* under the *Loan Agreement* as a prerequisite for payout are validly in force without change and that there are no other documents of the *Pledgor* under company law which are relevant in the context of the transactions provided for in the *Financing Agreements*;
- 5.3** the *Company* is a properly established and existing limited liability company (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung*) under German law;
- 5.4** the shareholder resolution described in clause 1.4 (*shareholder resolution*) was validly passed and remains in force unchanged;
- 5.5** the *Pledgor* possess the legal capability to conclude this *Agreement* and to fulfil its obligations under this *Agreement* and that all consent, resolutions and measures necessary for the conclusion and fulfilment have been obtained or undertaken and are fully effective;
- 5.6** the *Pledgor* is the sole holder of the *Current Shares* and the other *Pledged Rights* currently in existence and the right of disposal over the *Current Shares* and the other *Pledged Rights* currently in existence is not limited and the *Current Shares* and the other *Pledged Rights* currently in existence have neither been pledged nor assigned and are free from any encumbrances and other third-party rights;
- 5.7** the *Pledgor* as the sole shareholder of the *Company* is entered on the list of shareholders in the competent commercial register; a copy of the list of shareholders is enclosed as Appendix 3 (*Copy of the Company's List of Shareholders*) to this *Agreement*;
- 5.8** with the exception of the insolvency filing proceedings pending on the assets of the *Pledgor*, there are not legal disputes, arbitration or administrative law proceedings pending or impending which could hinder the *Pledgor* from concluding this *Agreement* or from properly fulfilling the obligations established under this *Agreement* or could endanger the realisation of the *Pledged Rights* under this *Agreement*;
- 5.9** the signing of this *Agreement* by the *Pledgor* and the exercising of the rights granted herein and the fulfilment of the assumed obligations does not violate applicable law, the provisions of the articles of association of the *Company* or of the *Pledgor*, a court decision or a decision by an arbitral tribunal or another contractual provision binding on the *Company* or the *Pledgor* or assets of the *Pledgor*;

Translation from German original

Annex I

- 5.10 the *Current Shares* have been fully paid in and there is no compulsory call for funds;
- 5.11 all information in this *Agreement* regarding the *Company* and the *Pledgor* is correct;
- 5.12 the *Pledgor* is the sole shareholder in the *Company* and no measures have been taken to create new company shares;
- 5.13 there are no silent participations or other arrangements on the basis of which a person other than the *Pledgor* would have a claim to participation in profits or revenue of the *Company*;
- 5.14 no third party has a right of pre-emption, an option or another right to the subscription or acquisition of (existing or future) shares in the *Company*;
- 5.15 the actual administrative headquarters of the *Company* are in the Federal Republic of Germany and that of the *Pledgor* in England;
- 5.16 the share capital of the *Company* has in no way been paid back to the depositor;
- 5.17 all registrable facts regarding the *Company* have been entered into the commercial register, and in particular no shareholder resolutions have been passed that change the articles of association and which are not contained in the copy of the articles of association which was submitted to the commercial register;
- 5.18 the obligations entered into by the *Pledgor* in this *Agreement* are valid and binding; and
- 5.19 this *Agreement*, following notarisation and notification of the conferral of the *Pledges* to the *Company*, constitutes a first-rank pledge of the *Pledgee* to the *Pledged Rights*, which secures the fulfilment of the *Secured Receivables*.

6 Undertakings

The *Pledgor* undertakes

- 6.1 not to sell, encumber or otherwise dispose of the *Shares* and *Pledged Rights* or interests therein without the prior written approval of the *Pledgee*;
- 6.2 not to take or omit any action, without the prior written approval of the *Pledgee*, that might adversely affect any rights granted hereunder, e.g. any action or omission that might result in a capital reduction, a redemption of *Shares* or the liquidation of the *Company*, provided, however, that the *Borrower's* right to submit an insolvency plan shall remain unaffected thereby;
- 6.3 to initiate any registrations with the Companies House without undue delay after, but no later than three (3) working days from, the signing of this *Agreement* and to provide the *Pledgee* subsequently without undue delay with corresponding evidence;
- 6.4 subject to clause 8.4 (*Right of realisation*), to disburse all proceeds achieved from or in relation to a sale, transfer or other disposal of the *Company's* assets, in particular from or in relation to a (partial or complete) sale of shares in the *Company*, to the *Lender* by accordingly reducing the *Borrower's* liabilities under the Loan Agreement as performance in accordance with section 267(1) *BGB* for the purpose of a due and proper (pro-rata) redemption of the insolvency estate loan;

Translation from German original

Annex I

- 6.5 to take care that all proceeds achieved from or in relation to a sale, transfer or other disposal of the *Company's* operating assets (including the *Company's* slots or goodwill) be distributed by the *Company*, if and to the extent permitted by law, to the *Pledgor* and be treated in accordance with clause 6.4 (*Undertakings*) hereof;
- 6.6 to meet, without undue delay, all obligations to make contributions (in cash or in kind) concerning *Future Shares*;
- 6.7 with regard to the *Company*, not to vote for, participate in or otherwise support, without the prior written approval of the *Pledgee*, any silent participation, merger or other restructuring;
- 6.8 not to allow third parties, without the prior written approval of the *Pledgee*, to acquire any shares in the *Company* within the scope of any capital increase;
- 6.9 not to relocate the *Company's* actual head office, without the prior written approval of the *Pledgee*, to any place outside of Germany;
- 6.10 to amend the *Company's* articles of association to the effect that any clauses on a restricted transferability of shares and rights of redemption included in the articles of association are deleted without being replaced within 30 calendar days from entering into this *Agreement* and to provide the *Pledgee* with corresponding evidence;
- 6.11 subject to clause 6.10 hereof, not to amend the *Company's* articles of association, without the prior written approval of the *Pledgee*, if any such amendment might have a material impact on the *Pledges* or their realisation;
- 6.12 to make sure that the *Company's* list of shareholders filed with the competent commercial register be updated; and
- 6.13 to make any further statements or to take any further action at the *Pledgee's* request (and at the *Pledgor's* cost) that may be required for the effective creation of the *Pledges*.

7 Duties to provide information

7.1 Information on demand

If so requested by the *Pledgee*, the *Pledgor* shall provide the *Pledgee*, without undue delay and in case of a legitimate interest, with any and all information and evidence and shall, if so requested after a *Realisation Event*, deliver all records and documents concerning the *Pledged Rights* and required by the *Pledgee* for asserting its rights hereunder. Furthermore, the *Pledgor*, if so requested by the *Pledgee*, shall allow the *Pledgee* and its authorised representatives to inspect, review and make copies of any such records and documents at any time within business hours. The *Pledgee* shall treat any such information as confidential.

7.2 Information on the list of shareholders

7.2.1 In case of any change in the *Company's* ownership structure, the *Pledgor* undertakes to submit to the *Pledgee*, without undue delay, a certified copy of the list of shareholders which was filed with the competent commercial register in accordance with section 40(1) of the Act on Limited Liability Companies.

Translation from German original

Annex I

7.2.2 The *Pledgor* undertakes to inform the *Pledgee* without undue delay if the *Shares* are addressed by any objection to the registration of the *Pledgor* as shareholder of the *Company* in the list of shareholders of the competent commercial register.

7.3 Information in electronic form

The *Pledgor* is entitled to meet its information duties in accordance with clause 7.1 (*Information on demand*) and clause 7.2 (*Information on the list of shareholders*) by transmitting the relevant information in electronic form (unless the *Pledgee* may demand originals), provided that the relevant information can be read by using the *Pledgee's* standard software.

7.4 Information on seizure

The *Pledgor* shall notify the *Pledgee* without undue delay in writing if the *Pledgee's* rights hereunder are threatened by any seizure or if any other circumstances occur that might materially impair the *Pledgee's* rights. In case of a seizure, the *Pledgor* undertakes to deliver to the *Pledgee*, without undue delay, a copy of the seizure order and the transfer order and any other documents that may be required for any defence against the enforcement measure. The *Pledgor* shall inform the creditor of the seizure or any other third party concerned, without undue delay, of the *Pledgee's* rights hereunder.

8 Realisation of pledges

8.1 Realisation event

Once (i) the *Secured Receivables* are, either wholly or partially, due and payable (condition allowing the realisation of a pledge) and the *Lender* has given notice of termination of the *Loan Agreement* or, following its conclusion, the *Confirmed Loan Agreement*, or (ii) the loans under the *Loan Agreement* or, following its conclusion, the *Confirmed Loan Agreement* are due for redemption (a "**Realisation Event**"), the *Pledgee* shall be entitled to realise its rights hereunder.

8.2 Procedure

8.2.1 Redemption

Upon the occurrence of a *Realisation Event*, the *Pledgee* shall be entitled to immediately take any action and assert any right it may take or have as the pledge creditor under German law, in particular in accordance with section 1273(2), sections 1204 et seqq. *BGB*, including the sale of the *Shares* by way of public auction.

The *Pledgor* expressly agrees that the *Pledgee*, notwithstanding section 1277 sentence 1 *BGB*, may realise the *Pledged Rights* without an enforceable judgment.

8.2.2 Notification of realisation

The *Pledgee* shall notify the *Pledgor*, seven (7) calendar days prior to any realisation, of the place and time of such realisation unless:

the *Borrower* has discontinued its payments under the *Loan Agreement* or the *Confirmed Loan Agreement*, or

Translation from German original

Annex I

compliance with the notification period could impair the *Pledgee's* protection of its legitimate interests in a realisation of the *Pledges*,

with a corresponding notification of the *Pledgor* being unnecessary in these cases or in case a notification is impracticable for any other reason.

8.3 Right of choice

The *Pledgee* is entitled, at its discretion,

- 8.3.1 to determine the place in the Federal Republic of Germany where the public auction shall take place;
- 8.3.2 to determine the (personal or real) collaterals created hereunder or under other agreements which are to be realised for the purpose of satisfying the *Secured Receivables*;
- 8.3.3 to realise a number of *Pledged Rights* larger than the one required for the satisfaction of the *Secured Receivables*; the *Pledgor* hereby waives compliance with the provision set forth in section 1230 sentence 2 *BGB*; and
- 8.3.4 to sell several pledged rights pledged hereunder or under other agreements, either separately in separate public auctions; or jointly in a public overall auction to a sole bidder

8.4 Right of realisation

- 8.4.1 In case of a realisation of collaterals in accordance with this *Agreement*, the right of realisation associated therewith shall be generally available to the *Pledgee*. The *Pledgee* can transfer the exercise of the right of realisation to the *Pledgor*.
- 8.4.2 In case of a realisation of collaterals, any claim for a contribution to the costs asserted by the *Pledgor* under sections 282, 170, 171 *InsO* shall be excluded if and to the extent permitted by law. Such an exclusion shall not apply to any compensation for a VAT amount within the meaning of section 171(2) sentence 3 *InsO*.
- 8.4.3 With regard to any sales and realisation proceeds from the sale or any other realisation measure concerning the *Pledged Rights* (including, in the case of a *Satisfaction from Monetary Receivables*), the *Pledgor* is entitled to a share of 5% (gross) of the net proceeds or, in the case of a *Satisfaction from Monetary Receivables*, of the amount used for the satisfaction (the "**Pledgor's Share of Proceeds**"), irrespective of whether a third party or the *Pledgee* acquires such *Pledged Rights*. If the corresponding proceeds are first received by the *Pledgee*, the *Pledgee* shall release the portion of such proceeds attributable to the *Pledgor's Share of Proceeds* and then pay such share to the *Pledgor*.
- 8.4.4 If the sale or realisation of the *Pledged Rights* results in any VAT imposed on the *Pledgor* or its insolvency estate as a result of the realisation measure, the *Pledgor's Share of Proceeds* shall be increased by any such VAT amount.

8.5 Assistance

- 8.5.1 The *Pledgor* will, at its cost, give the *Pledgee* any reasonable assistance in the case of a *Realisation Event* that the *Pledgee* may consider required or useful to carry out a prompt realisation of the *Pledges* in accordance with the provisions of this *Agreement* and statutory provisions.
- 8.5.2 The *Pledgor* shall ensure that the *Pledgee* will, at any time at its request, obtain pledges created in respect of all shares in the *Company* held by the *Pledgor* and, in case of a merger or transformation, be provided with corresponding collaterals in the transferee entity or the new company in accordance with the provisions of this *Agreement*.

8.6 Use of proceeds

Subject to clause 8.4 (*Right of realisation*), all proceeds from the sale or any other realisation measure concerning the *Pledged Rights* (the "**Realisation Proceeds**") shall be separated from the *Pledgor's* assets. If the *Realisation Proceeds* are directly paid to the *Pledgee*, the obligation to separate assets under the foregoing sentence shall apply accordingly to such proceeds. Regardless of whether the *Realisation Proceeds* are paid to the *Pledgee* or the *Pledgor*, such proceeds shall be paid, without undue delay at the *Pledgee's* option, into an account of either the *Pledgee* or the *Pledgor*, which is held with the *Pledgee* or any third-party bank (in each case the "**Credit Account**").

Receipt of the *Realisation Proceeds* by the *Pledgee* pursuant to clause 8.9 (*Option*) and payment of the *Realisation Proceeds* into the *Credit Account* shall have no effect of settlement concerning the *Secured Receivables*.

If the *Credit Account* is an account to be established by the *Pledgor*, the *Pledgor* will grant the *Pledgee* a sole and irrevocable direct debit authorisation for the *Credit Account* that can be exercised at any time with the *Pledgor* itself having no power of disposition.

8.7 Assignment subject to conditions precedent

Subject to the conditions precedent that

the *Realisation Proceeds* were separated in accordance with the requirements defined in clause 8.6 (*Use of proceeds*) and paid into the *Credit Account* in accordance with clause 8.6 (*Use of proceeds*);

all *Secured Receivables*, except for (i) an amount not exceeding the amount of the *Realisation Proceeds* and (ii) any amounts resulting from a realisation under other *Financing Agreements* and likewise separated and paid into a credit account (the "**Further Credit Accounts**") are satisfied;

all collaterals and guarantees under any law and of any nature whatsoever provided as a security for the repayment of the *Secured Receivables* were released by the *Pledgee*, except for any collaterals concerning the *Credit Account* and the *Further Credit Accounts* (the "**Loan Collaterals**"); and

the *Pledgee* informed the *Pledgor* of its intention to exercise its rights under clause 8.9 (*Option*),

Translation from German original

Annex I

the *Pledgee*, in its capacity as *Lender*, hereby assigns to the *Pledgor* the *Secured Receivables* in an amount equivalent to the amount of the *Credit Account* actually used within the scope of the *Discharge* (the "**Residual Receivable**"). The *Pledgor* hereby accepts said assignment.

8.8 Release of Loan Collaterals

The *Pledgee* will release all *Loan Collaterals* in accordance with the provisions of the *Financing Agreements* without undue delay after the satisfaction of all *Secured Receivables*, except for (i) the *Residual Receivable* and (ii) any amounts existing on *Further Credit Accounts* for fulfilling the condition set out in clause 8.7(iii) (*Assignment subject to conditions precedent*).

8.9 Option

Upon receipt of the *Realisation Proceeds* in the *Credit Account* pursuant to clause 8.6 (*Use of proceeds*), the *Pledgee* may, at its free discretion, inform the *Pledgor* at any time in writing of its intention to exercise the rights to use any credit balance granted to or existing in favour of the *Pledgee* with regard to the *Credit Account* (the "**Option**"). When exercising the *Option*, the *Pledgee* is entitled to collect the *Realisation Proceeds* (the "**Discharge**"). The *Discharge* shall constitute no satisfaction of the *Secured Receivables*.

8.10 Disbursement

If, following a realisation concerning the *Pledged Rights*, all *Secured Receivables* are satisfied without the *Pledgee* having exercised the *Option*, the *Pledgee* shall either (i) pay out the *Realisation Proceeds* shown in the *Credit Account* to the *Pledgor* and may, for this purpose, make use of the *Credit Account* - without triggering the condition under clause 8.7(iv) (*Assignment subject to conditions precedent*), or (ii) enter into an agreement with the *Pledgor* that the *Pledgee's* direct debit authorisation with regard to the *Credit Account* shall be cancelled and the *Pledgor* will have the sole power to dispose of the *Credit Account*.

8.11 Disbursement of excessive proceeds

The parties hereto are in agreement that the amount paid to the *Pledgee* shall be limited to the aggregate amount of the *Secured Receivables*. If the *Pledgee*, after the *Discharge*, receives an amount in excess of the aggregate amount of the *Secured Receivables*, it shall disburse such excessive amount to the *Pledgor* upon occurrence of the conditions precedent set forth in clause 8.7 (*Assignment subject to conditions precedent*) and will, until then, hold any such amount in trust for the *Pledgor*.

8.12 Right to collateral

At the *Pledgee's* request, the *Pledgor* shall furnish collateral by way of claims in relation to the *Credit Account* for providing security for the *Pledgee's* claims in respect of the *Option*.

8.13 Right of choice

The *Pledgee* is entitled to determine, at its discretion, whether and when it will access the proceeds deposited under this *Agreement* or other agreements with similar or identical provisions.

8.14 Recourse claims

8.14.1 Sections 1225, 1247, 1249 *BGB* shall not apply and no rights of the *Pledgee* shall pass to the *Pledgor* in the case of a realisation of the Pledges or a payment by the *Pledgor* on the *Secured Receivables*.

8.14.2 The *Pledgor* undertakes towards the *Pledgee* not to assert any other recourse claims it may have against any other party providing security unless the conditions precedent under clause 8.7 (*Assignment subject to conditions precedent*) have been met, if and to the extent permitted by law.

9 Extinguishment of Pledges upon satisfaction of Secured Receivables

The *Pledges* will be extinguished by operation of law as soon as all *Secured Receivables* have been completely and definitely fulfilled. For the avoidance of doubt, the *Pledgee* undertakes to confirm in writing at the *Pledgor's* request and cost that the *Pledges* have been extinguished.

10 Liability and indemnification

10.1 Limitation on liability

The *Pledgee* as well as any persons used in the performance of its obligations (*Erfüllungsgehilfen*) shall not be liable for any damage incurred by the *Pledgor* unless the *Pledgee* or any persons used in the performance of its obligations caused the relevant damage by intent (*Vorsatz*) or gross negligence (*grobe Fahrlässigkeit*) or the damage was caused by a breach of duty by the *Pledgee* or any persons used in the performance of its obligations, provided that such duty is of material importance to the proper execution of the *Agreement* and the parties hereto were entitled to rely upon its fulfilment (*major contractual duties/Kardinalpflichten*).

10.2 Compensation

10.2.1 The *Pledgor* shall compensate the *Pledgee* and any persons used in the performance of its obligations for any losses, expenses and charges and shall indemnify them from any claims incurred by or asserted against them in exercising the rights and performing the duties included in this *Agreement* if and to the extent any such losses, expenses and charges result from the fact that the *Pledgor* acted in breach of its duties hereunder.

10.2.2 The provision set out in clause 10.2.1 (*Compensation*) shall, however, not apply if the relevant claims, losses, expenses or charges are incurred due to intent or gross negligence on the part of the *Pledgee* or any persons used in the performance of its obligations or result from any breach of duty by the *Pledgee* or any persons used in the performance of its obligations, provided that such duty is of material importance to the proper execution of this *Agreement* and the parties hereto were entitled to rely upon its fulfilment (*major contractual duties*).

11 Continued existence of security provided

11.1 Continued security

This *Agreement* creates continued security. Any amendments or additions to the *Loan Agreement*, the *Confirmed Loan Agreement* and/or the other *Financing Agreements* or to any document or

agreement related thereto shall not affect the validity of this *Agreement* or the *Pledgor's* obligations hereunder. This shall apply even if the *Secured Receivables* are temporarily forfeited.

11.2 Transfer

11.2.1 Any complete or partial transfer of the *Secured Receivables* will, by operation of law, result in a corresponding complete or partial rank-maintaining transfer of the *Pledges* created herewith or a corresponding part thereof.

11.2.2 The parties hereto agree that, notwithstanding section 418 *BGB*, the securities provided hereunder shall not be extinguished if the *Secured Receivables* against the *Borrower* are legitimately transferred to a third party by way of assumption of debt or a similar transfer (such as a simultaneous transfer of claims and liabilities or the transfer of the legal position as a whole).

11.3 Replacement of the *Pledgee*

If the *Pledgee* legitimately transfers its rights and obligations under the *Loan Agreement*, the *Confirmed Loan Agreement* or the other *Financing Agreements*, either in whole or in part, to a third party, the *Pledgor* will enter into any agreement legitimately required by the *Pledgee* and take any necessary action legitimately required by the *Pledgee*. The *Pledgee* can in particular require the *Pledgor* to transfer again rights in the *Pledged Rights* for the benefit of the third party or any other person designated by the *Pledgee*. The *Pledgor* already agrees herewith that the *Pledgee* may also transfer its rights and obligations hereunder if the *Pledgee* legitimately transfers its rights and obligations under the *Loan Agreement*, the *Confirmed Loan Agreement* or the other *Financing Agreements*, either in whole or in part, to a third party.

12 **Declarations of waiver**

12.1 Waiver of the defence of voidability

The *Pledgor* hereby waives the defence of voidability pursuant to sections 1211, 770(1) (analogous) *BGB* and thus cannot assert that any other party providing security may avoid the legal transaction which the *Secured Receivable* is based upon or may exercise any other right to influence the legal relationship by unilateral declaration.

12.2 Waiver of the defence of set-off

The *Pledgor* cannot assert that the *Pledgee* might satisfy a *Secured Receivable* by way of set-off or by exercising any other right to influence the legal relationship by unilateral declaration towards any other party providing security and hereby waives the defence of set-off pursuant to sections 1211, 770(2) *BGB*; the waiver shall not apply with regard to any claims of the *Borrower* which are undisputed or have become *res judicata*.

12.3 Waiver of defences of the principal debtor

The *Pledgor* cannot assert the defences available to another party providing security against the *Secured Receivables* and hereby waives any defences of the principal debtor under section 1211(1) sentence 1 *BGB*.

13 Communications

All notifications and correspondence under or in conjunction with this Agreement must occur in German (where practical, including an English translation) either in writing (via letter or fax), via email or by sending an electronic copy as an attachment to an email and, depending on their form, require either written confirmation or confirmation via email by the recipient. Subject to written communication of a change of address, all correspondence is to be directed to the following address:

If the correspondence is directed at the *Pledgor*:

Air Berlin PLC

Address: Saatwinkler Damm 42-43, 13627 Berlin
Attn: Legal Department
Fax: +49 30 3434 1079
Email address: notices@airberlin.com

If the correspondence is directed at the *Pledgee*:

KfW

Address: Palmengartenstrasse 5-9, 60325 Frankfurt am Main
Attn: Lars Zimmermann (KRb5) / Stefan Seipp
Fax: +49 69/7431- 3085 / +49 69/7431- 4542
Email address: lars.zimmermann@kfw.de / stefan.seipp@kfw.de

14 Miscellaneous

14.1 Exercise of rights and remedies

The non-exercise or delayed exercise of rights or remedies by the *Pledgee* shall not be deemed a waiver of said rights or remedies. Similarly, the partial exercise of a right or remedy shall not result in the *Pledgee* being precluded from exercising further rights or remedies.

14.2 Reimbursement and cost allocation

The *Pledgor* shall bear the full extent of the notarisation costs for this Agreement and undertakes to settle said costs immediately, to the extent the costs have not already been paid by the *Borrower* when they became due and payable. The *Pledgor* shall be under an obligation to reimburse the *Pledgee*, upon request by the latter, for any notarisation costs paid by the *Pledgee* in connection with this *Agreement*.

14.3 Indication of shares

Any potential inaccurate indication or reference made to the shares or any inaccurate indication regarding the amount of share capital held by Company made in the preamble of the *Agreement* shall not be (legally) relevant. The parties to this Agreement are agreed that in each and every case the *Pledges* should cover all current and future shares held by the *Pledgor* in the Company.

14.4 Severability clause

Translation from German original

Annex I

Should a provision of this *Agreement*, for whatever reason, including due to a violation of law, be or become valid or unenforceable, this will not affect the validity of the remainder of this *Agreement* and the validity of the *Loan Agreement*, the *Confirmed Loan Agreement* and the other *Financing Agreements*. The contractual parties are obliged to cooperate with one another to replace any invalid, unenforceable or economically impossible provision with a valid, enforceable and possible provision which most closely resembles the economic result of the invalid, unenforceable or economically impossible provision and the economic objectives of the contractual parties pursued under this *Agreement*. The same applies in case of any unintended gap in the provisions.

14.5 Amendments or additions

Amendments, additions or the waiver of individual provisions of this *Agreement*, include this clause 14.5 (*Amendments or additions*) must be made in writing, insofar as notarisation or another form is not prescribed by law. The exchange of completed signature pages, sent via fax, computer fax or by sending an electronic copy as the attachment to an email is sufficient for adherence to written form. In the case of a fax, computer fax or an electronic copy sent as the attachment to an email, either contractual party can request that the corresponding declaration is confirmed by a letter or, in the case of the conclusion or amendment of the Annex, that all contracting parties sign the original *Agreement*.

14.6 Choice of law

14.6.1 This *Agreement* is to be governed by the laws of the Federal Republic of Germany.

14.6.2 All non-contractual rights and obligations under or in conjunction with this *Agreement* are also governed by the laws of the Federal Republic of Germany.

14.7 Place of jurisdiction

The sole place of jurisdiction is Frankfurt am Main, Germany. (This also applies to disputes concerning the existence, validity or termination of this *Agreement*. With regards the issue of the existence, the effectiveness or the enforceability of the *Secured Receivables*, the place of jurisdiction applies which is determined in the underlying agreement for the corresponding *Secured Receivable*.) This clause 14.7 (*place of jurisdiction*) applies exclusively for the benefit of the *Pledgee*. The *Pledgee* can also sue the *Pledgor* at any other location where place of jurisdiction is established.

15 Consent

Prof. Dr. Lucas Flöther, acting in his capacity as the interim trustee for the assets of the *Pledgor*, has consented to the conclusion of this *Agreement*; a copy of the declaration of consent is enclosed as Appendix 4 to this *Agreement* (*Copy of the Declaration of Consent of the Trustee*).

Appendix 1
Copy of the Shareholder Resolution

Written Shareholder Resolution

dated __ August 2017

of

Luftfahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung

entered in the commercial register of the Amtsgericht (Local Court) Dortmund under HRB 5852

(the “COMPANY”)

Waiving all form and deadline requirements under statute and the articles of association for convening and holding shareholder meetings, the sole shareholder of the COMPANY,

Air Berlin PLC,

a company under English law with its registered office in London, United Kingdom, registered at Companies House for England and Wales with the number 5643814 as the Pledgor (the “**Shareholder**”), hereby passes the following resolution:

I.

Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG has filed for the opening of self-administered insolvency proceedings in accordance with section 270a of the German Insolvency Code. Insolvency filing proceedings were then initiated by a decision of the Amtsgericht (Local Court) Charlottenburg – Insolvency Court – dated 15 August 2017.

The SHAREHOLDER is aware that a EUR 150,000,000 insolvency estate loan (the “**Insolvency Estate Loan Agreement**”) IS TO BE CONCLUDED BETWEEN AIR BERLIN PLC & CO. LUFTVERKEHRS KG AS THE BORROWER, WHOSE GENERAL PARTNER IS THE SHAREHOLDER, AND KFW AS THE LENDER.

The Insolvency Estate Loan Agreement determines that, in order to secure all contractual and legal claims under or in conjunction with the Insolvency Estate Loan Agreement and other financing agreements already concluded or still to be concluded in conjunction with the Insolvency Estate Loan Agreement inter alia, all shares in the Company are to be pledged by the Shareholder to the Lender.

The Company's articles of association contain in § 4 a bound share disposal clause according to which the assignment and pledging of company shares is only permissible with the consent of the majority of shareholders (based on company shares).

Translation from German original

Annex I

II.

The Shareholder, in its capacity as the sole shareholder of the Company, hereby consents pursuant to the current version of § 4 of the Company articles of association

- (i) to the conclusion of the Pledging Agreement between the Shareholder as the Pledgor and KfW as the Pledgee (the “**PLEDGING AGREEMENT**”) and the pledging of all shares in the Company and various rights associated therewith (the “**PLEDGED RIGHTS**“) provided for therein by the Shareholder and
- (ii) to a sale or transfer of the Pledged Rights in accordance with the provisions of the Pledging Agreement in the event of a realisation of pledges.

III.

The managing directors of the Company are authorised and instructed to receive the pledging notification under the Pledging Agreement and to confirm receipt to the Shareholder and/or KfW by countersigning the pledging notification and sending it to the Shareholder and/or KfW.

No other resolutions have been passed.

Berlin, ~~30~~ August 2017

Air Berlin PLC


Name: Thomas Winkelmann
Titel: Executive Officer und CEO

Translation from German original

Annex I

**Appendix 2
Sample Pledging Notification**

[Please print on the letterhead of the Pledgor].

To:

Luftfahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung

Attn.: the management

Flugplatz 11, 44319 Dortmund

From:

Air Berlin PLC

Pledging of the Shares in Luftfahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung by Air Berlin PLC

Dear Madam/Sir,

We hereby notify you pursuant to the relevant company law notification requirements and section 1280 of the German Civil Code that, with the notarisation of the undersigned notary of [_____] roll of deeds no. [____], Air Berlin PLC as the Pledgor has pledged all its existing and future shares in Luftfahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung.

Furthermore, all (existing and future) secondary claims resulting from the company shares, in particular claims to profit, liquidation proceeds, redemption fees, settlement claims due to termination, departure and/or exclusion of a shareholder for good cause (*aus wichtigem Grund*) as well as settlement claims due to the pledging of a company share, claims to the repayment of additional payments and payment claims that arise under or in conjunction with profit transfer agreements, are covered by the pledging.

I kindly ask that you confirm receipt of the notification.

Yours faithfully,

Air Berlin PLC

By:

Name:

Position:

Translation from German original

Annex I

We hereby confirm the receipt of the above notification:

Luftfahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung

By:

Name:

Position: Managing director

Translation from German original

Annex I

**Appendix 3
Copy of the Company Shareholder List**

List of Shareholders

of

Luffahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung

with registered office in Dortmund, *Amtsgericht* (Local Court) Dortmund, HRB 5852

Shareholder	Registry Court, HRB no.	Location of registered office	Nominal value of shares in EUR	Serial no.
Air Berlin PLC	Companies House, Cardiff, Company No. 5643814	London, United Kingdom	EUR 310,000.00	1

**Certification under section 40(2) sentence 2 German Limited Liability Companies Act
(*GmbHG*)**

By reason of my notarial deed dated 2 May 2017 under roll of deeds no. S 165/2017, I was involved, in my capacity as notary, with changes relating to the Company under section 40(1) sentence 1 GmbHG. I hereby certify that the amended entries in the above list of shareholders correspond to the changes in which I was involved and that the remaining entries correspond to the content of the last list of shareholders that was included in the commercial register (*Handelsregister*).

Berlin, 19 June 2017

sig. Dr Hans M. Seiler
Notary

Place for seal

Translation from German original

Annex I

I hereby certify that the image data (copy) contained in this file corresponds to the paper document (original) presented to me.

Berlin, 19 June 2017

Dr. Hand-Michael Seiler, Notary

**Appendix 4
Copy of the Declaration of Consent by the Trustee**

Air Berlin PLC

**Declaration of Consent by the interim trustee in relation to the EUR 150,000,000
Insolvency Estate Loan Agreement**

By way of a decision by the Amtsgericht (Local Court) Charlottenburg dated 16 August 2017, file no. 36a IN 4301/17, the undersigned Prof. Dr. Lucas F. Flöther, whose business address is Wallstraße 14, 10179 Berlin, was appointed as the interim trustee in the opening of insolvency proceedings concerning the assets of Air Berlin PLC, a company under English law, registered at Companies House Cardiff under register no. 5643814 and with a business address of Saatwinkler Damm 42-43, 13627 Berlin (hereinafter, the *Company*).

Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG, whose personally liable shareholder is the Company, intends to take out an Insolvency Estate Loan Agreement for EUR 150,000,000 between Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG as the Borrower and KfW as the Lender (hereinafter the *Insolvency Estate Loan Agreement*).

In order to secure any present and future claims of KfW under or in conjunction with the Insolvency Estate Loan Agreement and the other agreements concluded in this context, the Company intends to conclude a Company Share Pledging Agreement between the Company as the Pledgor and KfW as the Pledgee concerning the pledging of the shares held by the Company at present and in the future in Luftfahrtgesellschaft Walter mit beschränkter Haftung and the secondary rights associated therewith (hereinafter, the *Company Share Pledging Agreement*).

The undersigned in his capacity as the interim trustee in the opening of insolvency proceedings concerning the assets of the Company hereby consents to the conclusion of the Company Share Pledging Agreement by the Company.

Berlin, den 31. August 2017



Prof. Dr. Lucas F. Flöther

(in his capacity as the interim trustee in the opening of insolvency proceedings concerning the assets of Air Berlin PLC)

[Redacted text]

Annex II

POWER-OF-ATTORNEY

VOLLMACHT

The undersigned

Die unterzeichnete

Air Berlin PLC,

a company registered in the United Kingdom (company number 5643814), whose registered office is at Browne Jacobson LLP, 6 Bevis Marks, Bury Court, London EC3A 7BA, United Kingdom

eine im Vereinigten Königreich eingetragene Gesellschaft (*company number* 5643814) mit Satzungssitz c/o Browne Jacobson LLP, 6 Bevis Marks, Bury Court, London EC3A 7BA, Vereinigtes Königreich

(hereinafter referred to as the *Company*),

(nachfolgend als die *Gesellschaft* bezeichnet),

duly represented by

ordnungsgemäß vertreten durch

Thomas Winkelmann

in his function as director acting individually on behalf of the Company, hereby authorises and appoints as its attorneys and in its name or otherwise and on its behalf:

in seiner Eigenschaft als einzelvertretungsberechtigter Direktor (*director*) der Gesellschaft, bevollmächtigt und benennt hiermit als ihre Bevollmächtigten, in ihrem Namen und anderweitig

Robert Kastl

Uta Kunold

Vanessa Lawrenz

Sebastian Naujoks

Andreas Ruthemeyer

Dr. Konrad Schott

Dr. Alper Utlu

and

und

Celine Zeng

each with place of business at

jeweils geschäftsansässig

Freshfields Bruckhaus Deringer LLP
Bockenheimer Anlage 44
60322 Frankfurt am Main

(each of them hereinafter referred to as a *Representative*)

each of them with power of sole representation, individually to represent the Company in connection with all declarations, acts and measures which the Representative deems necessary or appropriate to enter into the pledge (*Verpfändungsvertrag*) between the Company as assignor and KfW as pledgor over the Company's shares in its subsidiary "Luftfahrtgesellschaft Walter mbH" registered in the Commercial Register (*Handelsregister*) of the local district court (*Amtsgericht*) of Dortmund under HRB 5852.

Each Representative is released from the restrictions of Section 181 German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*) and is entitled to sub-delegate his power of attorney (with a right to relieve sub-attorneys from the restrictions of Section 181 of the German Civil Code).

Each Representative shall be exempted, to the extent legally permissible, from any personal liability.

In case of doubt, this Power of Attorney shall be interpreted widely to achieve the purpose of the granting of this Power of Attorney.

Solely the German wording of this Power of Attorney shall be binding.

This Power of Attorney is governed by and construed in accordance with the laws of the Federal Republic of Germany.

(jeder von ihnen nachfolgend als *Vertreter* bezeichnet)

und zwar jeden Vertreter mit Einzelvertretungsmacht, die Gesellschaft zu vertreten bei allen Erklärungen, Handlungen und Geschäften, die dem Vertreter erforderlich oder sinnvoll erscheinen, um ihre Anteile an ihrer Tochtergesellschaft „Luftfahrtgesellschaft Walter mbH“, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Dortmund unter HRB 5852, an die KfW zu verpfänden, und einen diesbezüglichen Verpfändungsvertrag abzuschließen.

Jeder Vertreter ist von den Beschränkungen des § 181 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) befreit und ist berechtigt, (auch unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB) Untervollmacht zu erteilen.

Jeder Vertreter ist, soweit gesetzlich zulässig, von jeder persönlichen Haftung befreit.

Im Zweifelsfall soll diese Vollmacht umfassend ausgelegt werden, um den Zweck zu verwirklichen, zu dem sie erteilt wurde.

Der deutsche Wortlaut dieser Vollmacht ist allein verbindlich.

Diese Vollmacht unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Berlin,

29 August 2017

29 August 2017

This document has been executed as a deed and is delivered and takes effect on the date stated above.

Executed as a deed by AIR BERLIN PLC acting
by Thomas Winkelmann, a director

[Redacted]

in the presence of:

[Redacted]

Witness signature: ...
Name: Christiane Schreff, Vice President Legal
Address: Saatwinkler Damm 42-43, 10627 Berlin

I hereby certify, in my capacity as notary, that the copy above is a true and complete copy of the original version presented to me.

Frankfurt am Main, 5 September 2017



Dr Martin Schmidt
Notary



VERSION FOR SIGNING

Power of Attorney

The undersigned,

KfW

an institution governed by public law (*Anstalt des öffentlichen Rechts*),
with registered office at Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt am Main

(hereinafter the “**Bank**”)

hereby grants power of attorney to the persons stated below, and thus to each of them individually,

Dr Carl-Peter Feick, Marc Trinkaus, Przemyslaw Lipin, Dr Clara Lienicke, Fabian Neumeier, Sercan Özer Demiral, Michael Schnurr, Dr Sabine Vorwerk, Robert Kuhn, Dr Jonas Schwarz, Katharina Schaub, Dr Michael Rickert, Dr Sönke Philipp, Dr Tobias Chowdhury, Julian Hentze, Simone Weisel, Tobias Kaufmann, Flavia Laetita Schmidt, Jelena Arsic and Martin Bernes

all with business address at

Linklaters LLP
Taunusanlage 8
60329 Frankfurt am Main

(hereinafter the “**Authorised Representatives**”)

to represent the Bank in any manner when entering into contracts and providing collateral and making and accepting any and all other related statements and declarations that may be deemed necessary or appropriate by the *Authorised Representatives* in the context of a loan agreement (in the version as applicable at any given time and subject to amendments or additions) to be entered into by and between the *Bank*, as lender, and Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG, as borrower, for an insolvency estate loan (*Massekredit*) in the amount of up to Euro 150,000,000 and, in particular:

- to create pledges or other security rights for the benefit of the Bank over, *inter alia*, the
- (a) shares held by Air Berlin PLC in Luftverkehrsgesellschaft Walter mbH, registered in the commercial register at the *Amtsgericht* (Local Court) Dortmund under HRB 5852 (hereinafter “**Walter**”)
and

[redacted text]

and

- to enter into pledge agreements on behalf of the *Bank* and
- make relevant pledge notifications in relation to *Walter* [redacted text].

VERSION FOR SIGNING

In addition, the *Authorised Representatives* are authorised to make and accept any and all statements and declarations that are in any way connected to the above matters and affairs and in this context, to take further necessary, reasonable or appropriate action, in particular to negotiate and lay down the terms, conditions and wording of the agreements to be entered into, deeds to be recorded or documents to be issued. The *Authorised Representatives* are also authorised to represent the *Bank* in dealings with courts, public authorities, agencies and registries.

The *Authorised Representatives* are released from any personal liability. The foregoing release shall not apply to liability for grossly negligent or deliberate conduct or liability for damage resulting from an injury to life, limb or health.

The *Bank* shall release the *Authorised Representatives* from any and all losses, costs, claims and expenses incurred by the *Authorised Representative* in the exercise or in connection with this power of attorney, with the exception of any losses, costs or claims that are incurred due to gross negligence, deceit or deliberate conduct on the part of the *Authorised Representative*.

Should a provision of this power of attorney, for whatever reason, be or become valid or unenforceable, this will not affect the validity of the remainder of this power of attorney. Any such invalid and/or unenforceable provision shall be replaced with a valid and enforceable provision which most closely resembles the invalid and/or unenforceable provision. The same applies in the event of any gap in the provisions.

The *Authorised Representatives* are authorised to grant substitute powers of attorney to others.

The *Authorised Representatives* may use this power of attorney on one or more occasions, and also for the purposes of amending or adding to statements or declarations already made under the present power of attorney.

This power of attorney shall be interpreted broadly in order to achieve the purpose of its grant.

This power of attorney is governed by German law and expires at the close of 30 September 2017.

31.08.17

Place, Date

KfW as Bank
represented by